D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 32
9. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

7. August 1981
Preis 1 DM

Wird die Elbe zum biologisch toten Fluß?
Nur 1% der Fischmenge von 1925 wird heute gefangen, schwermetallhaltige Abwasser bedenkenlos eingeleitet. Zusätzlich das Tankerunglück .... Seite 5



Polen: Belegschaften fordern Selbstverwaltung
Dokumentation des umstrittenen Gesetzentwurfs von „Solidarność" zur Selbstverwaltung der gesellschaftlichen Unternehmen .... Seite 9

Kampf um die 35-Stunden-Woche in Frankreich
Das Abkommen über Einführung der 39-Stunden-Woche. Der Weg ist lang und voller Fußangeln. Bislang auch Vorteile für die Kapitalisten .... S. 14

Musterschulgesetzentwurf des Deutschen Juristentages
„Ganz verwerflich ist eine Volkserziehung durch den Staat". Über die Bedeutung des Kampfes um ein Schulrecht für das Volk .... Seite 15

Ein Haushalt des „Big Business"

Als „historische Wende" feiert die Reaktion die Verabschiedung von Reagans Haushalts- und Steuerplänen durch den Kongreß, die 100000e vor allem Alte, Farbige, arbeitslose Jugendliche ins Elend bringt.

Von Lutz Plümer

Als Reagans Steuerprogramm am vergangenen Mittwoch die Hürde der demokratischen Mehrheit im Kongreß genommen hatte, da jubelte die republikanische Presse über eine „historische Wende" in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Reagan nannte sein Wirtschaftsprogramm in einer Fernsehansprache kurz vor der entscheidenden Abstimmung „das Versprechen, den amerikanischen Geist neu zu beleben". Was Ronald Reagan unamerikanisch vorgekommen ist in den vergangenen Jahren, hat sein Budgetdirektor David Stockmann vor einigen Monaten dargelegt: „Der verheißungsvolle Aufbruch in den Wohlfahrtsstaat ist zu einem schwabbeligen Mischmasch geworden, der immer mehr einem großen sozialen Schweinetrog ähnelt." Wen Stockmann zu den „Schweinen" zählt, darüber lassen die von Reagan angeordneten Kürzungen keinen Zweifel: Es sind vor allem die Angehörigen der nationalen Minderheiten, arbeitslose Jugendliche, Alte und Kranke, kurz, die unteren Schichten der Arbeiterklasse und der nationalen Minderheiten.

Der demokratische Senator Edward Kennedy nannte Reagans Wirtschaftsprogramm einen „grausamen Schwindel, der Leiden und Härten für die

Von Lutz Plümer

Als Reagans Steuerprogramm am vergangenen Mittwoch die Hürde der demokratischen Mehrheit im Kongreß genommen hatte, da jubelte die republikanische Presse über eine „historische Wende" in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Reagan nannte sein Wirtschaftsprogramm in einer Fernsehansprache kurz vor der entscheidenden Abstimmung „das Versprechen, den amerikanischen Geist neu zu beleben". Was Ronald Reagan unamerikanisch vorgekommen ist in den vergangenen Jahren, hat sein Budgetdirektor David Stockmann vor einigen Monaten dargelegt: „Der verheißungsvolle Aufbruch in den Wohlfahrtsstaat ist zu einem schwabbeligen Mischmasch geworden, der immer mehr einem großen sozialen Schweinetrog ähnelt." Wen Stockmann zu den „Schweinen" zählt, darüber lassen die von Reagan angeordneten Kürzungen keinen Zweifel: Es sind vor allem die Angehörigen der nationalen Minderheiten, arbeitslose Jugendliche, Alte und Kranke, kurz, die unteren Schichten der Arbeiterklasse und der nationalen Minderheiten.

Der demokratische Senator Edward Kennedy nannte Reagans Wirtschaftsprogramm einen „grausamen Schwindel, der Leiden und Härten für die
meisten Amerikaner und Sondergewinne für einige wenige Privilegierte bringen wird". Durchgekommen ist dieser Schwindel im Kongreß, der eine demokratische Mehrheit hat, dank der Unterstützung durch 48 demokratische Abgeordnete, vornehmlich solcher aus den Südstaaten. Ohnehin war der Widerstand der Demokraten gegen Reagans Kürzungsprogramm von Anfang an keineswegs besonders groß. 50% der von Reagan verlangten Kürzungen waren von Anfang an gebont, der Widerstand der Demokraten gegen die restlichen Kürzungen schmolz in wenigen Wochen dahin wie das Eis in der Sonne, kurz vor der Abstimmung über den Haushalt war gerade noch 1 von 35 Mrd. $ umstritten. Ernsthaften Widerstand gab es eigentlich nur gegen die Steuerkürzungen, die die Demokraten auf 15% beschränkt sehen wollten, statt der 25% von Reagan geforderten, und denen sie einen leicht sozialen Anstrich verpassen wollten. Aber auch diese Front ist schließlich zusammengebrochen.

Im einzelnen sehen die nunmehr verabschiedeten Steuerkürzungen folgendes vor: Innerhalb der folgenden 33 Monate wird der Grundsteuersatz um 25% gesenkt, ab 1983 wird das Steuergesetz an die laufende Inflationsrate angepaßt. Abschreibungen auf Investitionen werden erleichtert. Die Erbschafts- und Schenkungssteuer wird gekürzt, faktisch ganz abgeschafft. Der Höchstsatz auf Steuer aus Kapitalgewinn wird von 70 auf 50% gesenkt. Die Steuerabzugsfähigkeit für wohltätige Spenden wird erleichtert. Innerhalb der folgenden 3 Jahre sollen aus diesen Kürzungen Steuermindereinnahmen von 150 Mrd. Dollar entstehen. Ein Drittel davon kommt jenen 50000 Steuerzahlern zugute, die mit mehr als 34100 Dollar Kapitaleinnahmen im Jahr bislang die 50%-Grenze überschritten hatten.

Auf der anderen Seite betragen die beschlossenen Haushaltskürzungen für das Etatjahr 1982 35,2 Mrd. $, es handelt sich dabei um die Einleitung von Maßnahmen, die bis 1984 140 Mrd. $ einsparen sollen. 60% der beschlossenen Kürzungen betreffen direkt staatliche Sozialleistungen, hinzukommen Kürzungen der Entwicklungshilfe, insbesondere der Entwicklungshilfe an internationale Organisationen um 1,8 Mrd. $, Einsparungen bei energiepolitischen Programmen um 2,3 Mrd. $ (diese werden, zusammen mit geplanten Gesetzesreformen, zu einem erheblichen Teil auf Kosten des Umweltschutzes gehen), Kürzungen beim Straßenbau, bei Erholungseinrichtungen und im öffentlichen Nahverkehr.

Bei den direkten Sozialleistungen geht es vor allem um folgende Kürzungen: 3,8 Mrd. Dollar entfallen auf die unter Carter beschlossenen Arbeitsbeschaffungs- und Förderungsprogramme, was dazu führen wird, daß etwa 300000 bisherige Teilnehmer dieser Programme plötzlich auf der Straße stehen werden. Beschnitten werden auch die Maßnahmen zur Jugendausbildungsförderung. 4,4 Mrd. $ sollen im sozialen Wohnungsbau eingespart werden. Die Zuschüsse der Zentralregierung für Schulen und andere Bildungseinrichtungen sowie für Studien- und Ausbildungsbeihilfen sollen um 4,7 Mrd. $ gekürzt werden. 1,8 Mrd. $ soll die Kürzung der Lebens-

beschlossenen Haushaltskürzungen für das Etatjahr 1982 35,2 Mrd. $, es handelt sich dabei um die Einleitung von Maßnahmen, die bis 1984 140 Mrd. $ einsparen sollen. 60% der beschlossenen Kürzungen betreffen direkt staatliche Sozialleistungen, hinzukommen Kürzungen der Entwicklungshilfe, insbesondere der Entwicklungshilfe an internationale Organisationen um 1,8 Mrd. $, Einsparungen bei energiepolitischen Programmen um 2,3 Mrd. $ (diese werden, zusammen mit geplanten Gesetzesreformen, zu einem erheblichen Teil auf Kosten des Umweltschutzes gehen), Kürzungen beim Straßenbau, bei Erholungseinrichtungen und im öffentlichen Nahverkehr.

Bei den direkten Sozialleistungen geht es vor allem um folgende Kürzungen: 3,8 Mrd. Dollar entfallen auf die unter Carter beschlossenen Arbeitsbeschaffungs- und Förderungsprogramme, was dazu führen wird, daß etwa 300000 bisherige Teilnehmer dieser Programme plötzlich auf der Straße stehen werden. Beschnitten werden auch die Maßnahmen zur Jugendausbildungsförderung. 4,4 Mrd. $ sollen im sozialen Wohnungsbau eingespart werden. Die Zuschüsse der Zentralregierung für Schulen und andere Bildungseinrichtungen sowie für Studien- und Ausbildungsbeihilfen sollen um 4,7 Mrd. $ gekürzt werden. 1,8 Mrd. $ soll die Kürzung der Lebens-
mittelmarken für arme und kinderreiche Familien einbringen. 1 Mrd. $ soll die Kürzung des Medicaid-Programms einbringen, der Gesundheitsbeihilfen für Arme und Alte. Geplant sind ferner Kürzungen der Beihilfen für Wohnung und Heizung. Ein großer Teil der Kürzungen des Bundeshaushalts betrifft Zahlungen, die an die einzelnen Bundesstaaten zur Finanzierung ihrer Programme gehen. Man kann schon jetzt davon ausgehen, daß die ohnehin verschuldeten Einzelstaaten diese Einnahmeausfälle durch Erhöhung ihrer Steuern ausgleichen werden. Bereits jetzt betragen deren zusätzliche Steuern ¼ bis ⅓ der Bundessteuern.

Zusätzlich zu den Auswirkungen der Haushaltskürzungen steht eine Reform der staatlichen Rentenversicherung an. Diese ist ohnehin stets so niedrig, daß sie zum Leben keineswegs ausreicht, sondern nur im Zusammenhang mit zusätzlichen Altersversicherungen, wie sie etwa zwischen Gewerkschaften und Kapitalisten einzelner Branchen abgeschlossen werden. Sie sind dort vereinbart in monatlichen Festbeträgen und verlieren mit jedem Preisschub an Wert. Nun ist zusätzlich eine schrittweise Kürzung der staatlichen Renten um 25% geplant, für diejenigen, die mit 62 in Rente gehen, sogar um 40%.

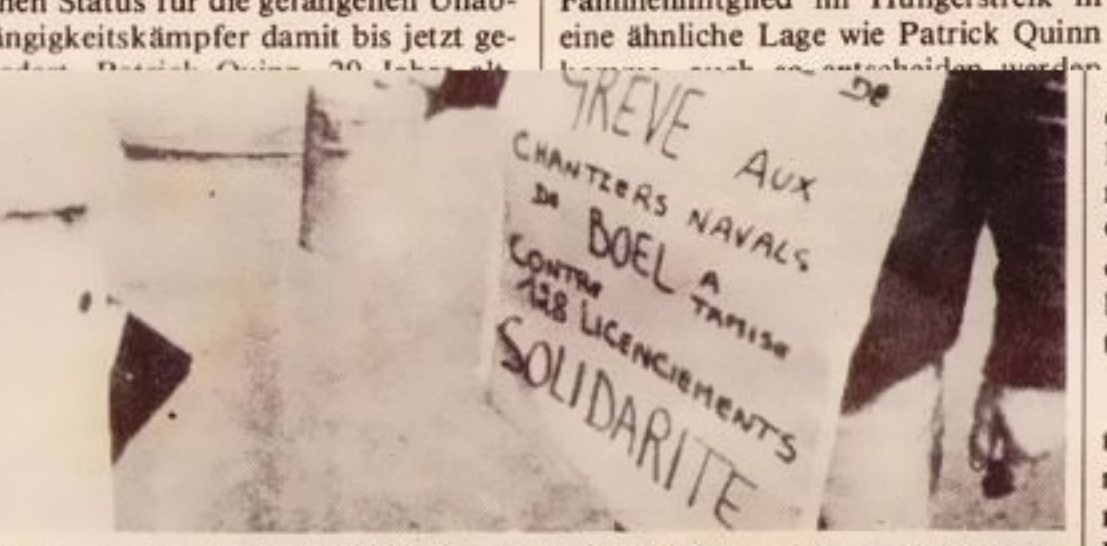
Ob diese Rentenkürzungen so durchkommen, ist noch keineswegs ausgemacht, es gibt dagegen, wie auch gegen die anderen Maßnahmen, Widerstand. Dieser ist aber zersplittert und schwach, vor allem infolge der Schwäche der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung, insbesondere ihrer politischen Schwäche.



In *Belgien* hat die Arbeitslosigkeit im ganzen Land 15% erreicht, in einigen Regionen, insbesondere in der Wallonie, dem alten schwerindustriellen Zentrum Europas, liegt sie noch höher. Seit 16 Wochen stehen die Arbeiter der Stahl- und Schiffbauwerke von Boel in Tamise im Streik, um weitere 128 Entlassungen zu verhindern. Mit finanzieller Unterstützung von Arbeitern aus der ganzen Region halten die Streikenden durch. (Photo: concret)

Die Labourparty diskutiert den Rückzug aus Nordirland

thf. Kevin Lynch, 25 Jahre alt, Mitglied der Irish National Liberation Army (INLA), 71 Tage im Hungerstreik, und Kieran Doherty, 25 Jahre alt, IRA, 73 Tage im Hungerstreik, Abgeordneter für das Parlament der Republik Irland, sind am ersten August-Wochenende gestorben. Acht Todesopfer hat der Kampf für den politischen Status für die gefangenen Unabhängigkeitskämpfer damit bis jetzt ge-



In *Belgien* hat die Arbeitslosigkeit im ganzen Land 15% erreicht, in einigen Regionen, insbesondere in der Wallonie, dem alten schwerindustriellen Zentrum Europas, liegt sie noch höher. Seit 16 Wochen stehen die Arbeiter der Stahl- und Schiffbauwerke von Boel in Tamise im Streik, um weitere 128 Entlassungen zu verhindern. Mit finanzieller Unterstützung von Arbeitern aus der ganzen Region halten die Streikenden durch. (Photo: concret)

Die Labourparty diskutiert den Rückzug aus Nordirland

thf. Kevin Lynch, 25 Jahre alt, Mitglied der Irish National Liberation Army (INLA), 71 Tage im Hungerstreik, und Kieran Doherty, 25 Jahre alt, IRA, 73 Tage im Hungerstreik, Abgeordneter für das Parlament der Republik Irland, sind am ersten August-Wochenende gestorben. Acht Todesopfer hat der Kampf für den politischen Status für die gefangenen Unabhängigkeitskämpfer damit bis jetzt ge-
fordert. Patrick Quinn, 29 Jahre alt, ist am 47. Tag seines Hungerstreiks im Koma aus der Gefängnisklinik des Maze-Gefängnisses in die Intensivstation des Belfaster Royal Victoria Hospitals überführt worden. Seine Familie hatte die Ärzte aufgefordert, alles medizinisch Mögliche zu unternehmen, um sein Leben zu retten. Erklärt haben sie ihren Entschluß damit, daß Patrick Quinn nicht mehr entscheidungsfähig sei.

Lyam Mc Closkey ist inzwischen anstelle von Kevin Lynch in den Hungerstreik getreten. Die IRA hat angekündigt, daß auch für Kieran Doherty bald ein anderer Gefangener in den Hungerstreik treten werde. Nach Bekanntgabe der Tode kam es in Nordirland zu Demonstrationen und Angriffen auf die britische Besatzungsarmee, allerdings zu weitaus schwächeren als nach dem Tode von Bobby Sands. Zwei Polizisten kamen bei einem Anschlag am Sonntag ums Leben.

Die britische Regierung hat sich nicht geregt. Hatte das für Nordirland zuständige Ministerium noch vor zwei Wochen einen Vertreter zu Gesprächen ins Gefängnis geschickt, der, wohl berechnet, sich an einzelne Gefangene gewandt und den ranghöchsten IRA-Gefangenen nicht beachtet hatte, derart humanitäres Gewissen der Regierung demonstrieren und gleichzeitig die politische Anerkennung der IRA umgehen wollte, so liegt jetzt das eiskalte, brutale Kalkül offen: Nachdem die Thatcher-Regierung den begrenzten Druck eines Hungerstreiks konzessionslos überstanden hat, sollen mit

der Gewöhnung der Öffentlichkeit an Tote sich die Unabhängigkeitskämpfer mit dem Dahinsterben Ohnmächtigkeit beweisen. Die Entscheidung der Familie Quinn hat Unterstützung auch von den politischen Zielen wohlgesonnenen Menschen bekommen. Familienangehörige von anderen Gefangenen haben inzwischen erklärt, daß sie, falls ihr Familienmitglied im Hungerstreik in eine ähnliche Lage wie Patrick Quinn

der Gewöhnung der Öffentlichkeit an Tote sich die Unabhängigkeitskämpfer mit dem Dahinsterben Ohnmächtigkeit beweisen. Die Entscheidung der Familie Quinn hat Unterstützung auch von den politischen Zielen wohlgesonnenen Menschen bekommen. Familienangehörige von anderen Gefangenen haben inzwischen erklärt, daß sie, falls ihr Familienmitglied im Hungerstreik in eine ähnliche Lage wie Patrick Quinn
komme, auch so entscheiden werden wie die Familie Quinn.

In der Woche zuvor hatten Gerry Adams, Vizepräsident der Sinn Fein, des politischen Flügels der IRA, Seamus Ruddy, Sprecher der Irish-Republikanischen Partei, zugehörig zur INLA, und Owen Carron, Mitglied des Nationalen H-Block Komitees, das auch in der Republik Irland über Einfluß verfügt, die Gefangenen besucht. Ihre erklärte Absicht war, den Hungerstreikenden die politische Lage darzulegen und ihnen zu versichern, daß es ihnen niemand verübeln würde, wenn sie wieder Nahrung annehmen würden. Ihnen gegenüber haben die Gefangenen erklärt, daß der Streik bis zur Erfüllung der Forderungen fortgesetzt werde. Die beiden politischen Parteien werden auch in einem neuen Komitee „Helft den Gefangenen" vertreten sein, das die Angehörigen der 420 H-Block-Gefangenen unter dem Vorsitz des Oberhauptes der katholischen Kirche für ganz Irland, Kardinal O Fiaich gegründet haben.

Unterdessen liegen für den Kongreß der britischen Labour-Party schon über 45 Resolutionen zu Nordirland vor. In einem Teil wird der Vorschlag von Tony Benn unterstützt, wonach die britische Armee in Nordirland durch eine Friedenstruppe der Vereinten Nationen ersetzt werden soll. Ein anderer Teil fordert den politischen und militärischen Rückzug aus Nordirland. Damit sind in einer Frage massiv Widersprüche zur Thatcher-Regierung aufgebrochen, die bisher peinlichst aus der politischen Auseinandersetzung in England herausgehalten worden war.

Die Grenzen der Regierung

frb. Am 2. September erst will sich die Bunderegierung zum Haushalt 1982 festlegen. Zu den Punkten, die bis dahin „überprüft" werden sollen, gehört auch die Beseitigung der Steuerbefreiung von Bewirtungskosten. Es wäre dann, wenigstens steuerrechtlich, die Einladung des Bauspekulanten A. an den Senatsdirektor B. gleichgestellt mit der Einladung des Arbeiters Z. an seine Tante E. Derzeit nämlich noch kann der Bauspekulant A. seine Bewirtungskosten vom steuerpflichtigen Einkommen abziehen, muß also diesen Teil des Gewinns nicht versteuern. Und für solche steuerliche Subvention geht jährlich die Lohnsteuer von 100000 Arbeitern drauf.

Doch mit diesem Einschnitt in kapitalistische Freiheit hat die Bundesregierung auch schon der Mut verlassen. Zu mehr war sie nicht fähig. Die DGB-Forderung nach einer Ergänzungsabgabe auf hohe Einkommen zur Finanzierung von Krisenausgaben wurde mittlerweile in ihr Gegenteil verkehrt. Diskutiert wird nur noch, daß *alle* extra zahlen, damit Investitionen gefördert werden können. Schon jetzt steht fest, daß die Abschreibungssätze rückwirkend ab 1. Juli erhöht werden. Ein Steuergeschenk an alle Kapitalisten, die ihr fixes Kapital erweitern oder auch nur altes ersetzen. Dies bei Leerstand von 20% der Sachkapazitäten, solchen Widersinn verlangt die kapitalistische Wirtschaft.

Soweit die dünnen Informationen bisher erkennen lassen, sind „Haushaltsverbesserungen" in Höhe von 14,5 Mrd. DM vorgesehen. Auf der *Einnahmenseite* schlägt eine 32%ige Erhöhung der Tabaksteuer zu Buche, die den Preis der Zigarettenschachtel

Tante E. Derzeit nämlich noch kann der Bauspekulant A. seine Bewirtungskosten vom steuerpflichtigen Einkommen abziehen, muß also diesen Teil des Gewinns nicht versteuern. Und für solche steuerliche Subvention geht jährlich die Lohnsteuer von 100000 Arbeitern drauf.

Doch mit diesem Einschnitt in kapitalistische Freiheit hat die Bundesregierung auch schon der Mut verlassen. Zu mehr war sie nicht fähig. Die DGB-Forderung nach einer Ergänzungsabgabe auf hohe Einkommen zur Finanzierung von Krisenausgaben wurde mittlerweile in ihr Gegenteil verkehrt. Diskutiert wird nur noch, daß *alle* extra zahlen, damit Investitionen gefördert werden können. Schon jetzt steht fest, daß die Abschreibungssätze rückwirkend ab 1. Juli erhöht werden. Ein Steuergeschenk an alle Kapitalisten, die ihr fixes Kapital erweitern oder auch nur altes ersetzen. Dies bei Leerstand von 20% der Sachkapazitäten, solchen Widersinn verlangt die kapitalistische Wirtschaft.

Soweit die dünnen Informationen bisher erkennen lassen, sind „Haushaltsverbesserungen" in Höhe von 14,5 Mrd. DM vorgesehen. Auf der *Einnahmenseite* schlägt eine 32%ige Erhöhung der Tabaksteuer zu Buche, die den Preis der Zigarettenschachtel
bei Reduzierung des Inhalts auf vier Mark treibt. Beseitigung von Steuerbefreiungen sollen die Steuereinnahmen um eine weitere Mrd. DM erhöhen.

Auf der *Ausgabenseite* werden 2,5 Mrd. DM gegenüber bisheriger Planung ohne Gesetzesänderung gestrichen. Über 3 Mrd. DM holt die Bundesregierung durch Manipulation der

---

Dokumentation der Gesetzentwürfe zu Wohnungsbau und Mietrecht
in: Materialheft Wirtschaft und Politik
Nr. 7/81
Preis DM 3,50
Bestellungen an Buchvertrieb Hager

Beitragssätze aus der Rentenversicherung in die Arbeitslosenversicherung und weitere etwa 6,5 Mrd. DM werden durch Beseitigung gesetzlich verbriefter Leistungen gekürzt. Allein 3,6 Mrd. DM hiervon betreffen ganz die Arbeitslosenversicherung, 1,5 Mrd. DM das Kindergeld. Reduziert werden auch Wohngeld und Arbeitnehmersparzulage.

So jedenfalls haben fast alles Arbeiter, Angestellte und Beamte zu tragen, das Kapital wird sogar noch gefüttert. Und auch der Anteil der Militärausgaben am Haushalt bleibt voll erhalten. 300 Mio. DM bekommt Apel extra durch Kürzung der Rentenansprüche der Wehrpflichtigen. Damit der Tornado sich auch bezahlt macht. *(siehe auch Seite 12)*

Israel ist inzwischen so isoliert wie noch nie zuvor

Lutz Plümer

Anderthalb Wochen nach dem Waffenstillstandsabkommen an der israelisch-südlibanesischen Grenze ist die weitere Entwicklung im Nahen Osten noch weitgehend offen. Nicht ausgeschlossen ist nach wie vor ein weiterer, von Israel provozierter Nahostkrieg. Israel nimmt weiterhin für sich das Recht in Anspruch, ,,zu Aufklärungszwecken" den Libanon zu überfliegen. Werden israelische Flugzeuge dort abgeschossen, so sei das eine Verletzung des Waffenstillstandsabkommens. Wenn die PLO ihre Stellungen im Südlibanon verstärkt, wenn es zu Auseinandersetzungen zwischen den Truppen des Major Haddad und palästinensischen Einheiten auf *libanesischem* Gebiet kommt, wenn Palästinenser in den besetzten Gebieten Anschläge auf israelische Militärposten durchführen, all das sind für den alten und neuen Terroristen Begin mögliche Rechtfertigungen, das Waffenstillstandsabkommen auch offiziell aufzukündigen.

Aus dem israelischen Verteidigungsministerium, so heißt es, gibt es inzwischen auch Kritik an Begins Vorgehen. Es sei nicht zu verantworten, sich teure Kampfflugzeuge durch leichte Flak oder billige Sam 7 abschießen zu lassen. ,,Für Land-Krieg ist die Truppe da", zitiert Springers Auslandsdienst einen Beamten des israelichen Verteidigungsministeriums. Also ein Feldzug gegen den Südlibanon entsprechend dem von 1978. Der allerdings hatte mit einem Fehlschlag für Israel geendet. Die israelische Übermacht hatte damals nicht die palästinensische Guerilla vernichtet. Und ob sich Begin eine solche Aktion noch erlauben kann, ist unsicher.

Israel ist heute so isoliert wie nie zuvor. Es ist nicht einmal mehr völlig sicher, ob die USA einen neuen israelischen Krieg decken würden. Auf der anderen Seite ist das Waffenstillstandsabkommen in der Konsequenz ein empfindlicher Rückschlag für Begin. Denn trotz aller Dementis handelt es sich faktisch um ein von den USA und Saudiarabien vermitteltes Abkommen zwischen Israel und der PLO.

Es gab in den vergangenen Jahren mehrere Äußerungen von Vertretern der PLO, denen zufolge ein palästinensischer Staat im Gaza-Streifen und am Westufer des Jordan Israel wenn nicht formell, so doch der Sache nach anerkennen bzw. neben Israel koexistieren könnte. Reden könne man aber über eine Anerkennung erst dann, wenn Israel die PLO und das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat anerkenne. Das sind bereits ziemlich weitreichende Zugeständnisse an Israel, beinhalten sie doch, daß die Palästinenser auf absehbare Zeit die israelische Herrschaft auf dem größten Teil des ihnen geraubten Territoriums hinnehmen würden. Auf der anderen Seite aber ist nicht abzusehen, wie die Zerschlagung des israelischen Kolonialgebildes auch langfristig erreicht werden kann.

Sadat hat jetzt die amerikanische Regierung aufgefordert, in einen Dialog mit der PLO einzutreten mit dem Ziel der gegenseitigen Anerkennung Israels und der PLO. Von der Anerkennung des Rechts der Palästinenser auf einen eigenen Staat war dabei nicht die Rede. Trotzdem handelt es sich diesmal nicht einfach um einen neuerlichen Affront Sadats gegenüber der PLO, eher um den Versuch, die Lage zu nutzen, um auf Israel und die USA Druck auszuüben. Dahinter steht die Absicht Sadats, eine umfassende politische Lösung des Nah-Ost-Konflikts herbeizuführen, was auf Basis des Camp-David-Abkommens offenbar nicht geht.

Völlig ausgeschlossen ist eine solche politische Lösung innerhalb der nächsten Jahre nicht, auch wenn der gegenwärtige Kurs der amerikanischen wie der israelischen Regierung dafür denkbar schlechte Voraussetzungen bilden. Auf der anderen Seite war es gerade Begin, der im Gegensatz zu allen israelischen Prinzipien, vor allem seinen eigenen, ein Abkommen mit der PLO eingehen mußte.

Baubeginn in Gorleben steht bevor!

Aktionen sind beschlossen worden

jem. Westberlin. Mit der Änderung des Flächennutzungsplanes durch den Rat der Gesamtgemeinde Gartow – Gorleben am 27.5.81 haben die Kommunalpolitiker die letzte Möglichkeit aus der Hand gegeben, den Bau des Zwischenlagers in Gorleben zu verhindern. Vor dieser für die Atomindustrie wichtigen Entscheidung kam am 4.4.81 Helmut Schmidt auf einen Blitzbesuch nach Lüchow – Dannenberg, um den Kommunalpolitikern den Rücken zu stärken. Er weiß, um was es geht, denn zur Zeit quellen die Lagerbecken für abgebrannte Kernbrennstäbe über, bzw. lagern in ihnen schon bis zu 3 mal so viele Kernbrennstäbe wie diese überhaupt fassen sollten bei der Planung. Einige AKW müßten aus diesen Gründen vorübergehend stillgelegt werden, wenn nicht bald ein neues Zwischenlager da ist.

Die Pläne der Deutschen Gesellschaft für die Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DWK), in Gorleben ein Endlager zu errichten, sind ja auch noch nicht vom Tisch und das Zwischenlager würde für die DWK ein guter Einstieg sein, um dann gleich beim Bau des Zwischenlagers weiter zu machen. Dann wiederum könnten auch neue AKWs genehmigt werden, denn seit 1977 werden diese nicht mehr genehmigt, weil die Endlagerung nicht gesichert ist. Die Elbe-Jeetzel-Zeitung zog das Fazit des Kanzler-Besuchs dann auch so: ,,Bonn braucht Gorleben, um spätestens nach 1985 ein eigenes Entsorgungskonzept vorlegen zu können. Von diesem Termin an muß die Bundesrepublik mit ihren atomaren Abfällen selbst fertig werden; der Vertrag mit Frankreich (La Hague) läuft aus. Ohne eigenes Entsorgungskonzept ist ein Ausbau der Kernenergie nach dem Atomgesetz nicht möglich. So könnte man vom Zugzwang des Kanzlers sprechen, der seine ,,Atompartie" mit den ,,knorrigen Bauern" aus dem Wendland eröffnen möchte."

Weiter war es wichtig für die DWK und die Bundesregierung, die Änderung des Flächennutzungsplanes schnell durchzubekommen und damit die letzte parlamentarische Hürde zu nehmen, denn im Herbst sind Kommunalwahlen. Eine unabhängige Wählergemeinschaft Lüchow-Dannenberg ist gegründet, die sich aus BI Mitgliedern, Landwirten, Grünen und anderen zusammensetzt und es wäre fraglich, ob der Flächennutzungsplan dann so glatt durchgekommen wäre.

Zur Zeit ist aber das Vertrauen der Wendländer Bevölkerung in Gerichte und Politiker stark gesunken und davon ausgehend plant die BI Lüchow-Dannenberg mit anderen BI aus dem Bundesgebiet größere Aktionen im Landkreis mit abschließender Großdemonstration, der ersten nach 1977. Die BI Lüchow-Dannenberg hatte sich vorher immer geweigert, solche Aktionen durchzuführen mit der Begründung, daß man damit die Wendländer Bevölkerung verschrecken würde. Im folgenden, was an Aktionen diskutiert bzw. was dann beschlossen wurde:

1. dezentraler, bundesweiter Aktionstag zum Baubeginn
2. Wendlandblockade: Totalsperrung aller Zufahrtswege in den Landkreis über mehrere Tage, um eine breite Öffentlichkeit zu schaffen (alle sind betroffen) und um die Zwischenlageranlieferungen zu unterbrechen. Bei der Totalblockade besteht das Problem, daß man gerade die Leute, die man ansprechen will und auf die man angewiesen ist, verärgert. Ein weiteres Problem ist die Durchführung der Blockaden: entweder braucht man sehr viele Leute über mehrere Tage, oder man setzt Mittel zur Blockierung von Straßen ein wie z.B. Barrikaden bauen und Straßen aufreißen, die sehr umstritten waren.
3. Großzeltlager von Donnerstag bis Sonntag zur Belagerung von 1003 (Zwischenlagerstandort). Zu diesem Großzeltlager gab es zwei kontroverse Meinungen:
a) Camp mit vorher klar abgestecktem gemeinsamen Aktionsrahmen mit demonstrativem Charakter (Mauerverschönerung, Anlegen eines künstlichen Walles, um die Mauer verschwinden zu lassen).
b) Camp als Aktionszentrum ohne Einschränkung der Aktionsformen.

Wir konnten uns in dieser Form nicht auf einen der beiden Punkte einigen.

4. Dreitägige Sternfahrt mit anschließender Großdemonstration. Die Sternfahrt soll die Verbindung der einzelnen Standorte von Atomanlagen zum Zwischenlager in Gorleben deutlich machen (Atommülltransport) und zusätzlich für die Großdemonstration mobilisieren.

Nach längerer Diskussion haben wir uns auf folgendes geeinigt: Beginn der Sternfahrt donnerstags mit dem Ziel, daß ständig Konvois im Landkreis eintreffen. Schwerpunkt der bundesweiten Sternfahrt ist eine massive Öffentlichkeitsarbeit mit Begleitdemonstration und Aktionen in möglichst vielen Durchfahrtsorten. Für früher eintreffende Konvois gibt es ein gemeinsames Zeltlager. Sollte die Polizei die Konvois aufhalten, wird es zu Blockaden und zur Verstopfung des Landkreises kommen.

An der Großdemonstration am Sonntag können sich alle Atomkraftgegner beteiligen, die aus zeitlichen Gründen an der Sternfahrt nicht teilnehmen konnten. Über den Charakter der Großdemonstration wurde noch nicht diskutiert. Die Aktionstage sollen vom 20.8. bis zum 23.8. stattfinden, wenn bis zum 10.8 kein Baubeginn war, verschiebt sich der Termin auf den 1. Oktober.

Szenen aus der Startbahn-Scene



(aus: Titanic)

Aus dem israelischen Verteidigungsministerium, so heißt es, gibt es inzwischen auch Kritik an Begins Vorgehen. Es sei nicht zu verantworten, sich teure Kampfflugzeuge durch leichte Flak oder billige Sam 7 abschießen zu lassen. ,,Für Land-Krieg ist die Truppe da", zitiert Springers Auslandsdienst einen Beamten des israelichen Verteidigungsministeriums. Also ein Feldzug gegen den Südlibanon entsprechend dem von 1978. Der allerdings hatte mit einem Fehlschlag für Israel geendet. Die israelische Übermacht hatte damals nicht die palästinensische Guerilla vernichtet. Und ob sich Begin eine solche Aktion noch erlauben kann, ist unsicher.

Israel ist heute so isoliert wie nie zuvor. Es ist nicht einmal mehr völlig sicher, ob die USA einen neuen israelischen Krieg decken würden. Auf der anderen Seite ist das Waffenstillstandsabkommen in der Konsequenz ein empfindlicher Rückschlag für Begin. Denn trotz aller Dementis handelt es sich faktisch um

Dialog mit der PLO einzutreten mit dem Ziel der gegenseitigen Anerkennung Israels und der PLO. Von der Anerkennung des Rechts der Palästinenser auf einen eigenen Staat war dabei nicht die Rede. Trotzdem handelt es sich diesmal nicht einfach um einen neuerlichen Affront Sadats gegenüber der PLO, eher um den Versuch, die Lage zu nutzen, um auf Israel und die USA Druck auszuüben. Dahinter steht die Absicht Sadats, eine umfassende politische Lösung des Nah-Ost-Konflikts herbeizuführen, was auf Basis des Camp-David-Abkommens offenbar nicht geht.

Völlig ausgeschlossen ist eine solche politische Lösung innerhalb der nächsten Jahre nicht, auch wenn der gegenwärtige Kurs der amerikanischen wie der israelischen Regierung dafür denkbar schlechte Voraussetzungen bilden. Auf der anderen Seite war es gerade Begin, der im Gegensatz zu allen israelischen Prinzipien, vor allem seinen eigenen, ein Abkommen mit der PLO eingehen mußte.

nehmigt, weil die Endlagerung nicht gesichert ist. Die Elbe-Jeetzel-Zeitung zog das Fazit des Kanzler-Besuchs dann auch so: ,,Bonn braucht Gorleben, um spätestens nach 1985 ein eigenes Entsorgungskonzept vorlegen zu können. Von diesem Termin an muß die Bundesrepublik mit ihren atomaren Abfällen selbst fertig werden; der Vertrag mit Frankreich (La Hague) läuft aus. Ohne eigenes Entsorgungskonzept ist ein Ausbau der Kernenergie nach dem Atomgesetz nicht möglich. So könnte man vom Zugzwang des Kanzlers sprechen, der seine ,,Atompartie" mit den ,,knorrigen Bauern" aus dem Wendland eröffnen möchte."

Weiter war es wichtig für die DWK und die Bundesregierung, die Änderung des Flächennutzungsplanes schnell durchzubekommen und damit die letzte parlamentarische Hürde zu nehmen, denn im Herbst sind Kommunalwahlen. Eine unabhängige Wählergemeinschaft Lüchow-Dannenberg ist gegründet, die sich aus BI Mitgliedern, Landwirten, Grünen und anderen zusammensetzt und es wäre fraglich, ob der Flächennutzungsplan dann so glatt durchgekommen wäre.

Zur Zeit ist aber das Vertrauen der Wendländer Bevölkerung in Gerichte und Politiker stark gesunken und da-

(Zwischenlagerstandort). Zu diesem Großzeltlager gab es zwei kontroverse Meinungen:
a) Camp mit vorher klar abgestecktem gemeinsamen Aktionsrahmen mit demonstrativem Charakter (Mauerverschönerung, Anlegen eines künstlichen

nehmen konnten. Über den Charakter der Großdemonstration wurde noch nicht diskutiert. Die Aktionstage sollen vom 20.8. bis zum 23.8. stattfinden, wenn bis zum 10.8 kein Baubeginn war, verschiebt sich der Termin auf den 1. Oktober.

Szenen aus der Startbahn-Scene



(aus: Titanic)

Nürnberg: Stadtmagazin und Dokumentation beschlagnahmt

mej.Nürnberg. Nachdem der ,,Ermittlungsausschuß 5. März" die Anklageschrift gegen 34 Erwachsene – in gleicher Fassung soll sie auch den 32 Heranwachsenden zugegangen sein – juristisch und politisch kommentiert als Broschüre auf einer Pressekonferenz vorgestellt hatte, holte die Staatsanwaltschaft am Tag darauf (Dienstag, 4.8.) zu einer Beschlagnahmeaktion aus. Einbezogen in die Aktion war auch die August-Nummer des Stadtmagazins ,,Plärrer", die ebenfalls die Anklageschrift im Wortlaut abgedruckt hatte. Die Staatsanwaltschaft stützt sich dabei auf den § 53 des StGB: ,,Wer die Anklageschrift ... eines Strafverfahrens ganz oder in wesentlichen Teilen im Wortlaut öffentlich mitteilt, bevor sie in öffentlicher Verhandlung erörtert worden ist oder das Verfahren abgeschlossen worden ist, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 1 Jahr oder Geldstrafe bestraft." Bei der Durchsuchung der Redaktionsräume des ,,Plärrer" und einer Reihe von Buchhandlungen konnte die Kripo nur 1200 Ex. (Gesamtauflage 10000) des Stadtmagazins und 60 Dokumentationen aus dem Verkehr ziehen.

,,Auf Dauer angelegte Neuregelung des Asylrechts"

gkr. Anfang vergangener Woche wurde ein 15-Punkte-Katalog der Bund-Länder-Arbeitsgruppe ,,Asylwesen" bekannt. Danach soll die Bundesregierung nach einer ganzen Reihe von Einzelmaßnahmen und Gesetzen, die das Asylrecht verschärft haben, noch in diesem Jahr einen Gesetzentwurf vorlegen, der eine ,,auf Dauer angelegte Neuregelung des Asylrechts" bringt. Mit Hinweis auf die Arbeit dieser Kommission hatte die Koalition in der Vergangenheit schon einige von der Opposition im Bundesrat eingebrachte Gesetzentwürfe abgelehnt. Die bisher durchgeführten Maßnahmen hatten zwar die Zahl der Asylbewerber 1981 schon deutlich reduziert auf etwa 3000 im Monat, nachdem die Zahl bis 1980 auf 108000 in einem Jahr angestiegen war, aber eine rasche Erledigung vor Gericht ist z.B. noch nicht erreicht. So soll es bei dem Gesetzentwurf, der im Justizministerium schon beraten wird, vor allem darum gehen, daß die Ausländerbehörde mehr Rechte erhält und für einen Großteil der Asylbewerber der Rechtsweg auf eine Instanz beschränkt bleibt.

Im Krisenfall Rationierung auch von Elektrizität und Gas

gkr. In Ausführung des Energiesicherungsgesetzes, eines der Notstandgesetze, hat jetzt das Bundeswirtschaftsministerium Verordnungen zur Sicherung der Versorgung mit Gas und Strom fertiggestellt und den Ländern zur Stellungnahme übersandt. Entsprechende Entwürfe für die Zuteilung von Öl und Benzin werden schon beraten. Die Maßnahmen, die in den Verordnungen vorgesehen sind, sollen nicht nur bei nationalen Energiekrisen (oder im Kriegsfall) angewandt werden, sondern auch dann, wenn die BRD Verpflichtungen gegenüber der internationalen Energieagentur in Paris auf Grund internationaler Krisenfälle erfüllen muß. Die erste Maßnahme wird die Abschaltung des Stroms für Haushalte sein, für einen Sektor soll dies aber nicht länger als 24 Stunden dauern.

Ehrenberg: ,,Hartes Kostendämpfungsgesetz"

gkr. Ein ,,hartes, tief zuschlagendes Kostendämpfungsgesetz" hat Minister Ehrenberg vor der Presse angekündigt. Im Rahmen der Haushaltsberatungen war er damit beauftragt worden, bis zum 2. September ein neues, das 2. Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz vorzulegen. Grundlage dieses Kostendämpfungsgesetzes soll der Vorschlag von 32 Maßnahmen sein, den Ehrenberg schon mit Vertretern der Krankenkassen erörtert hatte. Ihnen gegenüber hatte er noch versucht durchzusetzen, daß diese die Maßnahmen ohne gesetzliche Regelung durchführen. Die Vertreter der Krankenkassen hatten abgelehnt und darauf hingewiesen, daß ihr Spielraum nach geltendem Recht zu gering sei. Ein wesentlicher Punkt des Gesetzes soll eine Koppelung von Steigerung der Grundlohnsumme und Steigerung der Ausgaben der Krankenkassen für Arztvergütung, Heilmittel etc. sein. Praktisch sollen nach den Vorstellungen die Ärzte gezwungen werden, eine Beschränkung einzuhalten, ansonsten sollen die Honorarverträge in ihrer alten Höhe über die Gültigkeit hinaus verlängert werden, also die Ärzte keine Honorarerhöhungen bekommen. Daneben soll eine Strukturreform ein ausgewogenes Risiko zwischen Ortskrankenkassen und Ersatzkassen erreichen. In ersten Stellungnahmen der Kassen wurden dirigistische Eingriffe in ihre Rechte abgelehnt und eine Erweiterung des Spielraums der Krankenkassen gefordert.

Diskriminierung der Frau im Rentenrecht angefochten

gkr. Das Bundesverfassungsgericht hat jetzt eine Berechnungsvorschrift des Angestelltenversicherungsgesetzes für verfassungswidrig erklärt. In der betreffenden Vorschrift ist eine Benachteiligung der Frau bei der Rentenberechnung festgelegt: Da die ersten fünf Jahre, die ein Lohnabhängiger in der Rentenversicherung ist, die persönlichen Bruttolöhne im Vergleich zu später häufig sehr niedrig sind, diese Bruttolöhne aber die Höhe der ,,persönlichen Bemessungsgrundlage" und damit die Rentenhöhe bestimmen, hat der Gesetzgeber für diese ersten fünf Versicherungsjahre Pauschalbeträge als Berechnungsgrundlage festgeschrieben. Dabei wurden, mit dem Vorwand, Frauen verdienten eben im Durchschnitt weniger als Männer, für Männer 100 Prozent des Pauschalbetrages angerechnet (der in Tabellen festgehalten ist) und für Frauen nur 75%. Gegen diesen Unterschied, einen der Gründe, weshalb Frauenrenten so deutlich unter den Renten für Männer liegen, hat sich das Bundesverfassungsgericht nun gewandt. Allerdings, die Vorschrift wurde nicht sofort außer Kraft gesetzt, sondern sie kann bis zu einer Lösung durch den Gesetzgeber, die nach Auffassung des Gerichts in verschiedener Weise möglich ist, beibehalten werden.

Gegen Ausweisung eines türkischen Antifaschisten

anm. Am 11.4.80 versuchten in Frankfurt antifaschistische türkische Organisationen eine Veranstaltung der Turk-Federation zu verhindern. Die Turk-Federation ist die Auslandsabteilung der türkischen MHP (faschistische Partei). Die Veranstaltung der Turk-Federation wurde polizeilich geschützt, und 18 Demonstranten, die gegen die Veranstaltung protestierten, wurden festgenommen. Einer der Verhafteten erhielt am 25. Juli eine Ausweisungsverfügung. Weitere Ausweisungen sind angedroht. Rechtlich liegt der Ausweisungsverfügung außer der Annahme, daß derjenige, der ausgewiesen werden soll, an der Demonstration teilgenommen haben soll, nichts zugrunde. Gegen die Ausweisungsverfügung ist Widerspruch eingelegt worden. Zu einer Demonstration am 15.9. in Frankfurt gegen die Ausweisung ruft eine Aktionseinheit auf. Der Aktionseinheit gehören an: AStA, Antifaschistische Bürgerinitiative Bornheim, GIM, KBW, Kommunistische Liga, SJD-Die Falken, Verein der Arbeiter aus der Türkei, Türkei-Komitee.

Kaum ein anderer Staat in der Welt erscheint nach innen und außen so versteinert wie die Deutsche Demokratische Republik. Das stimmt – und stimmt doch nicht so ganz. Selbst wenn man nur einmal die Zeit nach dem Mauerbau von 1961 nimmt. Vorher hatte es ja sehr harte innenpolitische Auseinandersetzungen gegeben: die zwischen der mit der Roten Armee eingeflogenen „Gruppe Ulbricht“ und denjenigen Kommunisten und Sozialdemokraten, die in den KZ's schon ihren „deutschen Weg zum Sozialismus“ vorskizziert hatten; den Aufstand von 1953, als sich Ulbricht ganz unter die Fittiche der sowjetischen Besatzungsmacht flüchtet; die Erschütterung von 1956, als eine starke Gruppe in der SED-Führung Ulbrichts Sturz betreibt und Wolfgang Harichs Aufriß einer demokratisch umgestalteten SED und DDR zirkuliert; und die Krise von 1959–61, die dann zum Mauerbau führte.

Gerade in den Jahren danach aber – viele der intellektuellen Köpfe von 1956, wie Ernst Bloch, waren in die BRD übergesiedelt – trat der Naturwissenschaftler und Kommunist Robert Havemann mit seinen Vorlesungen, Skripten und dann Büchern hervor, in denen die Scharlatanerie des zur Phrase erstarrten Marxismus-Leninismus gegeißelt wurde. Zur selben Zeit hörte man zum ersten Mal von den Liedern Wolf Biermanns. Und insgesamt kommt es zu einem literarischen und wissenschaftlichen Aufschwung, der nichts anderes ist als eine oppositionelle demokratische Bewegung in „äsopischer Sprache“; oft aber auch im Klartext. Havemanns überfüllte Vorlesungen werden geschlossen, er selbst fliegt aus der Partei, Biermann kommt unter permanenten Hausarrest. Zum Verstummen gebracht werden können weder sie noch die anderen – und das hängt zu einem gar nicht geringen Teil damit zusammen, daß der Resonanzboden für das Denken in den Kategorien eines demokratischen Sozialismus bzw. Kommunismus, das die Opposition in der DDR pflegt, jetzt nicht mehr so sehr die reaktionären Presseorgane in Westdeutschland sind, sondern viel mehr die demokratische, außerparlamentarische Oppositionsbewegung, die dort ebenfalls entsteht. Und nicht wenige von deren Sprechern, am prominentesten Rudi Dutschke, kamen selbst aus der DDR. Überhaupt erscheint mir die innere Entwicklung in der BRD und der DDR viel enger miteinander verflochten, als das im allgemeinen bewußt ist.

In der DDR schlagen sich die aufgestauten Widersprüche 1970 nieder im Wechsel von Ulbricht auf Honecker. Das „neue sozialpolitische Programm“ wird verkündet, ein neuer Anlauf der Wirtschaftsreformen, auch eine vorsichtige innenpolitische Liberalisierung. Ulbricht, der absolute Souverän über 25 Jahre DDR-Geschichte, wird binnen kurzem zur Unperson. Zwischen der DDR und der BRD wird der Deutschlandvertrag von 1971 geschlossen. Für die demokratische Opposition in der DDR ist das objektiv eine Stärkung. Die Hoffnungen auf einen „friedlichen Wechsel“ freilich verfliegen schnell. Mitte der 70er Jahre kommt es zu einem neuen, wieder vorwiegend literarischen Aufschwung der demokratischen Bewegung. Diese wird zu einer solchen Gefahr für das Regime, daß es 1976 zuschlägt: Biermann wird ausgewiesen (der 1952 aus eigenem Entschluß als Kommunist in die DDR übersiedelt war). Alle, die dagegen protestieren, werden schwer gemaßregelt, Havemann einem unbefristeten Hausarrest unterzogen. 1978/79 folgt das Strafrechtsänderungsgesetz, das alle Formen nicht-genehmigter Gruppenbildung, bis hin zum privaten Diskussionszirkel, sowie die Vervielfältigung und Verbreitung von Texten außerhalb der Zensur formell unter drakonische Strafandrohung stellt. Als ein Hauptinstrument zur Kappung oppositioneller Bestrebungen wird der Gefangenenaustausch mit der BRD eingesetzt. Aber mitten in diese Phase der Reaktion platzt Rudolf Bahro mit seinem in der BRD veröffentlichten Buch „Die Alternative“.

Auch seine Inhaftierung und spätere Ausbürgerung hat die Opposition in der DDR nicht kirre gemacht. Aber sie hat ihre wesentliche Schwäche – im Unterschied zu den entsprechenden Bestrebungen in Polen, der CSSR und selbst der UdSSR – deutlich gemacht, nämlich ihren weitgehend unorganisierten Charakter. Es gibt keine politischen Oppositionsgruppen in der DDR und keine organisierte Tätigkeit. Noch einmal reiht sich diese Bewegung in den DDR ein in jene preußisch-deutschen Revolutionen, die nur im Geiste, in der Theorie, der Literatur usw. gemacht wurden. Bis jetzt.

Die Streiks und daran anschließenden Klassenkämpfe in Polen seit dem Sommer 1980 waren und sind wohl in der DDR nicht einfach populär. Zu sehr erscheinen sie als Gefährdung des prekären Blockgleichgewichts, der sowieso dauernd angespannten Wirtschaftslage, als Vorwand für eine neue Welle der Reaktion im eigenen Land.

Beitrag zur Analyse der DDR von „Rudolf Luxemburg“

Versuch einer Positionsbestimmung der linken Opposition in der DDR

Trotzdem gibt es jetzt Anzeichen, daß die bewußten Elemente der Opposition – und gerade der linken Opposition – in der DDR davon ermutigt worden sind, und sich zugleich ihre eigene Unorganisiertheit und Schwäche deutlicher ins Bewußtsein rücken.

Auf einer durchaus ähnlichen Linie wie das jetzt vom „Spiegel“ wiedergegebene Flugblatt (siehe oben), das in Ost-Berlin zirkulieren soll, argumentiert auch ein Text, der zuerst in den „Gegenstimmen“, der Zeitschrift des Sozialistischen Osteuropa-Komitees in Wien, und vor kurzem auch im „Osteuropa-Info“ (siehe Anzeige) in der BRD veröffentlicht wurde. Verfaßt ist es von einer Diskussionsgruppe, die sich das Pseudonym „Rudolf Luxemburg“ gegeben hat, „Rudolf“ wohl für Bahro und „Luxemburg“ für Luxemburg. Das ca. 40 Seiten lange Papier will kein Manifest sein (nach Art jenes zweifelhaften „Bundes deutscher Kommunisten“ in der SED, der sich 1978 zu Wort meldete); sondern er bezeichnet sich als „Beitrag zur Analyse der DDR“. Es ist ein Versuch, die inneren Widersprüche und ihre Tragfähigkeit für eine organisierte oppositionelle Tätigkeit herauszufinden, und zum ersten Mal sind eine Reihe von Vorschlägen zum praktischen Handeln gemacht, die schon jetzt realisiert werden können. Im folgenden eine Zusammenfassung der wesentlichen Aussagen.

Gerd Koenen

Das Gesellschaftssystem der DDR

Die DDR wird in dem Text zunächst als „eine ‚Übergangsgesellschaft' in dem Sinne, daß sie zwischen Kapitalismus und Sozialismus steht“, gekennzeichnet. Jedoch habe dieser „real existierende Sozialismus“ seine geschichtlichen Leistungen: die Industrialisierung der UdSSR, der osteuropäischen Länder, die Revolutionierung Chinas u.a. lange vollbracht. Und in Deutschland als einem höher entwickelten Land sei ein solcher „bürokratischer Apparat als allgemeiner Initiator der Produktion“ von vornherein „ein Hemmschuh der Entwicklung“ gewesen. „Darin liegt der grundlegende Unterschied zum bürokratischen Apparat in der Sowjetunion, der bis ungefähr 1950, zumindest auf wirtschaftlichem Gebiet, eine treibende Kraft darstellte.“ In der DDR, die in der ersten Phase von 1945–1960 noch als „bürokratisierter Arbeiter- und Bauernstaat“ bezeichnet werden konnte, sei seit 1960 „eine erneute Klassenstruktur entstanden, in der sich der Herrschaftsapparat der Partei und subalterne Massen der Werktätigen in einfacher Reproduktion gegenüberstehen“.

Trotz aller Rückständigkeit – im Vergleich zu den kapitalistischen Industriestaaten des Westens – sei dennoch „der real existierende Sozialismus trotz seiner vielen Schwächen kein Irrweg der Geschichte“. Sondern er habe „die Voraussetzung für die Werktätigen heute (geschaffen), in zunehmendem Maße an die Selbstverwaltung der Betriebe und ihrer Interessen zu denken und auf diese Weise das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln und Basisdemokratie zu erkämpfen“. – „Die Kritik des real existierenden Sozialismus von Rudolf Bahro ist insofern eines der bedeutendsten theoretischen Werke nach Lenin, als dort auf der geschichtlichen Grundlage der letzten 60 Jahre eine neue Strategie und Perspektive ausgearbeitet wurde, um kommunistische Verhältnisse zu schaffen.“

Historische Besonderheiten der DDR

Die Entwicklung der SED nach 1946, die keine wirkliche Einheit der beiden Strömungen der deutschen Arbeiterbewegung gebracht habe, und dies nach der Hinopferung der besten Kräfte „im Kampf gegen den Hitler-Faschismus und in den Jahren des Stalinismus“, habe dazu geführt, daß die Kontinuität der progressiven Kräfte in Deutschland, im Gegensatz zu Frankreich, England und Italien, unterbrochen gewesen sei. „So ist uns heute eine demoralisierte Arbeiterklasse und eine kleinbürgerliche Intelligenz geblieben ...“ Deshalb gebe es keine organisierte Opposition in der DDR, anders als in Polen oder der CSSR.

Andererseits seien in der DDR aber „grundlegende theoretische Arbeiten“ geleistet worden, wie die von Bloch, Havemann und Bahro, die alle eine kommunistische Zielsetzung hätten. Dazu komme die breite literarische Bewegung. „Sowohl in der Nichtexistenz praktisch arbeitender Gruppierungen als auch in der Tatsache einer relativ hoch entwickelten theoretischen Basis für den Übergang zum Kommunismus liegt das Besondere für die DDR.“ Das habe aber nichts mit einer „typisch deutschen Mentalität des Sichunterordnens“ zu tun. „Einerseits ist der Lebensstandard in der DDR immerhin so hoch, daß keine „Hungerrevolten“ zu befürchten sind, andererseits steht jeder Reformbewegung die besondere Konstellation politischer und militärischer Machtanhäufung in Form der sowjetischen Streitkräfte gegenüber.“ Handfeste Gründe also. „Erst wenn sich trotz dieser Schwierigkeiten in einer vielleicht günstigen Situation eine politische Opposition formiert, die ihre Basis in den Betrieben hat, kann ein Umwälzungsprozeß eingeleitet werden, der von außen nicht mehr rückgängig zu machen ist.“

Innere Widersprüche

Wenn sich seit 1960 innere Verhältnisse herausgebildet hätten, auf die sich Lenins Definition von Klassen und Klassenwidersprüchen sehr wohl anwenden ließe, so müsse einschränkend gesagt werden, daß die Grenzen fließend seien und „die Bürokratie gezwungen ist, immer neue Kräfte aus den unteren Stellungen der Hierarchie aufzunehmen“. Die systematische Herausbildung von „Menschen mit bürokratischem Charakterzug“ sei überhaupt ein Merkmal dieser Gesellschaft. Seit der Unterdrückung der anfänglichen selbständigen Initiativen der Arbeiter und ihrer Betriebsräte nach dem Krieg stünden „die Produktionsarbeiter der DDR in latenter Opposition zu ‚ihrem' Staat, die sich durch Leistungszurückhaltung ausdrückt“. Die Besetzung der Leitungsfunktionen mit politisch ‚zuverlässigen', aber vollständig unqualifizierten Kadern bilde dazu das Gegenstück. Die Wirtschaftsreform von 1963 („Neues Ökonomisches System“) habe nie zu Ende geführt werden können, weil schon die geringste Selbständigkeit der Betriebe systemgefährdend schien. Heute habe die DDR den Anschluß an das Weltniveau völlig verloren. Die demütigenden Wirtschaftsbeziehungen zur BRD, wo der Hertie-Konzern hochwertige Uhren aus Ruhla für 5 bis 6 DM einkaufen könne, zeigten nicht nur an, „daß die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit in der DDR im internationalen Vergleich viel zu hoch liegt“, sondern seien auch Ausdruck dessen, „daß um jeden Preis Westgeld benötigt wird, um erweitert reproduzieren zu können“.

Das freilich hänge eben mit dem Typ der Industrialisierung und Entwicklung der Produktivkräfte allgemein zusammen, worin die realsozialistischen Länder ihre Losung vom „Überholen, ohne Einzuholen“ gerade *nicht* realisiert hätten, sondern dieselbe Technologie, dieselben Ausbeutungsformen, dieselbe Ausrichtung auf rein quantitativen Wirtschaftszuwachs wie die kapitalistischen Länder eingeschlagen hätten. Darin aber sei der Kapitalismus – „hoffentlich“, fügen die Autoren hinzu – unschlagbar.

Die bürokratische Organisation der Produktion wie des ganzen gesellschaftlichen Lebens führe bei der arbeitenden Bevölkerung zu dauernder Unlust, hoher Krankheitsrate, insbesondere auch der psychosomatischen Krankheiten, Streßzustand, zum Ersticken jeder Eigeninitiative. „Das Selbstwertgefühl verkommt zu einem Verlangen nach ständiger Befriedigung von Bedürfnissen erster Art, d.h. wie Essen, Trinken, Kleidung, Sex, Anschauen von Kriminalfilmen en masse und anderen Konsumgelüsten.“

Aus dem reinen Gang der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion werde sich jedoch „kein bewegendes oder gar sprengendes Moment, das über das bestehende gesellschaftliche Verhältnis hinausweisen würde“, entwickeln. „Wenn diese Sicht richtig ist, bleibt als einzige Triebkraft zur kommunistischen Gesellschaftsordnung nur das von Bahro so genannte *emanzipatorische Bewußtsein,* dessen Entwicklungsfreiraum in unserer Gesellschaft offensichtlich hart erkämpft werden muß.“

Von vorneherein führen die Autoren des Papiers jedoch eine wichtige Kritik gegen Bahro ins Feld: Wenn er den Arbeitern ein nur-gewerkschaftliches Bewußtsein bescheinige, so „sind es nach wie vor die Arbeiter in der Sowjetunion, Polen, Ungarn, in der CSSR und 1953 in der DDR gewesen, die durch Streiks, verbunden mit politischen Forderungen, bedeutsame Änderungen in der wirtschaftlichen Führung und z.T. auch politische Freiheiten durchsetzten“. „Das emanzipatorische Bewußtsein der Arbeiterklasse in der DDR resultiert aus der unproportionalen Entwicklung der Arbeitsbedingungen, also aus dem Widerspruch zwischen einer hohen fachlichen Qualifikation und dem Anwachsen unqualifizierter Tätigkeiten und der Verweigerung realer Mitbestimmung in den Betrieben.“ Gerade die Arbeiterklasse, die auch in der DDR, mit Marx zu sprechen, der „Unterdrückung einer Welt von produktiven Trieben und Anlagen (unterliegen), wie man in den La-Plata-Staaten ein ganzes Tier abschlachtet, um sein Fell oder seinen Talg zu erbeuten“, genauer gesagt: „Die *politische Aktion der Arbeiter*“ werde „nach wie vor die Basis einer revolutionären Umgestaltung“ sein.

Überlagert würden alle inneren Widersprüche allerdings „von dem Bewußtsein, daß die DDR ein okkupiertes Land ist“. „Daher wird jeder Kampf um mehr Rechte und Freiheiten auch den Charakter eines *nationalen Befreiungskampfes* annehmen.“

Auch hierin, ganz im Unterschied zu Bahro, formulieren die DDR-Autoren 7 politische Forderungen, auf die „sich der Kampf für eine neue Gesellschaftsordnung zunächst vor allem ... konzentrieren“ muß:

1. Wiederherstellung des Streikrechts ...
2. Legalisierung kommunistischer Verbände,
3. Selbstverwaltung der Betriebe durch Betriebsräte,
4. Aufbau von Bildungseinrichtungen ohne offizielle Weltanschauung,
5. Herstellung der Reisefreiheit ...,
6. Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit,
7. Reduzierung des militärischen Apparates und Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR.

„Die revolutionäre Umgestaltung muß so erfolgen, daß der gesellschaftliche Reproduktionsprozeß nicht zusammenbricht. Der hervorragend diszipliniert geführte Streik der polnischen Arbeiter im August 1980 kann für einen solchen Prozeß beispielhaft sein. – Der Kampf für unabhängige Gewerkschaften ist aber „nur“ ein erster Schritt für die Übernahme der Betriebe in eine Arbeiterselbstverwaltung.“

Weitere Kritiken an Bahro

Die Bedeutung Rudolf Bahros für die ganze politische Entwicklung in der DDR lag darin, daß er „die Aufbruchstimmung unter den Intellektuellen Mitte der 70er Jahre erkannt“ hatte

Fortsetzung auf Seite 4

Das hier faksimilierte Flugblatt hat der „Spiegel“ in seiner letzten Ausgabe wiedergegeben. Es sei in Ost-Berlin in größerer Auflage verteilt worden. Auf der Rückseite seien als „demokratische Grundforderungen“ unter anderm „Gewissens-, Vereins-, Rede- und Versammlungsfreiheit“ (was das Recht auf Bildung freier Gewerkschaften wohl u.a. beinhalten würde) verlangt, weiter „Freiheit für alle politischen Gefangenen und allgemeine Amnestie“ sowie „freie, geheime und gleiche Wahlen mit freier Kandidatenaufstellung“. – Es ist das erste gesetzte und gedruckte Flugblatt, das aus der DDR bekannt ist. Die Verfasser behaupten in einer kleingedruckten Nachschrift, es sei „durch die gegebenen Umstände unmöglich, solche Gedanken ohne Zuhilfenahme von freundschaftlicher Hilfe aus dem Westen einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen“. – Der Hinweis kann freilich selbst als Irreführung der Staatssicherheit dienen. In Stoßrichtung und Diktion entspricht es durchaus dem unten wiedergegebenen Oppositions-Dokument.

Aufruf an alle Werktätigen

Der X. Parteitag ist zu Ende. Was ist die Bilanz?

Viel Spektakel und Propaganda, wie sie seit Goebbels nicht gesehen wurde. Die Herrschenden regieren weiter und gefallen sich in der Pose absoluter Landesväter. Mit dem vagen Versprechen: *Wenn ihr mehr arbeitet, werdet ihr auch mehr bekommen,* verkleistern sie die Tatsache, daß sie dann mit unserem Geld mehr für ihre Interessen und zu ihren Gunsten regieren werden. **Ihre Interessen sind nicht die unseren!** Sie verwenden unser Geld, um uns in Unwissenheit zu halten; durch die Polizei und die Staatssicherheit in Angst, um eine demokratische Erneuerung mit Gewalt zu verhindern. Ohne diese kann der Sozialismus nie verwirklicht werden. Sie graben den unseligen Geist des preußischen Militarismus wieder aus und treten mit schulmeisterlicher Gebärde als Speerspitze gegen die demokratischen Kräfte im Warschauer Pakt auf. Sie unterdrücken das selbständige Denken in allen Bereichen und treiben tausende ins Schweigen, in die Gefängnisse und in die Emigration. Die Entwicklung in Polen zeigt, wie man sich zur Wehr setzen kann. Die Bedingungen sind bei uns sogar günstiger. Warum wollen wir erst hungern, bevor wir zu einer Veränderung schreiten. Tue jeder das Seine, wo immer er steht. Durchbrechen wir die Käseglocke des Schweigens und der Isolierung.

Ohne Demokratie kein Sozialismus, wie schon Rosa Luxemburg sagte, ist die Forderung des Tages.

Leserbriefe

Unterschätzung des CDU-Senats

Zur Berichterstattung über die Auseinandersetzungen in Westberlin

Ich finde die Einschätzung, der CDU-Senat sei dumm und habe kein Konzept gegenüber der Hausbesetzerbewegung, falsch. Sicher hat er Schwächen, vor allem weil er sehr knapp gewählt und von ein paar FDP-Abgeordneten abhängig ist, aber ich meine, man darf ihn trotz seiner Schwäche nicht unterschätzen. Die Regierungserklärung Weizsäckers war geradezu ein Kunstwerk, reaktionäre Politik demokratisch erscheinen zu lassen. Auch demagogisch wertvoll: Zu den Straßenkämpfen vor dem Rathaus am 25.6. sagte er sinngemäß: Dort wo Steine geschmissen werden, geht es nur nach der körperlichen Stärke, wie sollen dann die Alten und die Schwachen ihre Rechte durchsetzen? Deshalb müsse der Rechtsstaat solche Aushöhlungen des Demonstrationsrechtes verhindern.

Ich meine, das ist nicht dumm, und es zieht auch. Der CDU fehlt es nicht an einem politischen Konzept gegen die Hausbesetzerbewegung. Es geht ihr darum, sie zu isolieren und einzuschüchtern, was ihr auch teilweise gelingt. Und da passen ihr auch Straßenschlachten ins Konzept. Sie steht *so* schlecht dabei nicht da wie behauptet wird, denn vor dem Rathaus Schöneberg haben Demonstranten angefangen. Das nutzt sie, um das Demonstrationsrecht einzuschränken, und darauf kommt es ihr an.

In der KVZ Nr. 27 steht als Bildunterschrift ,,Ein zunächst kleiner Teil der Demonstration ging unmittelbar auf Angriff auf die Polizeikette, die die Bannmeile schützte." Unten steht dazu: ,,Die Hausbesetzer konnten kaum richtiger handeln." Wäre es nicht sinnvoller gewesen, die Kundgebung auf dem Wartburgplatz mit einem AL-Abgeordneten wie geplant abzuhalten? Die Einschüchterung der Unterstützer der Hausbesetzer ist dem Senat zum Teil schon gelungen, denn auf der Demonstration am 12.7. waren es nur noch 5000 im Gegensatz zu den 15000 am 25.6. Meiner Einschätzung nach wird durch Straßenschlachten eher wieder die Gewaltdebatte in den Vordergrund gerückt als die Debatte über die Ursachen. Mit der Zerstörung von Eigentum arbeitender Leute (Autos, Scheiben) machen sich die Hausbesetzer nicht beliebter, und das paßt ins Konzept der CDU.

Ich weiß nicht, wie der Autor des Leitartikels der KVZ 28 zu der Einschätzung kommt, daß die Widersprüche zwischen der Staatsmacht und der *Arbeiterbewegung* in Westberlin schroff seien. Aus der KVZ kann man das jedenfalls nicht entnehmen, da dort seit Wochen fast nur über die Hausbesetzerbewegung geschrieben wird. Das ist zwar die demokratische Bewegung, aber nicht die Arbeiterbewegung. Das ist auch das Problem der Bewegung. Sie wird es aber nicht lösen können mit der Taktik der Krawalle, die in der KVZ 27 gutgeheißen wird. Sicher können wir den Instandbesetzern nichts vorschreiben, aber deswegen braucht man sich ja nicht anzubiedern.

S.P., Westberlin

Parallele zum 1. Weltkrieg?

Zum Artikel ,,Die USA, die Sowjetunion und der drohende Krieg" (KVZ 28, Seite 9)

Indirekt geht der Artikel davon aus, daß die Rivalität der beiden Supermächte zum Hauptwiderspruch in der Welt geworden ist und nicht der Widerspruch zwischen den Völkern der 3. Welt und dem Hegemoniestreben der beiden Supermächte. Meiner Meinung gibt es zwar Anzeichen einer Entwicklung in diese Richtung, aber der Hauptwiderspruch hat sich noch nicht verschoben ...

Andererseits einmal angenommen, der Hauptwiderspruch in der Welt wäre heute der zwischen den beiden Supermächten – sollen die europäischen Völker dann eine unterschiedliche Stellung zu den beiden Supermächten einnehmen? Sicher ist richtig, daß die Sowjetunion die aufstrebende Supermacht ist und die USA ihren Einflußbereich verteidigen. Aber wer sagt denn, daß die USA aus einer solchen Position der Verteidigung nicht die Vernichtung Europas durch ihre Atomwaffen in Kauf nehmen. Die Fähigkeit dazu haben sie jedenfalls. Es macht einen Unterschied, ob in der heutigen Weltlage (mit der Herausbildung von Supermächten und imperialistischen Mächten zweiten Rangs) eine Supermacht im Niedergang ist, oder ob unter gleichrangigen imperialistischen Mächten eine im Niedergang ist. Und wenn man schon einen Weltkrieg als Modell für die Linie der Arbeiterbewegung gegenüber dem drohenden Krieg heranziehen will, warum dann nicht den 1. Weltkrieg? Der 1. Weltkrieg wurde hauptsächlich zwischen dem Deutschen Reich als *aufstrebendem* Imperialismus und dem *niedergehenden* englischen Imperialismus geführt. Trotzdem schlug die revolutionäre Arbeiterbewegung die Taktik des revolutionären Defaitismus ein. Muß das heute nicht auch für einen Krieg gelten, der von den USA und der SU geführt wird? Eine Ablehnung der US-Mittelstreckenraketen geschähe dann auf der Linie des revolutionären Defaitismus mit dem Ziel, aus einer Niederlage des US-Imperialismus die Blockfreiheit zu erkämpfen.

So oder so: Alles spricht meiner Meinung nach für eine entschiedene Unterstützung des Kampfes gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen ohne Vorbedingungen.

G.H., Hannover

Die USA streben nach Überlegenheit

Zum Artikel ,,Die USA, die Sowjetunion und der drohende Krieg"

L. Plümer charakterisiert die USA so: ,,Sie will (die Weltherrschaft), aber sie kann nicht." Zwei Spalten zuvor hat er die SU so charakterisiert, daß sie zwar u.U. nicht kann, aber trotzdem wolle. Als Beleg für das Nicht-Können der USA wird nur angeführt, daß sie zur Zeit nicht zu neuen territorialen Eroberungen übergehen könnten.

Völlig unterschlagen werden aber die Anstrengungen der USA, sich die Fähigkeit dazu wieder zu verschaffen: Die Reagan-Regierung betrachtet als das Herzstück ihrer Politik die militärische Aufrüstung mit dem Ziel, *Überlegenheit* über die SU zu erlangen. Fast alle Waffengattungen werden erweitert und modernisiert, der Kriegsetat für 1982 wird um 26% gesteigert. Die Neutronenbombe wird gebaut, Milliardenbeträge werden für chemische Kriegsmittel aufgewandt, die bei uns gelagert werden sollen. Ab 1982 werden Cruise Missile (CM) auf Schiffen und U-Booten mitgeführt, die bis 1985 atomar bestückt werden sollen. Ihre Reichweite soll 2600 km betragen, stationiert werden sollen sie u.a. im Eismeer, Mittelmeer, Persischen Golf (FAZ, 6.6.81). Ein mobiles Raketensystem oder eine neue Raketenluftflotte sind in Planung. An dem für Radar unsichtbaren Kampfbomber ,,Stealth" wird gearbeitet usw. usf.

Wichtiger Teil der neuen Politik der USA ist die Änderung der Doktrinen der USA, was den Atomkrieg angeht. Seit Schlesinger wird nämlich immer klarer und konkreter die Doktrin des einkalkulierten begrenzten Atomkrieges entwickelt. Die Umstellung der Ziele von den großen russischen Städten auf Punktziele in Carters Direktive 59 stellt bereits einen Teil der praktischen Umsetzung dar. Einflußreiche Denker im Pentagon entwickeln recht offen Auffassungen wie die, daß die USA sich darauf rüsten und ausbilden müssen, einen Sieg im Atomkrieg zu erlangen, was bei 20 Millionen eigenen Toten möglich sei. Kurz: Die Schwelle zum Atomkrieg wird systematisch gesenkt. Zwar beweist die Doktrin nicht den aggressiven Charakter der USA. Sie könnte auch als Defensivmaßnahme interpretiert werden. Aber: Der US-Imperialismus arbeitet daran, sich die militärischen Fähigkeiten zum erfolgreichen Erstschlag zu verschaffen. Und auch die FAZ bestreitet nicht, daß sie einen gewissen technischen Vorsprung dazu haben. Ein Braunschweiger Professor Forndran, der als Regierungsberater tätig ist, hat kürzlich auf einer Veranstaltung gesagt, die USA könnten diese Fähigkeit bis Mitte der 80er Jahre haben. Frage: Wenn der US-Imperialismus diese Fähigkeit erlangen sollte, wer garantiert uns dann, daß er nicht vergißt, daß er sie nicht einsetzen darf, weil er in der strategischen Defensive ist? Im Ernst: Ist nicht gerade die Tatsache, daß der US-Imperialismus Territorien verloren hat und vielleicht weiter verliert und daß er aufgrund seiner historischen Niederlagen Schwierigkeiten hat, Bevölkerung und Soldaten für Neu-Eroberungen zu gewinnen, ist nicht gerade dies ein Faktor, der den US-Imperialismus antreiben könnte, diese Schwäche auszugleichen durch Einsatz überlegener Nuklearwaffen? Von daher kann man von der Frage der Kriegsgefahr her die USA als mindestens ebenso gefährlich einschätzen wie die SU.

Es bleibt uns und der KVZ auch nicht erspart, die Frage der Mittelstreckenraketen konkret zu untersuchen. Jedenfalls halte ich es für das Gegenteil und auch für reichlich arrogant gegenüber der Friedensbewegung, wenn Gen. Peters im Kommentar in KVZ 29 in weltmännisch-globaler Sichtweise die Sache als Frage ,,einiger zusätzlicher US-Raketen" abtut. Tatsache ist, daß die US-Mittelstreckenraketen dem US-Imperialismus gegnüber der andern Supermacht enorme Vorteile verschaffen:

1. Erstmals kann die USA die Zentren der SU von fremdem Gebiet aus bedrohen.

2. Da die Raketen eine Treffgenauigkeit von 20 – 30 m haben, kann man mit ihnen Punktziele wie militärische Führungsstäbe und Interkontinentalraketen ausschalten (mit seegestützten Raketen ist dies noch nicht möglich).

3. Es besteht eine minimale Vorwarnzeit und die Raketen, besonders die CM, können bisher kaum vom russischen Radar erfaßt werden.

Diese Dinger würden also den USA die Möglichkeit in die Hand geben, einen Teil des strategischen Potentials der SU auszuschalten, und zwar von Europa aus. Da ein strategischer Schlag der SU auf die USA dem Selbstmord gleichkäme, könnten die USA kalkulieren, daß ein russischer Gegen- oder Präventivschlag allenfalls auf Westeuropa käme. Nur: Wäre das so schlimm für die USA? Was sie verlieren würden, wären einige hunderttausend Soldaten und vielleicht einen Großteil ihres dort angelegten Kapitals. Allerdings wären sie auch lästige Konkurrenten los, und schließlich wären sie u.U. die endlich dominierende Supermacht.

Man kann also die Stationierung der Raketen in Europa durchaus als einen wichtigen Teil der Politik der Erlangung der Überlegenheit verstehen, wie das auch die Friedensbewegung tut. Und zwar als einen Schritt, der vor allem auf Kosten der Europäer geht.

In der Friedensbewegung ist es auch Allgemeingut, daß die NATO der SS 20 durchaus etwas entgegenzusetzen hat, daß also keine Lücke besteht. Es handelt sich um die ,,Forward based Systems", die amerikanischen F III, die amerikanischen U-Boote usw. Daraus wird gefolgert, daß der Verzicht auf die Stationierung der US-Raketen durchaus nicht der Verteidigung schadet. M.E. kann man das teilen, auch wenn man die Verniedlichung der SS 20 nicht teilt. Selbst der Vorsitzende des Militärausschusses der Parlamentarierversammlung der NATO, ein Engländer, hat in einer Studie für das amerikanische Repräsentantenhaus festgestellt, daß die SS 20 zwar der SU gewisse Vorteile verschaffen würde, aber nur graduelle, während umgekehrt die US-Raketen den USA einen qualitativen Sprung verschaffen würden. Ähnliche Positionen werden z.B. auch von SIPRI vertreten. Wenn Genossen des ZK oder der Redaktion das anders sehen, sollen sie das anhand von Tatsachen belegen, nicht aber die Frage durch Nicht-Behandlung würdigen (...)

A.M., Braunschweig

Fortsetzung von Seite 3

und, wie er im Vorwort zu seinem Buch schrieb, es jetzt herausbringe, weil ,,das hochgeklappte Visier die schärfste Form des Angriffs bedeutet". Seine Kritik an der Verwüstung der Produktivkraft Mensch wie zu-

Handeln vorgeschlagen, die ,,nur Machbares" enthielten. Ihnen vorausgeschickt wird eine prinzipielle Erwägung ,,Zu Fragen der Gewalt", eingebettet in eine kurze Einschätzung der internationalen Situation. Nach Auffassung der DDR-Autoren bedingen die beiden Militärblöcke einander, ,,wobei die Politik des Gegenspielers

auch offen auftreten und andere ermutigen, nach der Devise ,,Bleibe daheim (nämlich in der DDR, G.K.) und wehr dich täglich!"
• Ausprobieren alternativer Lebensformen, um das eigene Verhalten zu ändern, und bewußte Einschränkung des Konsums, ,,um sich einen Zeitfonds zur persönlichen Weiterbildung

• Bei den Wahlen eine totale Nein-Stimme abgeben, um das Wahlsystem als ganzes zu denunzieren.
• Massenhafte Eingaben gegen krasse Fälle von Umweltverschmutzung machen.
• Die mündliche Weitergabe von Wissen pflegen und dabei allgemein-

In der KVZ Nr. 27 steht als Bildunterschrift ,,Ein zunächst kleiner Teil der Demonstration ging unmittelbar auf Angriff auf die Polizeikette, die die Bannmeile schützte." Unten steht dazu: ,,Die Hausbesetzer konnten kaum richtiger handeln." Wäre es nicht sinnvoller gewesen, die Kundgebung auf dem Wartburgplatz mit einem AL-Abgeordneten wie geplant abzuhalten? Die Einschüchterung der Unterstützer der Hausbesetzer ist dem Senat zum Teil schon gelungen, denn auf der Demonstration am 12.7. waren es nur noch 5000 im Gegensatz zu den 15000 am 25.6. Meiner Einschätzung nach wird durch Straßenschlachten eher wieder die Gewaltdebatte in den Vordergrund gerückt als die Debatte über die Ursachen. Mit der Zerstörung von Eigentum arbeitender Leute (Autos, Scheiben) machen sich die Hausbesetzer nicht beliebter, und das paßt ins Konzept der CDU.

Ich weiß nicht, wie der Autor des Leitartikels der KVZ 28 zu der Einschätzung kommt, daß die Widersprüche zwischen der

niestreben der beiden Supermächte. Meiner Meinung gibt es zwar Anzeichen einer Entwicklung in diese Richtung, aber der Hauptwiderspruch hat sich noch nicht verschoben ...

Andererseits einmal angenommen, der Hauptwiderspruch in der Welt wäre heute der zwischen den beiden Supermächten – sollen die europäischen Völker dann eine unterschiedliche Stellung zu den beiden Supermächten einnehmen? Sicher ist richtig, daß die Sowjetunion die aufstrebende Supermacht ist und die USA ihren Einflußbereich verteidigen. Aber wer sagt denn, daß die USA aus einer solchen Position der Verteidigung nicht die Vernichtung Europas durch ihre Atomwaffen in Kauf nehmen. Die Fähigkeit dazu haben sie jedenfalls. Es macht einen Unterschied, ob in der heutigen Weltlage (mit der Herausbildung von Supermächten und imperialistischen Mächten zweiten Rangs) eine Supermacht im Niedergang ist, oder ob unter gleichrangigen imperialistischen Mächten eine im Nieder-

1985 atomar bestückt werden sollen. Ihre Reichweite soll 2600 km betragen, stationiert werden sollen sie u.a. im Eismeer, Mittelmeer, Persischen Golf (FAZ, 6.6.81). Ein mobiles Raketensystem oder eine neue Raketenluftflotte sind in Planung. An dem für Radar unsichtbaren Kampfbomber ,,Stealth" wird gearbeitet usw. usf.

Wichtiger Teil der neuen Politik der USA ist die Änderung der Doktrinen der USA, was den Atomkrieg angeht. Seit Schlesinger wird nämlich immer klarer und konkreter die Doktrin des einkalkulierten begrenzten Atomkrieges entwickelt. Die Umstellung der Ziele von den großen russischen Städten auf Punktziele in Carters Direktive 59 stellt bereits einen Teil der praktischen Umsetzung dar. Einflußreiche Denker im Pentagon entwickeln recht offen Auffassungen wie die, daß die USA sich darauf rüsten und ausbilden müssen, einen Sieg im Atomkrieg zu erlangen, was bei 20 Millionen eigenen Toten möglich sei. Kurz: Die Schwelle zum Atomkrieg wird systematisch gesenkt. Zwar



Selbstbestimmung
• Die korrekte und gerechte Lösung
• Das nationaldemokratische Programm der EPLF

FREIHEIT FÜR ERITREA!
herausgegeben von der
KOMMUNISTISCHEN GRUPPE ULM
(2., erweiterte Auflage, Juli 1981)

○ ERITREA–Broschüre
73 Seiten / 3,– DM
○ MEMORANDUM der EPLF
24 Seiten / 2,– DM

• Vorworte
• Geschichte des Widerstandes
• Interview mit dem Vorsitzenden der Vereinigung Eritreischer Studenten (AESE) in der BRD

Zu bestellen bei:
E. Janik
Postfach 3110
7900 Ulm/Do.

einen gewissen technischen Vorsprung dazu haben. Ein Braunschweiger Professor Forndran, der als Regierungsberater tätig ist, hat kürzlich auf einer Veranstaltung gesagt, die USA könnten diese Fähigkeit bis Mitte der 80er Jahre haben. Frage: Wenn

lismus gegnüber der andern Supermacht enorme Vorteile verschaffen:
1. Erstmals kann die USA die Zentren der SU von fremdem Gebiet aus bedrohen.
2. Da die Raketen eine Treffgenauigkeit von 20 – 30 m haben, kann man mit ihnen Punktziele wie militärische Führungsstäbe und Interkontinentalraketen ausschalten (mit seegestützten Raketen ist dies noch nicht möglich).
3. Es besteht eine minimale Vorwarnzeit und die Raketen, besonders die CM, können bisher kaum vom russischen Radar erfaßt werden.

Diese Dinger würden also den USA die Möglichkeit in die Hand geben, einen Teil des strategischen Potentials der SU auszuschalten, und zwar von Europa aus. Da ein

Fortsetzung von Seite 3

und, wie er im Vorwort zu seinem Buch schrieb, es jetzt herausbringe, weil ,,das hochgeklappte Visier die schärfste Form des Angriffs bedeutet". Seine Kritik an der Verwüstung der Produktivkraft Mensch wie zugleich der Natur im realen Sozialismus und die Aufgabenstellung der Mobilisierung des ,,emanzipatorischen Bewußtseins" in einem weiten Sinne ist offenbar als ein neuer, zeitgemäßer Ansatzpunkt sozialistischer Kritik aufgenommen worden, auch als Hinweis auf erweiterte Möglichkeiten des politischen und gesellschaftlichen Handelns. Neben der Herabstufung der Rolle der Arbeiterklasse führen die DDR-Autoren noch zwei weitere Kritiken an Bahro an:

– Seine Vorstellung, die kommunistische Gesellschaftsordnung müsse allerdings ein Einparteienstaat sein, verwerfen sie zugunsten eines bewußt angestrebten ,,linken Pluralismus", um ,,Irrwege zu korrigieren und demokratische wählbare Alternativen anzubieten".

– Bahros Argument für seine Emigration in die BRD, daß von dort aus ein massenhafter ideologischer Prozess in Gang gesetzt werden könne, verkenne die historische Situation in der DDR, die Havemann richtig so charakterisiert habe: ,,Die Zukunft des Sozialismus in Deutschland wird eben doch hier in der DDR entschieden. Und ich bin überzeugt, daß die Möglichkeiten politischer Betätigung in den kommenden Jahren nicht ab-, sondern zunehmen werden." – Bahro wird aufgefordert, statt in den Aktivitäten der BRD-,,Grünen" aufzugehen, weiterhin an der Analyse der DDR-Verhältnisse zu arbeiten.

Praktische Schlußfolgerungen

Am Ende werden *Möglichkeiten zum Handeln* vorgeschlagen, die ,,nur Machbares" enthielten. Ihnen vorausgeschickt wird eine prinzipielle Erwägung ,,Zu Fragen der Gewalt", eingebettet in eine kurze Einschätzung der internationalen Situation. Nach Auffassung der DDR-Autoren bedingen die beiden Militärblöcke einander, ,,wobei die Politik des Gegenspielers stets Vollstrecker der Politik des anderen ist". Bei Strafe des Selbstmords der Menschheit müßten – wie in einem Horrorschachspiel – beide Seiten dauernd unentschieden spielen. Auch in der DDR entwickele sich der militärische Komplex zum Staat im Staate. Um seinen Einfluß zu brechen, müsse, ,,radikale Wehrdienstverweigerung" praktiziert werden, müsse aber über den jetzt möglichen Einsatz als Bausoldat hinaus ein wirklicher Wehrersatzdienst erkämpft werden. Die beiden Weltkriege hätten der Sache des Sozialismus nur geschadet. ,,Die Mittel der Gewaltlosigkeit sind zudem die einzigen, die eine kommunistische Gesellschaftsordnung erkämpfen können."

Wehrdienstverweigerung wird daher als eine der zwölf Handlungsmöglichkeiten angeführt. Weitere sind:

- Überall, wo man seine Meinung über aktuelle Probleme sagen kann, auch offen auftreten und andere ermutigen, nach der Devise ,,Bleibe daheim (nämlich in der DDR, G.K.) und wehr dich täglich!"



- Ausprobieren alternativer Lebensformen, um das eigene Verhalten zu ändern, und bewußte Einschränkung des Konsums, ,,um sich einen Zeitfonds zur persönlichen Weiterbildung oder für soziale Betätigung zu schaffen".
- Massenhaftes Mitarbeiten in den Gewerkschaften und ständige Aufklärung über die Rechte und Möglichkeiten. Arbeitszeitverkürzung als Ziel propagieren.
- In den Betrieben die Möglichkeiten einer Selbstverwaltung einmal ,,durchspielen", sich mit dem Gedanken vertraut machen.
- Bildung von Frauen-Selbsthilfegruppen zur Diskussion über die Niedriglohnberufe für Frauen, über die menschenunwürdigen Verhältnisse in den Entbindungskliniken, über ein Ausbildungssystem, das auch Frauen mit Kindern noch Möglichkeiten eröffnet.
- Kontrolle des Wehrkundeunterrichts in den Schulen durch die Eltern.
- Arbeiten in der SED oder FDJ, Werben für unorthodoxe Ansichten.
- Bei den Wahlen eine totale Nein-Stimme abgeben, um das Wahlsystem als ganzes zu denunzieren.
- Massenhafte Eingaben gegen krasse Fälle von Umweltverschmutzung machen.
- Die mündliche Weitergabe von Wissen pflegen und dabei allgemeinverständliche Ausdrücke lernen.
- Die ,,Klassiker" neu studieren, aber sich nicht in Auslegungsstreit verstricken, nicht – nach einem Wort Wolf Biermanns – den ,,roten Stein der Weisen" suchen, sondern die Einheit im Handeln anstreben.

In diesen Punkten sehen sich die Autoren – mit Einschränkungen – Bahros Begriff einer ,,Kulturrevolution" verpflichtet als eines langen Prozesses des Änderns der Gesellschaft und Sich-Änderns der Individuen. Wenn die Vorschläge scheinbar gering erscheinen, so ,,soll aber daran erinnert werden, daß ähnlich wie in der Physik auch in der Gesellschaft die kleinsten Kräfte die größte Wirkungen haben, vorausgesetzt, daß diese kleinsten Kräfte massenhaft wirksam werden". Von Hegel der abschließende Satz: ,,Ist das Reich der Vorstellung revolutioniert, so hält die Wirklichkeit nicht aus."



Frankfurt: Räumung in Nied und Hausdurchsuchungen auf Grund des §129a

anm.Frankfurt. Im April dieses Jahres wurde von ca. 40 Leuten das ehemalige Bundesbahnausbesserungswerk, ein Gelände in Frankfurt Nied, das heute der Post gehört, besetzt. Die Besetzung fand unter den Anwohnern relativ große Unterstützung, eine Nutzung des Geländes wurde begrüßt. Eine Bürgerversammlung im Stadtteil solidarisierte sich mit den Besetzern und verlangte von der Post, daß sie das Gelände den Besetzern zur Verfügung stellen solle.

Im wesentlichen wurde das Gebäude dann zur Organisierung von Festivals genutzt, auf dem Gelände wohnten ca. 40 Leute.

Tatsache ist aber auch, daß die anfänglich guten Kontakte zu den Leuten in dem Stadtteil nicht aufrechterhalten werden konnten, wie auch eine Öffentlichkeitsarbeit für das geplante Projekt außer unter der Szene nicht stattfand. Am Dienstag, dem 28. Juli, ließ die Post den Räumungstitel vollstrecken, gleichzeitig wurde mit dem Abriß begonnen. Während der Räumung kam es zu keinerlei Widerstand. Gleichzeitig wurden in Frankfurt ca. 30 Wohnungen durchsucht. Die Durchsuchungsbefehle gründeten sich auf den Verdacht der Bildung einer terroristischen Vereinigung. Konkret der Bildung des ,,Schwarzen Blocks''; die Jugendlichen, die in Frankfurt an verschiedenen Demonstrationen schwarz gekleidet teilnahmen, werden als solche bezeichnet.

Sechs der Verhafteten wurden der Bildung einer terroristischen Vereinigung angeklagt. Drei der Verhafteten befinden sich derzeit auf freiem Fuß, da ihre Haftbefehle außer Vollzug gesetzt worden sind, drei sitzen weiterhin ein. Allerdings hält die Staatsanwaltschaft gegen vier Leute insgesamt den Vorwurf der Gründung einer terroristischen Vereinigung aufrecht. Bei zweien mußte sie diesen Anklagepunkt fallen lassen. Sämtliche Anklagen stützen sich auf die Aussagen eines dubiosen Zeugen, der längere Zeit bei den Frankfurter Hausbesetzern mitmachte und jetzt als Kronzeuge aufgefahren wird. Von der Qualität her neu in Frankfurt ist die Tatsache, daß in breitem Umfang Hausdurchsuchungen aufgrund von wild konstruierten Vorwürfen durchgeführt werden. Die Aktion steht in Verbindung mit der Vorbereitung der Räumung des Hüttendorfes im Flörsheimer Wald, die als Fanal der Landesregierung, den Bau der Startbahn West bei gleichzeitig laufendem Volksbegehren gewaltsam durchzusetzen, in den nächsten Wochen erwartet wird.

Gegen die Räumung des Geländes in Nied sowie gegen die Hausdurchsuchungen riefen am Samstag, dem 1.8., Asta, Grüne, Jusos, Falken, SDAJ, die Spontiszene und der Häuserrat zu einer Demonstration auf. Stoßrichtung: Wir alle sind der Schwarze Block. Forderungen: sofortige Aufhebung der Haftbefehle, sofortige Freilassung sämtlicher Festgenommenen. An der Demonstration nahmen ca. 1200 teil. So berechtigt der Anlaß der Demonstration und die Forderungen auch waren, so bot die Stoßrichtung der Demonstration wenig Gelegenheit, alle, die gegen das Vorgehen der Polizei sind, zusammenzufassen. Ein größerer Teil der Teilnehmer war zwischen der Möglichkeit hin und hergerissen, entweder Objekt der Anarchisten- und Spontiszene zu werden, oder der Polizei. Aus ging es dann so: Nachdem in der Innenstadt ein Spiel mit schwarzen Blöcken veranstaltet worden war, kündigte der Asta wenig später als Anmelder der Demonstration die Verantwortung auf, da er wegen des hohen Polizeiaufgebots einen friedlichen Verlauf nicht sichern könne. Der Großteil der Demonstration, der auch zum gut Teil diese Entwicklung gar nicht mitbekam, marschierte zum Grüneburgpark weiter. Die Polizei sperrte die Straße. Die Demonstration versuchte durchzukommen, leichter Knüppeleinsatz, und dann bot sich das Bild des rennenden Hasen. Der KBW hatte auf einer Veranstaltung zur Teilnahme an der Demonstration aufgerufen. Eine gute Möglichkeit, gegen das Vorgehen der Polizei zu demonstrieren oder eine breite Aufklärung zu betreiben, war das nicht.



,Besetzung des Höver-Hauses zwingt zu neuen Wegen'

Parteien und Kirchen zur Unterstützung einer Hausbesetzung in Aachen

pes.Aachen. Dem Abriß war schon ein kleinerer nördlicher Flügel des Johannes-Höver-Hauses zum Opfer gefallen, als gegen Mittag 100 bis 150 Leute sich dort versammelten, an den Baggerarm hängten, das Haus besetzten und so den weiteren Abriß verhinderten. Tags darauf, am 23. Mai, wurden die Bagger abgezogen. Die Besitzer, die ,,Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft mBH des evangelischen Siedlungswerkes'' und die Stuttgarter Sanierungsfir-

daß innerhalb von 10 Tagen ein Träger sich finden sollte und ein Nutzungs- und Finanzierungskonzept vorgelegt sein müßte. Auf dem Weg dahin wurde am 19.6. der ,,Verein zur Erhaltung des Johannes-Höver-Hauses'' gegründet. Zunächst war dieser als Verhandlungspartner für die Consulting AG geplant, die die Besetzer als solche nicht anerkennen wollte. Auch das war nicht unumstritten, vor allem unter den Bewohnern des Höver-Hauses selbst.

es sich derart entwickelt, daß zuletzt am 22. Juli der Bau-, Liegenschafts- und Wohnungsausschuß auf Antrag der SPD einstimmig beschloß, den Erhalt des Hauses und die Arbeit des Vereins zu unterstützten. Weitergehende Anträge der SPD, daß nämlich die Stadt selbst aktiv in die Verhandlungen eintritt und die Möglichkeiten einer finanziellen Beteiligung prüft, konnten von der CDU-Mehrheit niedergebügelt werden. Für den Verein und die Beset-

Bildung einer terroristischen Vereinigung angeklagt. Drei der Verhafteten befinden sich derzeit auf freiem Fuß, da ihre Haftbefehle außer Vollzug gesetzt worden sind, drei sitzen weiterhin ein. Allerdings hält die Staatsanwaltschaft gegen vier Leute insgesamt den Vorwurf der Gründung einer terroristischen Vereinigung aufrecht. Bei zweien mußte sie diesen Anklagepunkt fallen lassen. Sämtliche Anklagen stützen sich auf die Aussagen eines dubiosen Zeugen, der längere Zeit bei den Frankfurter Hausbesetzern mitmachte



,Besetzung des Höver-Hauses zwingt zu neuen Wegen'

Parteien und Kirchen zur Unterstützung einer Hausbesetzung in Aachen

pes.Aachen. Dem Abriß war schon ein kleinerer nördlicher Flügel des Johannes-Höver-Hauses zum Opfer gefallen, als gegen Mittag 100 bis 150 Leute sich dort versammelten, an den Baggerarm hängten, das Haus besetzten und so den weiteren Abriß verhinderten. Tags darauf, am 23. Mai, wurden die Bagger abgezogen. Die Besitzer, die ,,Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft mBH des evangelischen Siedlungswerkes'' und die Stuttgarter Sanierungsfir-
ma Consulting AG hatten nicht allzu lange vorher das Haus für 1,8 Mio. DM der Ordensgemeinschaft der Armen Brüder abgekauft. Ihrerseits hatten sie vor, 24 Luxuseigentumswohnungen dort hochzuziehen. Dem mußten aufgrund des Bebauungsplanes – das Gebiet ringsum ist bewaldet und als solches ausgewiesen – das Haus zum Opfer fallen.

Doch zu schnell wuchs die Unterstützung in Aachen für die Besetzung. Der gute Zustand des Hauses war zu augenscheinlich. Zudem fühlen sich viele, vor allem ältere Leute, aufgrund der langen Geschichte des Hauses verbunden und wollen nicht einsehen, daß das, was sie und die Generationen zuvor mit Spenden aufgebaut haben, nun zerstört werden sollte. Die Unterstützung für den Erhalt des Hauses ging schnell bis in die Reihen der CDU, die im Aachener Stadtrat die Mehrheit stellt. In den folgenden zwei Wochen ließen die Besitzer nichts von sich hören, Strafantrag wurde nicht gestellt. Ziemlich schnell mußte aufgrund des innerkirchlichen Druckes, den vor allem die evangelische und katholische Studentengemeinde durch die Unterstützung der Besetzung in Wort und Tat ausübten, das evangelische Siedlungswerk aus der Baubetreuung aussteigen.

Ergebnis eines ersten Gespräches war, daß die Consulting AG aus dem Projekt aussteigen wollte, ohne ,,was zu verdienen'' für 2,3 Mio. DM (Kaufpreis + planerische Aufwendungen + Verzinsung). Als Bedingung stellte sie,

daß innerhalb von 10 Tagen ein Träger sich finden sollte und ein Nutzungs- und Finanzierungskonzept vorgelegt sein müßte. Auf dem Weg dahin wurde am 19.6. der ,,Verein zur Erhaltung des Johannes-Höver-Hauses'' gegründet. Zunächst war dieser als Verhandlungspartner für die Consulting AG geplant, die die Besetzer als solche nicht anerkennen wollte. Auch das war nicht unumstritten, vor allem unter den Bewohnern des Höver-Hauses selbst.
Durch Kauf Besetzer zu Besitzern werden zu lassen, das schien allen Grundsätzen der Häuserbewegung zu widersprechen. Und doch setzte sich mit der Zeit eine andere Haltung durch. Nämlich die, daß der Verein die Gelder für den Kauf des Hauses besorgen soll, sei es bei Bund und Land oder Stadt, sei es notfalls ganz alleine über Spenden und Beiträge, Mieteinnahmen etc. Hauptgrund für diesen Wandel ist die Vorstellung, hier beispielhaft ein alternatives Wohn- und Kulturzentrum aufzubauen, das selbstverwaltet werden und Raum zu Selbstkosten zur Verfügung stellen soll. So soll im Haus das Wohnen in Wohngruppen ermöglicht werden, insgesamt für etwa 60 Personen. Platz soll geschaffen werden für einen bestehenden Kinderladen, für das Kommunikationszentrum Aachen, für Werkgruppen ebenso wie für Konzerte, Theaterabende, Wochenendseminare, Veranstaltungen etc. – alles unter einem Dach. Eine konkrete Utopie also, die ausstrahlen und für die Bewegung mehr Nutzen bringen soll, als der unter den gegebenen Bedingungen wohl erfolglose Kampf für das prinzipielle Recht auf Bereitstellung von billigem Wohnraum, hier des Höver-Hauses.

Relativ gut hat es der Verein geschafft, Leute außerhalb der Bewegung einzubeziehen. Wie ein Vorstandsmitglied es ausdrückte: Um mal zu gucken, sei er in das besetzte Haus gegangen, dabei aber so wütend geworden, als er den Zustand des Hauses sah, daß er sich vornahm, hier etwas zu tun. Auf Ebene der Stadt Aachen hat

es sich derart entwickelt, daß zuletzt am 22. Juli der Bau-, Liegenschafts- und Wohnungsausschuß auf Antrag der SPD einstimmig beschloß, den Erhalt des Hauses und die Arbeit des Vereins zu unterstützten. Weitergehende Anträge der SPD, daß nämlich die Stadt selbst aktiv in die Verhandlungen eintritt und die Möglichkeiten einer finanziellen Beteiligung prüft, konnten von der CDU-Mehrheit niedergebügelt werden. Für den Verein und die Beset-
zer bedeutete das nun zu prüfen, wie die Finanzierung selbständig auf die Beine gestellt werden kann. Das heißt, etwa 10% der Kaufsumme (die der Verhandlung nach unten unterliegen sollten) oder 300000 DM heranzuziehen, die nötig sind, um zinsgünstige Kredite in der erforderlichen Höhe zu erhalten.

Die Consulting AG äußerte allerdings in einem offenen Brief zwei Tage nach der Kommunalsitzung, daß sie nun unter Erhalt des Hauses ,,kostengünstigen Wohnraum für Studenten und Lehrlinge'' schaffen und einen ,,Beitrag zur Lösung der akuten Wohnungsnot in dieser Stadt leisten'' wolle. Sie fordere deshalb die Bewohner auf, unverzüglich das Haus zu räumen. Eine Bauvoranfrage sei gestellt und positiv beschieden. Genaue Pläne würden zu ,,gegebener Zeit'' veröffentlicht. Für den Mitarbeiterkreis der evangelischen Studentengemeinde wurde gleichentags erklärt: ,,So hält man die Leute hin und führt die Öffentlichkeit in die Irre, um doch noch ein profitables Ziel zu erreichen.'' In einem Gespräch versicherte die Polizei, vorerst nicht dem von der Consulting AG gestellten Antrag auf Räumung nachzukommen, andererseits wollten die Vertreter der Besetzer sich dafür einsetzen, die Aktion nicht gewalttätig zu unterbinden. Freiwillig räumen wollen die Besetzer auf jeden Fall nicht. In einer ersten Stellungnahme haben sie die Consulting AG aufgefordert, die Planungen offenzulegen und darzustellen, was sie unter ,,kostengünstigem Wohnen'' verstehen.

Die Forderungen der Elbfischer sind gerecht und notwendig

frt/bel.Hamburg. Im Februar 1981 blockierten die Elbfischer den Hamburger Hafen, um gegen die behördlich genehmigte Elbverschmutzung zu protestieren. Mit dem Verkaufsverbot von Elbaalen, wegen ihres hohen Quecksilbergehaltes, wird den Fischern ihre Existenzbedingung geraubt. Das Tankerunglück vom vorletzten Wochenende hat die Elbe möglicherweise stellenweise so stark belastet, daß sämtliche Organismen absterben, und die Elbe zum biologisch totem Fluß wird. Die Elbfischer fordern von der Bundesregierung und von den Länderregierungen Hamburgs, Niedersachsens und Schleswig-Holsteins:
1. Sofortiges Verbot aller Schwermetalleinleitungen in die Elbe. 2. Aufstellung eines Planentwurfs zur Sanierung der Elbe. 3. Aufstellung eines Planentwurfs zur Sanierung der Elbe bis September 1981. 4. Abkommen mit der DDR und CSSR zur Reduzierung der grenzüberschreitenden Abwasserfracht. 5. Ausreichende Maßnahmen zur Erhaltung der Elbfischerei für die Übergangszeit.

In den letzten 30 Jahren hat sich die Elbe von einem biologisch gesunden, fischreichen und zum Baden einladenden Fluß zu einem Industriekanal entwickelt, den die Wassergütekarten in die Güteklasse 3 einstufen (innerhalb einer Skala von 4 Güteklassen nach steigendem Verschmutzungsgrad). Die Elbe gehörte früher zu den fischreichsten produktivsten Gewässern Westeuropas mit mehr als 23 Fischarten (z.B. Stör, Lachs – bis 1930 in der Elbe gefangen – Hering, Aal, Elbbutt und andere). Heute sind nur noch drei Fischarten wirtschaftlich nutzbar, nämlich Aal, Stint und Elbbutt, wobei der Verkauf von Aalen jetzt auch verboten wurde. Gab es auf der Elbe um 1925 noch eine Fangflotte von 1200 Schiffen mit einem Fangertrag von 18000 t jährlich, so werden heute nur noch 200 t jährlich von einer auf 7 Schiffe geschrumpften Flotte angelandet.

Um die rapide Verschlechterung der Wassergüte der Elbe aufzuhalten und eine Reinigung des Flusses in Angriff zu nehmen, müssen alle Schadfaktoren, die auf das ökologische Gleichgewicht des Ökosystems Elbe einwirken, berücksichtigt werden:

1. Die Ballung von chemischen Industrieanlagen, Mineralölindustrien und erzverarbeitenden Betrieben in wenigen Zentren – Hamburger Hafengebiet, Stade-Bützfleth, Brunsbüttel –, die alle einzeln und unabhängig voneinander die Genehmigung erhalten haben. Behördlich genehmigt dürfen z.B. die Veba (Brunsbüttel) jährlich 36 t Cadmium, 3,6 t Quecksilber, 1000 kg Nickel und 90 t Eisenverbindungen in die Elbe einleiten; die Bayer-Werke in Brunsbüttel 130 t Blei, 1300 kg Quecksilber, 2600 t Eisenverbindungen und 650 t Schwermetalle; die Rotschlammdeponie in Stade-Bützfleth 100000 cbm Rotschlamm; die Norddeutsche Affi 3,6 t Cadmium. Diese Aufzählung ist keineswegs vollständig, sondern beinhaltet nur die Genehmigungen, die bekannt geworden sind, obwohl die Genehmigungsbescheide in der Regel für die Öffentlichkeit nicht zugänglich sind. Aus den Abwässern, die durch eine der spärlich gesäten Kläranlagen gehen, kommen weitere Schadstoffe. Um

Um die rapide Verschlechterung der Wassergüte der Elbe aufzuhalten und eine Reinigung des Flusses in Angriff zu nehmen, müssen alle Schadfaktoren, die auf das ökologische Gleichgewicht des Ökosystems Elbe einwirken, berücksichtigt werden:

1. Die Ballung von chemischen Industrieanlagen, Mineralölindustrien und erzverarbeitenden Betrieben in wenigen Zentren – Hamburger Hafengebiet, Stade-Bützfleth, Brunsbüttel –, die alle einzeln und unabhängig voneinander die Genehmigung erhalten haben. Behördlich genehmigt dürfen z.B. die Veba (Brunsbüttel) jährlich 36 t Cadmium, 3,6 t Quecksilber, 1000 kg Nickel und 90 t Eisenverbindungen in die Elbe einleiten; die Bayer-Werke in Brunsbüttel 130 t Blei, 1300 kg Quecksilber, 2600 t Eisenverbindungen und 650 t Schwermetalle; die Rotschlammdeponie in Stade-Bützfleth 100000 cbm Rotschlamm; die Norddeutsche Affi 3,6 t Cadmium. Diese Aufzählung ist keineswegs vollständig, sondern beinhaltet nur die Genehmigungen, die bekannt geworden sind, obwohl die Genehmigungsbescheide in der Regel für die Öffentlichkeit nicht zugänglich sind. Aus den Abwässern, die durch eine der spärlich gesäten Kläranlagen gehen, kommen weitere Schadstoffe. Um
die Fracht an gelösten Schwermetallverbindungen und Salzen zu erfassen, müßten die Klärwerke mit einer – neben der mechanischen und biologischen – dritten, sogenannten chemischen Reinigungsstufe ausgestattet sein, die Schwermetalle als unlösliche Verbindungen aus dem Wasser ausfällt.

2. Die hohe Kalisalzfracht, die die Elbe aus den Steinsalzbewergwerken in Straßfurt/DDR und aus der CSSR mitführt.

3. Die Zerstörung der Feuchtgebiete und Süßwasserwatte der Elbufer durch Eindeichungsprojekte, Aufschüttungen von Wattflächen sowie Grundwasserabsenkungen durch die Vertiefung der Elbfahrrinne auf 13,5 Meter, um große Tanker und Containerschiffe in den Hamburger Hafen zu bekommen. Die Vordeichländereien bzw. die gezeitenabhängigen Wattgebiete sind die bevorzugten Aufenthaltsorte der Organismen, die für die Selbstreinigungskraft der Elbe verantwortlich sind. Der Organismen also, die die im Abwasser gelösten organischen Abfallstoffe zu unschädlichen Produkten abbauen. Diesen Gebieten ist es zu verdanken, daß die Elbe trotz schwerer Abwasserbelastungen noch kein toter Fluß ist. Weiterhin stellen diese Feuchtgebiete einen Rückzugsraum für Fische bei Sauerstoffmangel und die Kinderstube für Jungfische dar. Lediglich die günstige Windrichtung hat verhindert, daß das ausgelaufene Rohöl des leckgeschlagenen Tankers in diese wenigen noch existierenden Gebiete trieb und sie verseuchte.

4. Die Aufwärmung der Elbe durch das Kühlwasser von zwei Kernkraftwerken (Stade, Brunsbüttel, bald noch zusätzlich Krümmel) und einer Vielzahl von Kohle- und Erdölkraftwerken.

Alle genannten Schadfaktoren wirken sich ,,sauerstoffzehrend'' aus; die chemischen Abwässer, indem sie den gelösten Sauerstoff für oxidative Abbauprozesse verbrauchen; die Abwärme, indem sie die Sauerstoffsättigung des Wassers herabsetzt. Dieses alles – zusammen mit sommerlichen Hitzeperioden oder winterlicher Eisbedeckung oder Bedeckung mit ausgelaufenem Rohöl – kann zu den sogenannten Sauerstofftälern führen. Die Sauerstoffkonzentration sinkt unter den für Wasserorganismen kritischen Wert von 2 Milligramm pro Liter, die Lebewelt im Fluß stirbt ab, der Fluß ,,kippt um'', sauerstoffunabhängige Fäulnisprozesse machen ihn zur stinkenden Brühe.

Fortsetzung auf Seite 6

Veranstaltungen

das Kühlwasser von zwei Kernkraftwerken (Stade, Brunsbüttel, bald noch zusätzlich Krümmel) und einer Vielzahl von Kohle- und Erdölkraftwerken.

Alle genannten Schadfaktoren wirken sich ,,sauerstoffzehrend'' aus; die chemischen Abwässer, indem sie den gelösten Sauerstoff für oxidative Abbauprozesse verbrauchen; die Abwärme, indem sie die Sauerstoffsättigung des Wassers herabsetzt. Dieses alles – zusammen mit sommerlichen Hitzeperioden oder winterlicher Eisbedeckung oder Bedeckung mit ausgelaufenem Rohöl – kann zu den sogenannten Sauerstofftälern führen. Die Sauerstoffkonzentration sinkt unter den für Wasserorganismen kritischen Wert von 2 Milligramm pro Liter, die Lebewelt im Fluß stirbt ab, der Fluß ,,kippt um'', sauerstoffunabhängige Fäulnisprozesse machen ihn zur stinkenden Brühe.

Fortsetzung auf Seite 6

Veranstaltungen

Hannover
Diskussionsrunde zu dem Artikel ,,Stellung zum drohenden Krieg und Kampf dagegen'', von Hans-Gerhart Schmierer, in: Kommunismus und Klassenkampf 6/81
Freizeitheim Linden
Samstag, 15.8.1981, 15.00 Uhr

Kiel
Öffentliches Diskussionsforum zu dem Artikel ,,Imperialismus, Sozialimperialismus und Probleme beim Übergang zum Sozialismus in unterentwickelten Ländern'', von Hans-Gerhart Schmierer, in: Kommunismus und Klassenkampf 7/81
Ellerbecker Kegelbahn, Ostring
Donnerstag, 13.8.1981, 20.00 Uhr

Kommunistische Volkszeitung
Wochenzeitung. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Politik, Gesellschaft, Ideologie: Gerd Koenen, Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Lutz Plümer, Chérifa el-Masri, Gerd Koenen · Betrieb, Gewerkschaften, Sozialversicherungen: Michael Ackermann, Günther Kruse · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur, Wissenschaft: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; Geschäftsführer B. Wagner · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1 DM, Jahresabonnement 50 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 8,40 DM); Halbjahresabonnement 25 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 4,20 DM); Vierteljahresabonnement 13 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 2,30 DM) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234 · ISSN 0720-8898

,,Gesamtschule ja – aber nicht so"

NRW: Ende des Versuchsstadiums der Gesamtschulen

ans.Dortmund. Am 16.7.81 hat der Landtag von Nordrhein-Westfalen mit seiner absoluten SPD-Mehrheit gegen die Stimmen der CDU ein neues Schulverwaltungsgesetz beschlossen, wonach zum 1.8.81 die 32 Gesamtschulen Nordrhein-Westfalens aus ihrem seit 1969 bestehenden Versuchsstadium entlassen werden.

Dies sogenannte Gesamtschulgesetz war und ist in NRW sehr umstritten. Es scheint so, als hätten sich die Positionen von SPD und CDU insbesondere in den letzten Monaten angenähert und als sei die Zustimmung der CDU nur daran gescheitert, daß das neue Gesetz keine Bestandsgarantie für Hauptschulen enthält. Trotz einer bestimmten Annäherung gibt es aber doch weiterreichende Differenzen über das, was Gesamtschule sein soll. Vor allem aber sind die wesentlichen Kritikpunkte der Gewerkschaften in dem SPD-Gesetz nicht berücksichtigt worden, allenfalls gibt es in dem einen oder anderen Fall vage Absichtserklärungen. Hinzu kommt, daß die Realisierung des Gesetzes unter zwei weiteren, die Schulpolitik insgesamt prägenden Bedingungen, ablaufen soll, nämlich bei rückläufigen Schülerzahlen und im Rahmen der in NRW besonders auf die Schulen abgestellten Sparmaßnahmen. Alles in allem also dürften die Auseinandersetzungen weitergehen und haben sie in den Kommunen z.T. schon an Heftigkeit zugenommen.

Das neue Gesamtschulgesetz der SPD und die Stellungnahme der CDU

In seiner Regierungserklärung hatte Ministerpräsident Rau 1980 zur Gesamtschule gesagt: ,,Wir werden die rechtlichen Möglichkeiten dafür schaffen, daß Gesamtschulen als gleichwertige und gleichberechtigte Angebotsschulen *zur Ergänzung* unseres Schulwesens dort errichtet werden können, wo die Eltern es wollen und wo das *Angebot traditioneller Schulformen* bei zumutbaren Schulwegen gesichert werden kann" (Hervorh.v.uns). Diese Aussage, die bereits hinter die Zielvorstellungen des DGB zurückfällt, mit der Gesamtschule das dreigliedrige Schulsystem abzuschaffen, glaubt die Landesregierung durch ihr Gesetz erfüllt zu haben.

Dies neue Schulverwaltungsgesetz sieht die Gesamtschule als *eine* Schulform neben dem herkömmlichen Schulsystem vor. Bei Bedarf – ausgegangen wird von etwa 30% der jeweiligen Schülerjahrgängen – sollen die Kommunen Gesamtschulen als ,,integriertes Bildungssystem" errichten. Alle Abschlüsse der Sekundarstufe I sollen möglich sein, ausdrücklich im Gesetz festgehalten ist aber nur, daß der ,,Bildungsgang Hauptschule" enthalten sein muß. Für Gymnasien und Realschulen gibt es jeweils in ,,zumutbarer Entfernung" eine Bestandsgarantie. Die Gesamtschulen sollen vierzügig sein, gegenüber Zweizügigkeit von

Ministerpräsident Rau 1980 zur Gesamtschule gesagt: ,,Wir werden die rechtlichen Möglichkeiten dafür schaffen, daß Gesamtschulen als gleichwertige und gleichberechtigte Angebotsschulen *zur Ergänzung* unseres Schulwesens dort errichtet werden können, wo die Eltern es wollen und wo das *Angebot traditioneller Schulformen* bei zumutbaren Schulwegen gesichert werden kann" (Hervorh.v.uns). Diese Aussage, die bereits hinter die Zielvorstellungen des DGB zurückfällt, mit der Gesamtschule das dreigliedrige Schulsystem abzuschaffen, glaubt die Landesregierung durch ihr Gesetz erfüllt zu haben.

Dies neue Schulverwaltungsgesetz sieht die Gesamtschule als *eine* Schulform neben dem herkömmlichen Schulsystem vor. Bei Bedarf – ausgegangen wird von etwa 30% der jeweiligen Schülerjahrgängen – sollen die Kommunen Gesamtschulen als ,,integriertes Bildungssystem" errichten. Alle Abschlüsse der Sekundarstufe I sollen möglich sein, ausdrücklich im Gesetz festgehalten ist aber nur, daß der ,,Bildungsgang Hauptschule" enthalten sein muß. Für Gymnasien und Realschulen gibt es jeweils in ,,zumutbarer Entfernung" eine Bestandsgarantie. Die Gesamtschulen sollen vierzügig sein, gegenüber Zweizügigkeit von

Gymnasien und Realschulen. Der Ganztagsbetrieb ist als Regel nicht festgehalten, dafür aber ,,in der Regel" eine Sekundarstufe II, allerdings als ,,gymnasiale Oberstufe". Auch dies erst aufgrund der Kritiken am Gesetzentwurf. Möglichkeiten zur äußeren Differenzierung der Schüler in Fachleistungskurse sind zwar nicht im Detail vorgeschrieben, aber nach dem Gesetzestext bereits ab Klasse 5 durchführbar.

Aufgrund der Kriterien vor allen Dingen des DGB, aber auch aus den eigenen Reihen, die Gesamtschule werde mit diesem Gesetz allenfalls Hauptschulersatz werden und in ländlichen Gebieten wegen der Bestandsgarantien für die weiterführenden Schulen gar nicht erst zustandekommen, hat sich die SPD-Fraktion genötigt gesehen, einige Zugeständniserklärungen abzugeben. So soll die Schulversorgung künftig auch in ,,interkommunaler Zusammenarbeit" oder in ,,Schulträgerschaft der Landkreise" (landtag intern 18/81) gesichert werden. Außerdem will die SPD-Fraktion etwaige Änderungen der Oberstufe nicht ausschließen, etwa die Möglichkeit der Doppelqualifikation für berufliche und allgemeine Abschlüsse. Diese Zugeständnisse hat sie aber im Gesetz selbst nicht niederlegen wollen.

So hat die SPD, einerseits unter dem Druck ihrer absoluten Mehrheit und damit ihrer Wähler, zumindest dem Namen nach Elemente der Bildungsreform verwirklichen zu müssen, andererseits unter Beschuß durch die CDU und mit dem Ergebnis des Volksbegehrens gegen die Koop-Schule von 1978 im Nacken, eine gesetzgeberische Mißgeburt hervorgebracht, die man mit gutem Gewissen kaum als Fortschritt für die Auszubildenden ansehen kann.

Die CDU hat nach etlichen Beratungen zwischen den Fraktionen und nach Vorlage eines eigenen Gesetzentwurfs diesem Gesamtschulgesetz nicht zugestimmt. 1978 gelang es ihr, das vom Landtag beschlossene Gesetz über kooperative Schulen mit einem Volksbegehren zu Fall zu bringen. Dies Gesetz sah vor, in kooperativen Schulzentren, die alle drei Schulformen enthalten sollten, eine schulformunabhängige Orientierungsstufe (Kl. 5 und 6) zu schaffen. Die CDU griff die Orientierungsstufe an als Schritt hin zur integrierten Gesamtschjule, die sie als gleichmacherische Einheitsschule ablehnt.

Jetzt hat sie sich auf Verhandlungen mit der SPD eingelassen und einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt, der ebenfalls das Versuchsstadium der Gesamtschulen beenden will und den Bestand von Gesamtschulen vorsieht. Nachdem sie in ihrem Landtagswahlprogramm 1980 für das ,,in Schulformen gegliederte" Schulwesen und für seinen Ausbau eingetreten war und für Gesamtschulversuche nur unter bestimmten Bedingungen, scheint ihr jetziges Verhalten einen Wandel anzuzeigen.

Damit ist es aber nicht allzu weit her. Tatsache ist, daß die CDU/NRW eine gewisse Annäherung an Positionen erreicht hat, die die CDU in anderen Bundesländern längst vertritt und selbst durchführt (z.B. Niedersachsen), indem sie nämlich für additive oder kooperative Gesamtschulen eintritt. Nach dem Gesetzentwurf soll die Gesamtschule der CDU ,,eine pädagogische und organisatorische Einheit mit Wahlmöglichkeiten und differenzierten Lerngruppen, *die den Bildungsgängen der Hauptschule, der Realschule und des Gymnasiums* entsprechen", sein. ,,Das sei in der Tat etwas ganz anderes als die Einheitsschule der SPD, die integrierte Gesamtschule" (landtag intern, 17/81). Im Kern gehe es ihr um die Weiterentwicklung der Hauptschule und um die Besinnung auf Erziehungsziele, die die Unsicherheit und den Mangel an Orientierungshilfe für die junge Generation beseitigen. Selbst ihre jetzigen Vorstellungen über Gesamtschulen sind auch in NRW so neu nicht. 1971 hat die CDU schon den Antrag im Landtag gestellt, einen ,,Schulversuch kooperative Gesamtschule" durchzuführen.

stimmten Bedingungen, scheint ihr jetziges Verhalten einen Wandel anzuzeigen.

Damit ist es aber nicht allzu weit her. Tatsache ist, daß die CDU/NRW eine gewisse Annäherung an Positionen erreicht hat, die die CDU in anderen Bundesländern längst vertritt und selbst durchführt (z.B. Niedersachsen), indem sie nämlich für additive oder kooperative Gesamtschulen eintritt. Nach dem Gesetzentwurf soll die Gesamtschule der CDU ,,eine pädagogische und organisatorische Einheit mit Wahlmöglichkeiten und differenzierten Lerngruppen, *die den Bildungsgängen der Hauptschule, der Realschule und des Gymnasiums* entsprechen", sein. ,,Das sei in der Tat etwas ganz anderes als die Einheitsschule der SPD, die integrierte Gesamtschule" (landtag intern, 17/81). Im Kern gehe es ihr um die Weiterentwicklung der Hauptschule und um die Besinnung auf Erziehungsziele, die die Unsicherheit und den Mangel an Orientierungshilfe für die junge Generation beseitigen. Selbst ihre jetzigen Vorstellungen über Gesamtschulen sind auch in NRW so neu nicht. 1971 hat die CDU schon den Antrag im Landtag gestellt, einen ,,Schulversuch kooperative Gesamtschule" durchzuführen.

Nach wie vor ist die CDU also im Kern gegen jede Form von Integration, von Vereinheitlichung der Ausbildung, von Einheitsschule, und insofern ist sie sich auch treu geblieben. Im übrigen enthält das sozialdemokratische Gesetz soviele Zugeständnisse, daß sich schon von daher eine Annäherung ergibt. Nach wie vor ist die CDU auch Anwalt einer Ausbildung, die auf die für die kapitalistische Produktion nötigen ,,Fähigkeiten und Fertigkeiten" abgestellt ist, lehnt sie eine umfassende Ausbildung und Entfaltung der Fähigkeiten der Jugendlichen ab. Das macht gerade ihr Beharren auf der Bestandsgarantie für Hauptschulen deutlich.

Die gewerkschaftlichen Forderungen sind in NRW nicht einmal ansatzweise erfüllt

Nachdem der DGB in der Nachkriegszeit relativ wenige konkrete Beschlüsse zur Bildungspolitik gefaßt und noch Anfang der 60er Jahre im Düsseldorfer Programm z.T. widersprüchliche bildungspolitische Vorstellungen, auch solche, die auf der Hoffnung vom Aufstieg durch Bildung beruhen, festgelegt hatte, ist er mit den 1972 verabschiedeten ,,Bildungspolitischen Vorstellungen des DGB" spätestens in die Offensive gegangen.

In diesem grundlegenden Beschluß entwickelt der DGB Vorstellungen von einer umfassenden Strukturreform des Bildungswesens, die zu einem integrierten Bildungssystem vom Elementarbereich bis zur Gesamthochschule führen soll. Zentraler Träger der Strukturreform soll die integrierte Gesamtschule sein. Für die Mittelstufe wird eine obligatorische ,,Hinführung auf die Wirtschafts- und Arbeitswelt im Unterricht" verlangt, in der Oberstufe soll die ,,Trennung zwischen allgemeinbildendem und berufsbildendem Schulwesen aufgehoben werden". Im allgemeinen Teil lehnt der Beschluß ,,eine Bildungsreform ab, die lediglich eine rationellere Vermittlung ökonomisch verwertbaren Sachwissens anstrebt" und fordert ,,Hebung des allgemeinen Bildungsstandes". Zur Demokratisierung des Bildungswesens werden dort Beteiligungsrechte für die Gewerkschaften gefordert ebenso wie eine gesetzlich festgelegte ,,Selbstverwaltung der Schule" (der Beschluß ist abgedruckt in: P. Faulstich, Die Bildungspolitik des DGB 1949–79). Die Beschlußfassung des DGB seither bis hin zum neuen Grundsatzprogramm beruht weitgehend auf den in diesem Beschluß enthaltenen bildungspolitischen Prinzipien.

Ein Bildungssystem, das ,,Qualifikation für ... persönliche und berufliche Entfaltung" (Grundsatzprogramm 80), also polytechnische und allgemeinbildende Elemente umfaßt, das die ,,Begabungen und Interessen von Jugendlichen und Erwachsenen aller Bevölkerungsschichten ... in allen Phasen eines integrierten Bildungssystems optimal" fördert, das dezentralisiert ist und gewerkschaftliche Kontroll- und Einflußrechte sichert, enthält bereits eine Reihe von Vorstellungen, die mit der sozialistischen Einheitsschule angestrebt werden und die man unterstützen und weiterentwickeln muß. Das kann man tun und dennoch die noch häufig im DGB damit verbundene Vorstellung der ,,Chancengleichheit", des Ausgleichs der Klassengegensätze zurückweisen.

Auf der Grundlage solcher bildungspolitischer Beschlüsse tritt der DGB ,,für die Ablösung des bestehenden Schulsystems durch die Gesamtschule" ein (Stellungnahme des DGB NRW zur Änderung des Schulverwaltungsgesetzes), hält aber in NRW das Nebeneinander von Gesamtschule und anderen Schulformen ,,für eine zustimmungsfähige Kompromißlösung, an der keine weiteren Abstriche vorgenommen werden dürfen". Der Gesetzesvorschlag und damit auch das jetzt verabschiedete Gesetz halte aber den Erwartungen des DGB nicht stand. Gestützt auf Stellungnahmen und Erklärungen der GEW stellt der DGB folgende Kernforderungen gegenüber dem Gesamt-

völkerungsschichten ... in allen Phasen eines integrierten Bildungssystems optimal" fördert, das dezentralisiert ist und gewerkschaftliche Kontroll- und Einflußrechte sichert, enthält bereits eine Reihe von Vorstellungen, die mit der sozialistischen Einheitsschule angestrebt werden und die man unterstützen und weiterentwickeln muß. Das kann man tun und dennoch die noch häufig im DGB damit verbundene Vorstellung der ,,Chancengleichheit", des Ausgleichs der Klassengegensätze zurückweisen.

Auf der Grundlage solcher bildungspolitischer Beschlüsse tritt der DGB ,,für die Ablösung des bestehenden Schulsystems durch die Gesamtschule" ein (Stellungnahme des DGB NRW zur Änderung des Schulverwaltungsgesetzes), hält aber in NRW das Nebeneinander von Gesamtschule und anderen Schulformen ,,für eine zustimmungsfähige Kompromißlösung, an der keine weiteren Abstriche vorgenommen werden dürfen". Der Gesetzesvorschlag und damit auch das jetzt verabschiedete Gesetz halte aber den Erwartungen des DGB nicht stand. Gestützt auf Stellungnahmen und Erklärungen der GEW stellt der DGB folgende Kernforderungen gegenüber dem Gesamt-

schulgesetz auf: 1. im Interesse von allgemeiner und beruflicher Integration soll die Festschreibung der Oberstufe als ,,gymnasial" gestrichen werden; 2. die Gesamtschule soll in der Regel Ganztagsschule sein; 3. die Gesamtschule soll alle Bildungsgänge der Sekundarstufe I umfassen; 4. die Zügigkeit soll für alle weiterführenden Schulen gleich sein (dreizügig); 5. die Bestandsgarantie für die anderen Schulformen soll gestrichen werden. Darüber hinaus lehnt der DGB ,,die Festschreibung der äußeren Differenzierung in Fachleistungskurse" ab.

Trotz der gewerkschaftlichen Parole ,,Gesamtschule ist besser" geht der DGB recht eindeutig davon aus, daß sie *unter bestimmten Bedingungen* besser ist, was ein unterstützenswertes Vorgehen ist, weil es die Voraussetzung schafft, inhaltliche und organisatorische Kriterien für ein einheitliches Schulsystem zu entwickeln, statt sich bedingungslos hinter jede sozialdemokratische Reform zu stellen, die den Namen ,,Gesamtschule" trägt.

Neben den oben genannten bildungspolitischen Bedingungen zählen dazu auch eine Reihe materieller Festlegungen, die auch die an den derzeit bestehenden Gesamtschulen vorhandenen Mißstände kritisieren und verändern sollen. Dazu gehören für den DGB auf Landesebene vor allem personalpolitische Forderungen: die einheitliche Pflichtstundenzahl und Besoldung für alle Gesamtschullehrer, die Senkung der Klassenfrequenzen und ein Personalzuschlag, Verbesserungen im Hinblick auf den Ganztagsbetrieb, ,,insbesondere die Bereitstellung von ausreichenden vollständig ausgerüsteten Arbeitsräumen für die Lehrer (aber auch für die Schüler)", verbesserte Lehrerfortbildung und eine ausreichende Anzahl Sozialpädagogen und Schulpsychologen.

Nimmt man die allgemein vom DGB entwickelten Vorstellungen eines einheitlichen Bildungssystems und seine konkreten Forderungen an eine integrierte Gesamtschule in NRW, nimmt man ferner die zu Beginn der Bildungsreform z.T. zumindest von der Bildungskommission beschlossenen und den Volksmassen versprochenen Änderungen des Schulsystems, nimmt man schließlich das Interesse der Arbeiterklasse an einer umfassend die Fähigkeiten entfaltenden Schule, so bleibt angesichts des von der SPD beschlossenen Gesetzes bitter wenig – definitiv festgelegt nicht viel mehr, als daß die Schüler gemeinsam unter einem Dach sitzen sollen.

1978 bereits hat der Bundesjugendausschuß des DGB aus den Erfahrungen mit dem Staatsapparat und seiner Bildungsreform die Konsequenz gezogen: ,,Appelle an Regierungen, Parlamente und politische Parteien reichen alleine nicht aus. Die Gewerkschaften müssen verstärkt gewerkschaftseigene

ausreichenden vollständig ausgerüsteten Arbeitsräumen für die Lehrer (aber auch für die Schüler)", verbesserte Lehrerfortbildung und eine ausreichende Anzahl Sozialpädagogen und Schulpsychologen.

Nimmt man die allgemein vom DGB entwickelten Vorstellungen eines einheitlichen Bildungssystems und seine konkreten Forderungen an eine integrierte Gesamtschule in NRW, nimmt man ferner die zu Beginn der Bildungsreform z.T. zumindest von der Bildungskommission beschlossenen und den Volksmassen versprochenen Änderungen des Schulsystems, nimmt man schließlich das Interesse der Arbeiterklasse an einer umfassend die Fähigkeiten entfaltenden Schule, so bleibt angesichts des von der SPD beschlossenen Gesetzes bitter wenig – definitiv festgelegt nicht viel mehr, als daß die Schüler gemeinsam unter einem Dach sitzen sollen.

1978 bereits hat der Bundesjugendausschuß des DGB aus den Erfahrungen mit dem Staatsapparat und seiner Bildungsreform die Konsequenz gezogen: ,,Appelle an Regierungen, Parlamente und politische Parteien reichen alleine nicht aus. Die Gewerkschaften müssen verstärkt gewerkschaftseigene

Mittel einsetzen ... Ein zentraler Ansatz überbetrieblicher Aktivitäten ist die Tarifpolitik ... Regelungen für Auszubildende in Manteltarifverträgen" u.ä. (Entschließung auf dem Bundeskongreß 1978). Solche tarifvertraglichen Regelungen können in der beruflichen Bildung genutzt werden; sie können aber nicht den Kampf um allgemeine gesetzliche Regelungen des Schulwesens ersetzen, die den gewerkschaftlichen Anforderungen und denen der Klasse entsprechen.

Die Durchsetzung des Gesamtschulgesetzes muß durch die Kommunen erfolgen

Ein weiteres Kampffeld zeichnet sich in NRW auf der Ebene der Kommune bei der Durchsetzung des Gesetzes ab. Hier müssen unbedingt die Forderungen des DGB als Richtschnur für die einzelnen Kämpfe genommen werden. Das Konfliktpotential bei der Durchsetzung liegt in den vielen vagen und ,,in der Regel"-Formulierungen. Das Erkämpfen einzelner Bedingungen hängt jetzt von den Kräfteverhältnissen auf kommunaler Ebene ab, was die Sache nicht leichter macht, denn die Kämpfe sind sehr zersplittert und spielen sich an den einzelnen Schulen ab, und die Kommunen stehen unter starkem finanziellen Druck. In einem Beschluß der Dortmunder SPD heißt das: ,,Bei der Planung und Errichtung neuer Gesamtschulen ist grundsätzlich davon auszugehen, daß vorhandene oder ohnehin geplante Gebäude genutzt werden und keine zusätzlichen Bauinvestitionen erforderlich werden. Investitionen dürfen nur in dem Maße geleistet werden, wie sie ohnehin anfallen." Konkret bedeutet das, es sollen drei Schulzentren in Gesamtschulen umgewandelt werden, ohne vorherige Beratung mit den betroffenen Eltern, Schülern und Lehrern, ohne Angabe der Bedingungen. Die schulischen Beschlußorgane haben abgelehnt, inklusive der GEW-Betriebsgruppen, deren taktische Lage teilweise noch durch den Druck des Philologenverbandes (Beamtenbund) erschwert wird.

Die einzige Lösung für die gewerkschaftlich organisierten Lehrer wird die Zusammenarbeit mit dem DGB sein auf der Linie der GEW: ,,Gesamtschule ja – aber nicht so", sondern unter bestimmten Bedingungen. Diese müßten sich dann an den DGB-Vorschlägen orientieren. Immerhin hat die Dortmunder SPD beschlossen, die Gesamtschulen als Ganztagsschulen einzurichten; ein Ratsbeschluß liegt noch nicht vor. Dennoch ist die Gefahr angesichts der gesetzlichen Grundlage und der finanziellen Mittel relativ groß, daß den Schulen ein bürokratischer Beschluß übergestülpt wird, der gemessen an den gewerkschaftlichen Forderungen und bildungspolitischen Interessen der Arbeiterklasse keinen Fortschritt darstellt.

leistet werden, wie sie ohnehin anfallen." Konkret bedeutet das, es sollen drei Schulzentren in Gesamtschulen umgewandelt werden, ohne vorherige Beratung mit den betroffenen Eltern, Schülern und Lehrern, ohne Angabe der Bedingungen. Die schulischen Beschlußorgane haben abgelehnt, inklusive der GEW-Betriebsgruppen, deren taktische Lage teilweise noch durch den Druck des Philologenverbandes (Beamtenbund) erschwert wird.

Die einzige Lösung für die gewerkschaftlich organisierten Lehrer wird die Zusammenarbeit mit dem DGB sein auf der Linie der GEW: ,,Gesamtschule ja – aber nicht so", sondern unter bestimmten Bedingungen. Diese müßten sich dann an den DGB-Vorschlägen orientieren. Immerhin hat die Dortmunder SPD beschlossen, die Gesamtschulen als Ganztagsschulen einzurichten; ein Ratsbeschluß liegt noch nicht vor. Dennoch ist die Gefahr angesichts der gesetzlichen Grundlage und der finanziellen Mittel relativ groß, daß den Schulen ein bürokratischer Beschluß übergestülpt wird, der gemessen an den gewerkschaftlichen Forderungen und bildungspolitischen Interessen der Arbeiterklasse keinen Fortschritt darstellt.



Stand der Elbfischer im Mai auf dem Hamburger Fischerfest

Fortsetzung von Seite 5

Die Forderungen der Elbfischer an den Staat nach Erstellung eines ökologischen Gesamtgutachtens ist insbesondere deshalb von großer Wichtigkeit, weil Aussagen über die tatsächliche Schädlichkeit der Elbwasserverunreinigung nur gemacht werden können, wenn ihr Zusammenwirken untersucht wird. Weiterhin müssen die Lebensräume der Organismen, ihre Lebensbedingungen und ihre biologischen Ansprüche an die Umwelt untersucht werden, da ohne diese Kenntnisse keine Giftigkeitsabschätzungen gemacht werden können. Künftige Genehmigungsbescheide für Abwasserleitungen müssen sich an solchen ökologischen Gesamtlastplänen orientieren und dürfen nicht den Industriezweigen isoliert erteilt werden. Die Bayer-Werke Brunsbüttel können sich z.B. damit brüsten, nur 10% der erlaubten jährlichen Abwassereinleitungen zu beanspruchen, was aber nichts darüber aussagt, ob sie nicht kurzfristig einmal das Vielfache des Erlaubten einleiten: über das Jahr gemittelt zwar wenig, für betroffene Jungfische in einer empfindlichen Entwicklungsphase durchaus tödlich.

Israel droht mit Bruch des Waffenstillstandes im Libanon

chm. Die israelische Regierung hat erklärt, daß sie nicht mit gebundenen Händen zusehen werde, wie die PLO ,,ihre terroristischen Angriffe" auf die Kibbuzim und Städte fortsetze. Den Waffenstillstand, der am 24. Juli unter Vermittlung der USA zwischen der PLO und Israel geschlossen wurde und der eine faktische Anerkennung der PLO durch Israel bedeutet, versucht die israelische Regierung jetzt zurückzunehmen. Seine Gültigkeit bezieht sich auf den Südlibanon, das Gebiet, wo die UNO Truppen stationiert sind und auf das von Israels Agenten Major Haddad annektierte 10 km breite Grenzgebiet. Die PLO hat wiederholt erklärt, daß sie nicht bereit ist, ihre Verteidigungsoperationen gegen die israelischen Angriffe auf die Flüchtlingslager einzustellen. Innenpolitisch sieht sich die noch nicht offiziell gebildete Regierung Begin zunehmenden Schwierigkeiten ausgesetzt. Der Angriff auf den Kibbuz Kirjat Shmoneh hat offenbart, daß die Bewohner dieser Wehrdörfer unter miserablen Bedingungen leben müssen. Weder waren die Häuser noch die Schutzbunker ausreichend, um sie vor den Raketen der PLO zu schützen. Inzwischen hat die Mehrheit der in Kirjat Shmoneh lebenden Siedler den Kibbuz verlassen und ist in den südlicheren Teil des Landes ausgewandert.

Sadat für Anerkennung der PLO durch die USA

chm. Der ägyptische Präsident Sadat hat in London, der ersten Station seiner Reise durch mehrere europäische Staaten und in die USA, die Vereinigten Staaten aufgefordert, die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO anzuerkennen. Diese Anerkennung sei notwendig, um den Friedensprozeß im Nahen Osten fortzusetzen.

Polen: Hungermärsche wegen verschleppter Wirtschaftsreform

gek. Nach einem zweistündigen allgemeinen Warnstreik in der Region Warschau ist am Mittwoch auch die Blockade der Gebäude von Partei und Ministerrat durch Busse und Müllfahrzeuge aufgehoben worden. Im ganzen Land halten ,,Hungermärsche" und Demonstrationen an. Sie richten sich gegen die ohne Konsultation der Gewerkschaften einseitig verhängten Kürzungen der Fleischrationen (von 3,5 auf 3,0 kg pro Kopf). Weiterhin werden Organisationsmängel für die Knappheit verantwortlich gemacht. Praktisch richten sich die Demonstrationen vor allem gegen die als völlig unzureichend angesehenen Sofortmaßnahmen zur Milderung der Krise und die Verschleppung der ,,großen Wirtschaftsreform". Zu dem von einer Arbeitsgruppe der ,,Solidarność" ausgearbeiteten Entwurf eines ,,Gesetzes

Sadat für Anerkennung der PLO durch die USA

chm. Der ägyptische Präsident Sadat hat in London, der ersten Station seiner Reise durch mehrere europäische Staaten und in die USA, die Vereinigten Staaten aufgefordert, die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO anzuerkennen. Diese Anerkennung sei notwendig, um den Friedensprozeß im Nahen Osten fortzusetzen.

Polen: Hungermärsche wegen verschleppter Wirtschaftsreform

gek. Nach einem zweistündigen allgemeinen Warnstreik in der Region Warschau ist am Mittwoch auch die Blockade der Gebäude von Partei und Ministerrat durch Busse und Müllfahrzeuge aufgehoben worden. Im ganzen Land halten ,,Hungermärsche" und Demonstrationen an. Sie richten sich gegen die ohne Konsultation der Gewerkschaften einseitig verhängten Kürzungen der Fleischrationen (von 3,5 auf 3,0 kg pro Kopf). Weiterhin werden Organisationsmängel für die Knappheit verantwortlich gemacht. Praktisch richten sich die Demonstrationen vor allem gegen die als völlig unzureichend angesehenen Sofortmaßnahmen zur Milderung der Krise und die Verschleppung der ,,großen Wirtschaftsreform". Zu dem von einer Arbeitsgruppe der ,,Solidarność" ausgearbeiteten Entwurf eines ,,Gesetzes

über die gesellschaftlichen Unternehmen", der auf einer Konferenz von 3000 Vertretern der Großbetriebe verabschiedet worden ist, hüllt sich die Regierung in Schweigen. Dagegen ist das Gesetz über die Zensur, als erste große Reform, im Parlament (bei drei Enthaltungen) verabschiedet worden. Es ist ein Kompromiß zwischen Regierungsentwurf und dem sog. ,,gesellschaftlichen Projekt". Die Zensurbehörde wird dem vom Parlament gewählten Staatsrat unterstellt; die Zensurgründe sind erheblich eingeschränkt und genauer definiert; eine größere Zahl von Publikationen (darunter die eigentlichen Gewerkschaftsorgane) sind von der Vorzensur ausgenommen. Verstöße werden statt mit Gefängnis künftig mit Geldstrafen geahndet.

Putschversuch gegen Garcia Meza in Bolivien

lup. Einen bislang erfolgreichen Putschversuch gegen Boliviens amtierenden Präsidenten Luis Garcia Meza haben zwei heimlich ins Land zurückgekehrte Generäle, Alberto Natusch Busch und Lucio Anez Rivero am Montag begonnen. Die beiden Generäle waren erst im Juni nach Argentinien ins Exil gegangen, nachdem ein früher von ihnen unternommener Versuch, Garcia Meza zu stürzen, gescheitert war. Der jetzige Putschversuch hat offenbar die Unterstützung eines großen Teils des Heeres und auch des ,,Marine-Zentrums für spezielle Operationen". Der bisher verbotene Gewerkschaftsbund COP hat den Putschisten seine Unterstützung zugesichert und rief zu einem allgemeinen Generalstreik auf. Vertreter der Erdölarbeiter sollen angekündigt haben, Öltransporte in das Landesinnere zu unterbinden, bis Garcia Meza zurückgetreten sei. Unterstützung haben die Putschisten offenbar auch durch den früheren bolivianischen Diktator Hugo Banzer.

Anhaltende südafrikanische Überfälle nach Angola

thf. Südafrikanische Truppen sind nach einer Meldung der angolanischen Nachrichtenagentur in der ersten Julihälfte in Angola eingedrungen und haben sieben Städte besetzt. Derzeit hielten die Truppen und Söldnerverbände, die von Namibia aus vorgedrungen seien, Positionen, die bis zu 100 km tief auf angolanischem Gebiet lägen.

Die Einheiten sollen von Hubschraubern und Kampfflugzeugen unterstützt werden, die den Luftraum beherrschen. Der südafrikanische Verteidigungsminister hat die Berichte dementiert und erklärt, es handele sich um Propagandamanöver, um die Aufmerksamkeit der Kontaktgruppe am Vorabend der Aufnahme ihrer Gespräche über Namibia zu erlangen. (Zur Kontaktgruppe gehört auch die BRD). Allerdings räumte er ein, daß südafrikanische Truppen regelmäßig ,,SWAPO-Terroristen" bis nach Angola hinein verfolgten. – Nach einem Report im britischen Fernsehen sollen bei insgesamt 111 Truppeneinflügen mit Hubschraubern und 30 größeren Bombardierungen in Angola durch Südafri-

rief zu einem allgemeinen Generalstreik auf. Vertreter der Erdölarbeiter sollen angekündigt haben, Öltransporte in das Landesinnere zu unterbinden, bis Garcia Meza zurückgetreten sei. Unterstützung haben die Putschisten offenbar auch durch den früheren bolivianischen Diktator Hugo Banzer.

Anhaltende südafrikanische Überfälle nach Angola

thf. Südafrikanische Truppen sind nach einer Meldung der angolanischen Nachrichtenagentur in der ersten Julihälfte in Angola eingedrungen und haben sieben Städte besetzt. Derzeit hielten die Truppen und Söldnerverbände, die von Namibia aus vorgedrungen seien, Positionen, die bis zu 100 km tief auf angolanischem Gebiet lägen.

Die Einheiten sollen von Hubschraubern und Kampfflugzeugen unterstützt werden, die den Luftraum beherrschen. Der südafrikanische Verteidigungsminister hat die Berichte dementiert und erklärt, es handele sich um Propagandamanöver, um die Aufmerksamkeit der Kontaktgruppe am Vorabend der Aufnahme ihrer Gespräche über Namibia zu erlangen. (Zur Kontaktgruppe gehört auch die BRD). Allerdings räumte er ein, daß südafrikanische Truppen regelmäßig ,,SWAPO-Terroristen" bis nach Angola hinein verfolgten. – Nach einem Report im britischen Fernsehen sollen bei insgesamt 111 Truppeneinflügen mit Hubschraubern und 30 größeren Bombardierungen in Angola durch Südafri-

ka in den ersten 6 Monaten dieses Jahres hunderte von Zivilisten umgekommen sein.

Putschversuch in Gambia

Senegalesische Truppen marschieren ein / Putschisten fordern ,,Abschaffung der Korruption und soziale Gerechtigkeit"

chm. Eine knappe Woche nach dem Putschversuch von Mitgliedern der verbotenen gambischen ,,Sozialistischen Volkspartei" gegen die Regierung von Sir Dawda Jawara ist die Lage immer noch undurchsichtig. Sicher ist, daß die senegalesischen Truppen, die der Staats- und Ministerpräsident Jawara zu Hilfe grufen hat, die Hauptstadt Banjul so weit unter Kontrolle haben, zusammen mit Angehörigen der Polizei, daß Jawara am Sonntag zurückkehren konnte. Der 12köpfige ,,Nationale Revolutionsrat" soll sich jedoch in den Vorort Fujara zurückgezogen haben und dort gemeinsam mit dem Gros der Polizeitruppe, der einzigen bewaffneten Formation des Landes, weiterkämpfen. Sie haben die Geiseln nicht freigelassen und fordern als Bedingung für ihre Freilassung den Abzug der senegalesischen Truppen. Unter den Geiseln befinden sich die erste Frau des Staatspräsidenten, 8 oder 9 seiner Kinder und mehrere Regierungsmitglieder. Die französische Zeitung Le Monde berichtet in ihrer Aus-



Sir Dawda Jawara

gabe vom 4.8., daß die Putschisten Teile der armen Bevölkerung von Banjul bewaffnet hätten, die jetzt auf ihrer Seite kämpften. Das hätte den Vormarsch der senegalesischen Gruppen verzögert.

Gambia: Eines der ärmsten Länder der Welt

Gambia wird auf der Liste der UNO-Hilfsorganisationen unter den ,,meist unterentwickelten und ärmsten Länder der Erde" aufgeführt. Die ehemalige britische Kolonie, in der Sahelzone gelegen, ist eine Enklave innerhalb des



Sir Dawda Jawara

gabe vom 4.8., daß die Putschisten Teile der armen Bevölkerung von Banjul bewaffnet hätten, die jetzt auf ihrer Seite kämpften. Das hätte den Vormarsch der senegalesischen Gruppen verzögert.

Gambia: Eines der ärmsten Länder der Welt

Gambia wird auf der Liste der UNO-Hilfsorganisationen unter den ,,meist unterentwickelten und ärmsten Länder der Erde" aufgeführt. Die ehemalige britische Kolonie, in der Sahelzone gelegen, ist eine Enklave innerhalb des

Senegal. Die Einwohnerzahl beträgt 500000, die Wachstumsrate der Bevölkerung 2,6% jährlich. Die Mehrheit der Bevölkerung bildet der Stamm der Mandingos, von denen der Held der amerikanischen Fernsehserie ,,Roots" stammt, was zu einem gewissen Aufschwung des Tourismus geführt hat. Die zweitgrößte Bevölkerungsgruppe bildet der Stamm der Wolof, der auch 25% der Bevölkerung in Senegal ausmacht. 90% der Bewohner sind Moslems. 60% sind Analphabeten.

Gambia ist ein fruchtbares Agrarland. Obwohl etwa die Hälfte der Fläche landwirtschaftlich nutzbar ist, werden nur 23% des Bodens bebaut. Zum größten Teil mit Erdnüssen, die auch 80–90% der Ausfuhren Gambias ausmachen. Haupthandelspartner ist die EG, wobei auf Großbritannien 28% der Gesamtexporte in die EG entfallen.

95% der Bevölkerung sind Bauern. Vorherrschend ist die bäuerliche Kleinproduktion. Die Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger macht lediglich 5% aus, dazu gehören auch die höheren Beamten bis hin zu den Ministern. (Es mutet etwas wirklichkeitsfremd an, wenn der Revolutionsrat unter diesen Bedingungen die ,,Diktatur des Proletariats" ausrufen will.) Eine Bodenrefom ist seitens der Regierung geplant, es ist jedoch nicht bekannt, wie sie aussehen soll. Das Jahr 1979/80 war wegen der großen Dürre ein schlechtes Erntejahr für Gambia. Die von der Regierung verfügte Erhöhung der Lebensmittelpreise hat in den vergangenen Wochen und Monaten wiederholt zu Demonstrationen vor allem in der Hauptstadt Banjul geführt.

Der zweite Putschversuch innerhalb eines Jahres

Schon im vergangenen November hatte der gambische Präsident senegalesische Truppen ins Land gerufen, um einen Putschversuch zu zerschlagen. Damals beschuldigte Gambia Libyen, daß es 200 Gambianer ausgebildet und ins Land zurückgeschickt hätte. Die diplomatischen Beziehungen zu Libyen wurden abgebrochen. Zeitlich fiel diese Anschuldigung zusammen mit Libyens Intervention im Tschad, die alle Nachbarstaaten dieses Landes beunruhigte, weil sie (mit Recht) befürchten, daß die Sowjetunion, die enge Beziehungen zu Liyben unterhält, Libyens Expansion nutzt, um ihren Einfluß in West- und Zentralafrika auszudehnen. Damals verbot Jawara die beiden Oppositionsparteien Sozialistische Volkspartei und die Nationale Befreiungspartei und die panafrikanische Organisation MOJA, Movement for Justice in Africa. Die Mitglieder der MOJA wurden verhaftet. Auch die Gewerkschaften

es ist jedoch nicht bekannt, wie sie aussehen soll. Das Jahr 1979/80 war wegen der großen Dürre ein schlechtes Erntejahr für Gambia. Die von der Regierung verfügte Erhöhung der Lebensmittelpreise hat in den vergangenen Wochen und Monaten wiederholt zu Demonstrationen vor allem in der Hauptstadt Banjul geführt.

Der zweite Putschversuch innerhalb eines Jahres

Schon im vergangenen November hatte der gambische Präsident senegalesische Truppen ins Land gerufen, um einen Putschversuch zu zerschlagen. Damals beschuldigte Gambia Libyen, daß es 200 Gambianer ausgebildet und ins Land zurückgeschickt hätte. Die diplomatischen Beziehungen zu Libyen wurden abgebrochen. Zeitlich fiel diese Anschuldigung zusammen mit Libyens Intervention im Tschad, die alle Nachbarstaaten dieses Landes beunruhigte, weil sie (mit Recht) befürchten, daß die Sowjetunion, die enge Beziehungen zu Liyben unterhält, Libyens Expansion nutzt, um ihren Einfluß in West- und Zentralafrika auszudehnen. Damals verbot Jawara die beiden Oppositionsparteien Sozialistische Volkspartei und die Nationale Befreiungspartei und die panafrikanische Organisation MOJA, Movement for Justice in Africa. Die Mitglieder der MOJA wurden verhaftet. Auch die Gewerkschaften

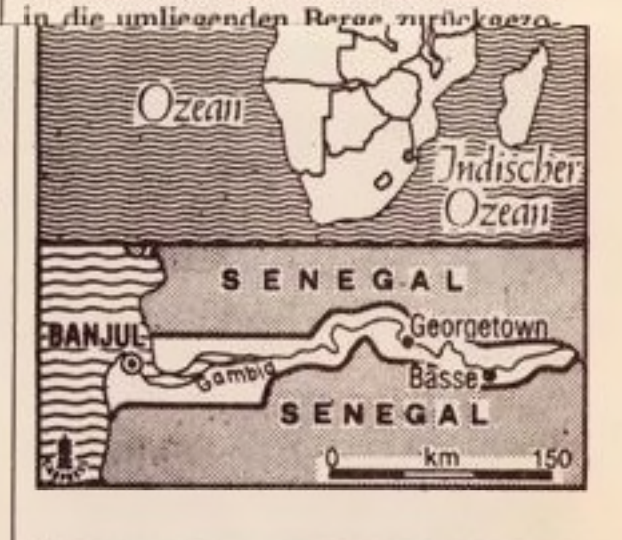
wurden verboten. Alle verbotenen Parteien waren in dem gambischen Parlament nicht vertreten; dort sitzen 35 Abgeordnete – 28 gehören der Partei des Präsidenten an, People's Progressive Party, 5 Sitze hat die National Convention Party und 2 die United Party; sie bilden eine recht regierungsfromme Opposition.

Daß innerhalb so kurzer Zeit ein zweiter Putschversuch stattgefunden hat, zeigt, daß die Regierung Jawaras die Probleme des Landes nicht lösen kann. Sicherlich haben die Putschisten mit den von ihnen verkündeten Zielen ,,Abschaffung der Korruption und soziale Gerechtigkeit" Sympathien bei der verarmten gambischen Bevölkerung geerntet.



Militärakademie von Kabul geschlossen

chm. Die afghanische Regierung hat die Militärakademie von Kabul geschlossen. In der Akademie war es zu Demonstrationen der Schüler gekommen, nachdem 200 ihrer Kameraden bei einem Einsatz gegen die afghanischen Guerillas in Paghman übergelaufen waren. Paghman, das etwa 30 km nordwestlich von Kabul liegt, sollte von den Guerillas gesäubert werden, um die Hauptstadt und die Nachschubwege der russischen Besatzer abzusichern. Die Desertion der Kadetten zwang die sowjetischen Truppen, zwei ihrer eigenen Divisionen nach Paghman zu schicken. Sie konnten jedoch nicht viel ausrichten, eine von ihnen wurde sogar in einem Hinterhalt aufgerieben. Gewarnt durch den Aufmarsch der Kadetten hatten sich die Guerillas in die umliegenden Berge zurückgezo-



Militärakademie von Kabul geschlossen

chm. Die afghanische Regierung hat die Militärakademie von Kabul geschlossen. In der Akademie war es zu Demonstrationen der Schüler gekommen, nachdem 200 ihrer Kameraden bei einem Einsatz gegen die afghanischen Guerillas in Paghman übergelaufen waren. Paghman, das etwa 30 km nordwestlich von Kabul liegt, sollte von den Guerillas gesäubert werden, um die Hauptstadt und die Nachschubwege der russischen Besatzer abzusichern. Die Desertion der Kadetten zwang die sowjetischen Truppen, zwei ihrer eigenen Divisionen nach Paghman zu schicken. Sie konnten jedoch nicht viel ausrichten, eine von ihnen wurde sogar in einem Hinterhalt aufgerieben. Gewarnt durch den Aufmarsch der Kadetten hatten sich die Guerillas in die umliegenden Berge zurückgezo-

gen. 25 Dörfer wurden von den russischen Truppen bei ihrem Versuch Paghman zu erobern, vernichtet.

Das Erbe des Schah

,,Und was bleibt heute von der Unabhängigkeit des Iran: Wir führen einen Krieg, unsere Wirtschaft ist viel abhängiger als zu Zeiten des Schah, und auf technischem Gebiet sind wir ebenfalls abhängiger als früher. Auch um unsere Freiheit ist es schlimmer bestellt als unter dem Schah", erklärte der gestürzte iranische Staatspräsident Bani Sadr dieser Tage in einem Interview. Während seiner Amtszeit hat er sich gegen diese Zustände mit Konsequenz und Mut gewandt. Ob auch mit Klugheit, kann bezweifelt werden. Die Erklärungen, die er jetzt im Exil abgibt, sind jedenfalls illusionär. Khomeiny habe sich von der Machtgier dunkler Kräfte anstecken lassen und ,,seinen Geist verloren". Die Machthaber hätten die Revolution verraten. Aber ,,das Volk ist aufgewacht". ,,Die Streitkräfte stehen an meiner Seite, auch die meisten Intellektuellen folgen mir". Das Regime habe kaum noch eine Überlebenschance. Als er das sagte, waren die Ergebnisse der Wahl des neuen Staatspräsidenten schon bekannt: Der bisherige Ministerpräsident Radjai, Kandidat der regierenden Islamisch-Republikanischen Partei (IRP), hat 88% der abgegebenen Stimmen bekommen, mehr als Bani Sadr im Januar 1980, bei einer etwa gleichhohen Wahlbeteiligung (ca. 66%).

Bani Sadr erklärt das Ergebnis für gefälscht. Sicher ist, daß es keinen wirklichen Gegenkandidaten gab und die Wähler massiv unter Druck gesetzt wurden. Die Teilnahme an der Wahl wurde durch einen Stempel im Paß kontrolliert. Es deutet aber vieles darauf hin, daß die gegenwärtige Regierung, unterstützt durch Khomeiny, noch eine erhebliche Massenbasis hat. Die Anhänger der Regierung beherrschen die Straßen. Die Opposition, vor allem die Volksmudjahedin als stärkste und bewaffnete Oppositionsgruppe, greift zum Mittel von Attentaten, während ihre Reihen durch Massenexekutionen gelichtet werden. Die Intellektuellen, auf die Bani Sadr hofft, sind offenbar terrorisiert und eingeschüchtert. Das Militär? Die Berufssoldaten und Offiziere haben es Bani Sadr zu verdanken, daß sich die Armee reorganisieren und wieder eine anerkannte Stellung gewinnen konnte. Wozu sie die wiedergewonnene Macht gebrauchen wird, ist noch völlig offen. Jedenfalls haben die Militärs nichts riskiert, um Bani Sadrs Sturz zu verhindern. Sie brauchten ihn ja auch nicht mehr unbedingt.

Die iranische Revolution steckt in einer Sackgasse. Wie sie da hineingekommen ist, das ist leichter zu sehen

Von Bernhard Peters

als ein möglicher Ausweg. Sie ist mit dem Erbe der Schah-Herrschaft nicht fertig geworden. Der gestürzte Schah Rehza Pahlevi war in seiner Art ein Revolutionär, gegen den Khomeiny ein betulicher Konservativer ist. In den letzten zwei Jahrzehnten seiner Herrschaft hat der Iran die größten gesellschaftlichen Umwälzungen seiner Geschichte erlebt. Mit den Einkünften aus der nationalisierten Erdölindustrie wollte der Schah ein Industrialisierungs- und Modernisierungsprogramm verwirklichen, mit dem der Iran bis zum Jahr 2000 den Entwicklungsstand der USA und Westeuropas überholen sollte. Ohne das Erdöl wäre diese Politik nicht möglich gewesen. Im Resultat ist die Abhängigkeit vom Ölexport aber nicht verringert, sondern eher gesteigert worden. Eine hochkonzentrierte, auf wenige Standorte beschränkte, vom Import ausländischer Technologie abhängige Industrie wurde geschaffen, die Landwirtschaft in eine tiefe Krise gestürzt, riesige Rüstungslasten getragen. Eine gewaltige Bevölkerungsumschichtung vom Land in die Stadt schuf Millionen entwurzelter, beschäftigungsloser Armer.

Die Islamische Republik nahm – den Prinzipien der Sozialethik des Islam folgend, welche Fürsorge für die Armen fordert – einige Umverteilungen an Besitz und Einkommen vor. Die Beschlagnahme der großen Vermögen, die Enteignung von Großgrundeigentum und Großindustrie, an erster Stelle aber nach wie vor die Öleinnahmen lieferten die Mittel, um die Ungleichheiten der Landverteilung etwas zu mildern und ein System sozialer Unterstützungen in Gang zu halten. Die Struktur des Produktionsapparates blieb aber im Wesentlichen unverändert. Die Abhängigkeit vom Ölexport besteht nach wie vor. Die Bedeutung des Staatsapparats ist noch gewachsen. Für Millionen von Menschen, vor allem für die besitzlosen städtischen Massen, entscheidet ihre Beziehung zu irgendeinem Teil des Apparats, zu irgendeinem Funktionär über den Lebensunterhalt. Über Subsidien der verschiedensten Art hält die regierende IRP diese ihre Anhängerschaft bei der Stange (z.B. ihren bewaffneten Arm, die Revolutionsgarden, denen neben einem regelmäßigen Einkommen das Gewohnheitsrecht auf Plünderung zusteht). Natürlich spielen religiöser Fanatismus und Chauvinismus auch ihre Rolle. Die Situation entwickelt ihre Eigendynamik. Bei den Teilhabern an der Staatsmacht muß unter diesen Umständen die Korruption blühen. Wirtschaftliche Stagnation und allgemeine Unsicherheit lassen den Widerstand wachsen. Um ihn niederzuhalten, muß der Anhang der neuen Machthaber ständig zum Kampf gegen innere und äußere Feinde mobilisiert werden. Der dadurch ausgeübte Terror und der Druck einer inkompetenten staatlichen Bürokratie müssen wiederum jede wirtschaftliche Initiative lähmen. Was die Zukunft bringen wird: die ,,zweite Revolution", die Bani Sadr und die Mudjahedin ankündigen, einen Militärputsch oder einfach ein langes Siechtum – das bleibt vorläufig im Dunkeln.

Parteitag der Kommunistischen Partei Spaniens

Die Krise der Gesellschaft verschärft die Widersprüche in der Partei

cof. Der Parteitag der spanischen Kommunisten, der letzten Samstag in Madrid zu Ende ging, hat die Widersprüche zwischen den verschiedenen Strömungen nicht lösen können. Wozu dient die PCE? Braucht man sie als Organisation der Linken oder hemmt sie die Bildung einer linken Alternative? Wird sie eine unabhängige eurokommunistische Partei bleiben, oder wird sie in einer Einheitsfront aufgehen, in der die Sozialisten die entscheidende Rolle spielen? – Diese Fragen, die den Kern der Auseinandersetzungen zwischen den beiden Haupttendenzen bilden, sind nach wie vor offen. Zwar bestätigten ⅔ der 1200 Delegierten den Rechenschaftsbericht von Generalsekretär Carrillo, der mit 637 Stimmen an siebenter Stelle ins ZK und von diesem einstimmig bei einer Enthaltung wieder zum Generalsekretär gewählt wurde, aber dieser Mehrheit steht eine schillernde Opposition „radikaler“ und „gemäßigter“ „eurokommunistischer Erneuerer“, einer schwächer gewordenen prosowjetischen Gruppe und der „Leninisten“ gegenüber. Mit 39%, die sich für die Zulassung von Gruppen mit unterschiedlicher politischer Position innerhalb der Partei und gegen die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit aussprachen, erreichte diese Opposition ihr bestes Abstimmungsergebnis.

Die Erneuerer wollen Ende September darüber entscheiden, ob sie weiter in der Partei mitarbeiten können. Ein Parteikongreß vor 1983 soll sich mit den Anträgen derjenigen befassen, die sich angesichts der Gefahr eines Krieges wieder mehr an die Sowjetunion anlehnen und eine schärfere Opposition gegenüber den USA und der NATO fordern anstelle einer Politik der Blockfreiheit – wichtiger Bestandteil des spanischen Eurokommunismus. Gegen die Absicht der Regierung Calvo Sotelos, die den Eintritt Spaniens in die NATO beschleunigen möchte, will die PCE mit „Millionen von Stimmen“ eine Volksabstimmung (Referendum) einleiten.

Woraus erklärt sich die Krise der spanischen kommunistischen Partei, die seit dem letzten Parteikongreß 1978 rund 60000 ihrer damals über 200000 Mitglieder verlor, darunter viele Intellektuelle? Was steckt hinter dem Streit, der an der Oberfläche als Generationenkonflikt, als Aufstand der Jungen gegen die alte Garde der unter Franco ins Exil gegangenen Parteikader erscheint?

Offensichtlich ist der Erfolg der Konzeption des Eurokommunismus, des demokratischen Entwicklungsweges zum Sozialismus, in Spanien heute ferner denn je. „Das Erbe des francistischen Staatsapparates, die Krise, der Terrorismus“, das sind nach Meinung Carrillos die Probleme, denen die Partei heute gegenübersteht.

Spanien nach Franco:

den Anträgen derjenigen befassen, die sich angesichts der Gefahr eines Krieges wieder mehr an die Sowjetunion anlehnen und eine schärfere Opposition gegenüber den USA und der NATO fordern anstelle einer Politik der Blockfreiheit – wichtiger Bestandteil des spanischen Eurokommunismus. Gegen die Absicht der Regierung Calvo Sotelos, die den Eintritt Spaniens in die NATO beschleunigen möchte, will die PCE mit „Millionen von Stimmen“ eine Volksabstimmung (Referendum) einleiten.

Woraus erklärt sich die Krise der spanischen kommunistischen Partei, die seit dem letzten Parteikongreß 1978 rund 60000 ihrer damals über 200000 Mitglieder verlor, darunter viele Intellektuelle? Was steckt hinter dem Streit, der an der Oberfläche als Generationenkonflikt, als Aufstand der Jungen gegen die alte Garde der unter Franco ins Exil gegangenen Parteikader erscheint?

Offensichtlich ist der Erfolg der Konzeption des Eurokommunismus, des demokratischen Entwicklungsweges zum Sozialismus, in Spanien heute ferner denn je. „Das Erbe des francistischen Staatsapparates, die Krise, der Terrorismus“, das sind nach Meinung Carrillos die Probleme, denen die Partei heute gegenübersteht.

Spanien nach Franco: demokratischer Sozialismus statt „radikaler Bruch“

Spanien nach Franco, das hatten sich die Theoretiker des Eurokommunismus etwas anders vorgestellt: 1976, einige Monate vor der Legalisierung der PCE, die im April 1977 erfolgte, entwickelte Carrillo in dem Buch „Eurokommunismus und Staat“ eine „Konzeption über die Möglichkeit der Demokratisierung des kapitalistischen Staatsapparates ..., damit er auf diese Weise zu einem brauchbaren Werkzeug zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaft wird, ohne daß wir ihn radikal und gewaltsam zerschlagen müssen ...“.

Ausgangspunkt ist die Ablehnung des Dilemmas: „Demokratie = Kapitalismus“ und „Sozialismus = sowjetische Beherrschung“. „Der Sieg der sozialistischen Kräfte in westeuropäischen Ländern (vergrößert) nicht ein bißchen die staatliche Macht der Sowjetunion, noch (bedeutet er) die Ausbreitung des sowjetischen Ein-Parteien-Modells.“ In Anlehnung an Togliatti fordert Carrillo die Aufwertung der demokratischen Freiheitsrechte und des Parlamentarismus. Ein „Bund politischer Parteien“ mit einem „sozialistischen und demokratischen Minimalprogramm“ böte die Möglichkeit, daß die sozialistischen Kräfte „über das allgemeine Wahlrecht zunächst an die Regierung und dann an die Macht gelangen“, um „die kapitalistische Gesellschaft *umzugestalten*, nicht sie zu *verwalten*. Alle Positionen der Zusammenarbeit mit dem Monopolkapitalismus müßten aufgegeben werden.

Für Carrillo „steht außer Zwiefel, daß die *Diktatur des Proletariats* eine unausweichliche historische Notwendigkeit gewesen ist, ebenso wie die revolutionäre Gewalt ... Ein ähnliches Instrument (könnte) in einigen nichtentwickelten Ländern nötig sein“. Sie sei aber nicht der Weg für die demokratischen Länder des entwickelten Kapitalismus, um zur Errichtung und Festigung der Hegemonie der Werktätigen zu gelangen. Auf internationaler Ebene treten die Eurokommunisten für die Schaffung eines „neuen Gleichgewichts mit mehreren Polen“ ein, für die Überwindung der Aufteilung in Militärblöcke und für das Bündnis zwischen den Werktätigen Europas und den revolutionären Völkern der Dritten Welt. Entwickelt wird die „Vorstellung einer europäischen Verteidigung“ blockfreier demokratischer Staaten auf der Basis eines „Volks unter Waffen“.

Eurokommunismus gescheitert

Dieser Kurs, dessen Elemente sich bereits seit Mitte der 50er-Jahre unter der Franco-Diktatur entwickelt hatten (Öffnung gegenüber christlichen Kräften, Gewinnung von Intellektuellen, Arbeit in den Staatsgewerkschaften und gleichzeitig Aufbau der Arbeiterkommissionen in den Betrieben, später Auflösung der Zellen zugunsten größerer Branchen- und regionaler Zusammenschlüsse, Verurteilung der sowjetischen Invasion der CSSR) führte der Partei insbesondere nach Francos Tod viele Kräfte zu. Bei den Parlamentswahlen von 1979 konnte sie ihren Stimmenanteil gegenüber 1977 von 9,4 auf 10,8% verbessern, und bei den Kommunalwahlen im April 1979 erhielten die PCE und die sozialistische PSOE eine Mehrheit, die es erlaubte, ein Abkommen zwischen beiden Parteien zu schließen und in den meisten großen Städten sowie in einer Reihe mittlerer und kleinerer Städte sozialistische oder kommunistische Bürgermeister zu wählen. Die Arbeiterkommissionen sind trotz einiger Verluste gegenüber 1978 aus den Betriebsratswahlen vom Sommer 1980 als stärkste Gewerkschaft hervorgegangen.

Andererseits ist es den spanischen Kommunisten trotz weitestgehender Zugeständnisse (Anerkennung der Monarchie, Unterstützung der Anti-Terrorgesetze, Unterzeichnung des Moncloa-Pakts im Oktober 1977, der Lohnbegrenzungen, Erleichterung von Entlassungen und Streichung sozialer Ausgaben vorsah und Arbeitsplätze versprach) weder gelungen, in eine Regierung der „nationalen Konzentration“ (d.i. die spanische Version des „historischen Kompromisses“) einzutreten, noch die PSOE in die Regierung zu zwingen, noch ist ein Bündnis mit der PSOE nach französischem Vorbild in Sicht. Die PSOE strebt vielmehr an, alleine eine neue Regierung zu stellen.

Antworten der Opposition

Aus dieser Lage erklären sich die oppositionellen Strömungen: Die „Erneuerer“, darunter jüngere Intellektuelle und die meisten Bürgermeister und viele Abgeordnete der Stadtparlamente, sehen offenbar im Bruch mit den Traditionen der kommunistischen und der Arbeiterbewegung und der Verurteilung des sowjetischen Systems *von Anfang an* die Chance, das kommunale Bündnis mit den Sozialisten im nationalen Maßstab herzustellen.

Andere Kritiken konzentrieren sich vor allem in der kommunistischen Partei Kataloniens PSUC, die die relativ besten Wahlergebnisse (bis zu 20% in Barcelona) erzielte. Die Delegierten des 5. Parteitags der PSUC hatten sich im Januar 1981 mehrheitlich für die Streichung des Begriffs „Eurokommunismus“ aus der Definition der Partei ausgesprochen, am „Sozialismus in Freiheit“ und der „Revolution der Mehrheit“ aber festgehalten. Einen Erfolg hatten dort die „Pro-sovjeticos“, vielfach erfahrene Arbeiterkader mit ihrer Einschätzung der internationalen Lage: – Der Militarismus sei ein Charakteristikum des kapitalistischen Systems. Die Entspannungsanstrengungen der sozialistischen Länder seien zu würdigen. – Die Konfrontation zwischen sozialistischen und imperialistischen Ländern sei eine der Hauptformen des internationalen Klassenkampfes. – Eine der Hauptformen des Internationalismus sei die Solidarität der sozialistischen Länder mit den Völkern, die für ihre nationale Befreiung gegen die imperialistische Unterdrückung kämpfen.

Die Gruppe der „harten Gewerkschafter“ lehnte die Politik der „revolutionären Austerität“, wie sie sich im Pakt von Moncloa niederschlug, ab. Die Mehrheit der in den katalanischen Arbeiterkommissionen organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen sei nicht mehr bereit, die Politik von Opfern gegen die Zusicherung und Durchsetzung von Gegenleistungen auf dem Gebiet der Erlangung von mehr Macht und der Bekämpfung der sozialen Schwierigkeiten zu verfolgen. Damals wie heute angesichts der drohenden Putschgefahr entgegnete Carrillo, er sehe keinen anderen Weg, die Krise auf demokratischem Wege zu bekämpfen und den demokratischen Übergang zu vollenden, als durch ein breites Bündnis mit der Einheit der Linken als Grundlage. „Das bedeutet Pakte, Übereinkünfte mit anderen Positionen, gegenseitige Zugeständnisse.“

Jüngst beklagte die PCE, daß sie von den beiden großen Parteien ausgeschlossen worden sei und es jetzt schon eine große Koalition in Spanien gebe. Die Regierungspartei UCD und die PSOE hatten ein Abkommen ratifiziert, das die Umwandlung Spaniens in einen föderalistischen Staat vorsieht und wohl auf eine Einschränkung der Autonomierechte hinausläuft.

Die Rechtsverteidigungsbewegung in der SU

– Geschichte der „Dissidenten“bewegung (5) –

Gerd Koenen

In den bisherigen Folgen dieser Serie* haben wir festgestellt, daß die demokratische Opposition in der UdSSR aus der Zeit nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 datiert. Ihr erstes Bestreben war, die von Chruschtschow mit argwöhnischer Vorsicht eingeleiteten Reformen, die gerade zur Aufrechterhaltung der gegebenen staatsmonopolistischen Produktionsverhältnisse und aufbrechenden Klassenwidersprüche

Untergrund bildeten sich eine ganze Anzahl leninistischer Zirkel und Parteien. Am stärksten war aber der Widerstand bei den nicht-russischen Völkern, wo er aber auch das alte, dumpfe anti-russische Ressentiment abstreifte und moderne nationaldemokratische und proletarische Züge annahm.

Alle diese Oppositionsansätze scheiterten letztlich daran, daß sie die Wirklichkeit der heutigen UdSSR nicht umfassend analysieren konnten. Die bloße



losen Verteidigungsreden entgegen. Am 5. Dezember 1965, dem Tag der Verfassung, forderte daraufhin eine Gruppe von Demonstranten auf dem Puschkin-Platz in Moskau eine öffentliche Verhandlung gegen die beiden. Wenig später erschienen die Prozeßprotokolle in einem von A. Ginsburg namentlich verantworteten „Weißbuch“, das im Samisdat (Selbstverlag) erschien. Zum ersten Mal, und das war ab da ein Merkmal und die vielleicht wichtigste Waffe dieser Opposition, wurde eine demokratische Öffentlichkeit geschaffen, ließ man sich nicht in die Illegalität abdrängen, ungeachtet der schweren persönlichen Konsequenzen.

Im Januar 1968 wurde Ginsburg, zusammen mit Ju. Galanskow, seinerseits vor Gericht gestellt und zu mehreren Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Aber wieder wurde vor dem Gerichts-

und nach alle ins Ausland getrieben oder abgeschoben worden waren, wurde 1974 die Moskauer Gruppe von „Amnesty international“ gegründet, die ihrerseits jedoch binnen kurzem zerschlagen wurde. Im Mai 1976 jedoch wurde in Moskau die „Gruppe für die Erfüllung der Helsinki-Abmachungen“ gegründet, nachdem die UdSSR die Schlußakte von Helsinki unterzeichnet hatte. Jetzt kam es zu einer festen Verbindung mit der Opposition in den nichtrussischen Gebieten, in denen die Unterdrückung wie auch der Widerstand am stärksten ist. Binnen kurzem gab es Helsinki-Gruppen in den baltischen Republiken, in der Ukraine, Armenien und Georgien. Trotz grausamer Verfolgungen konnten sie bis heute nicht zerschlagen werden.

Eine neue Erscheinung war 1977/78 die Gründung der „Freien, zwischenberuflichen Vereinigung der Werktätigen“ (SMOT). Mit den Komitees für unabhängige Gewerkschaften in Polen, die dort den Kampf 1980 vorbereitet hatten, können sie nicht eigentlich verglichen werden. Vielmehr handelt es

Arbeit in den Staatsgewerkschaften und gleichzeitig Aufbau der Arbeiterkommissionen in den Betrieben, später Auflösung der Zellen zugunsten größerer Branchen- und regionaler Zusam-

tion“ (d.i. die spanische Version des „historischen Kompromisses“) einzutreten, noch die PSOE in die Regierung zu zwingen, noch ist ein Bündnis mit der PSOE nach französischem

ticos“, vielfach erfahrene Arbeiterkader mit ihrer Einschätzung der internationalen Lage: – Der Militarismus sei ein Charakteristikum des kapitalistischen Systems. Die Entspannungsan-

PSOE hatten ein Abkommen ratifiziert, das die Umwandlung Spaniens in einen föderalistischen Staat vorsieht und wohl auf eine Einschränkung der Autonomierechte hinausläuft.

Die Rechtsverteidigungsbewegung in der SU

– Geschichte der „Dissidenten“bewegung (5) –

Gerd Koenen

In den bisherigen Folgen dieser Serie* haben wir festgestellt, daß die demokratische Opposition in der UdSSR aus der Zeit nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 datiert. Ihr erstes Bestreben war, die von Chruschtschow mit argwöhnischer Vorsicht eingeleiteten Reformen, die gerade zur Aufrechterhaltung der gegebenen staatsmonopolistischen Produktionsverhältnisse und aufbrechenden Klassenwidersprüche

Untergrund bildeten sich eine ganze Anzahl leninistischer Zirkel und Parteien. Am stärksten war aber der Widerstand bei den nicht-russischen Völkern, wo er aber auch das alte, dumpfe anti-russische Ressentiment abstreifte und moderne nationaldemokratische und proletarische Züge annahm.

Alle diese Oppositionsansätze scheiterten letztlich daran, daß sie die Wirklichkeit der heutigen UdSSR nicht umfassend analysieren konnten. Die bloße



Alexander Podrabinek wird aus seiner Wohnung heraus verhaftet und später zu 15 Jahren Verbannung verurteilt – Januar 1977

dienen sollten, weiterzutreiben zu einer großen demokratischen und sozialen Reform der ganzen Gesellschaft. Der erste Leitfaden der Kritik und praktischen Politik war das Wiederanknüpfen an den Lenin'schen Normen des Parteilebens und seinem Aufriß einer freien, sozialistischen Union der Sowjetrepubliken russischer und nichtrussischer Völker. Begleitet wurde diese innenpolitische Bewegung von einer Kette kleinerer und größerer Kampfaktionen der sowjetischen Arbeiterklasse wie dem Aufstand von Nowotscherkask 1962.

Chruschtschows jäher Sturz 1964 – der fiel, weil er an das System der „Nomenklatura“ gerührt hatte – bedeutet den Übergang zu einer Politik der offenen Reaktion und sozialimperialistischen Expansion nach außen. Stalin wurde teilweise rehabilitiert als oberster Kriegsherr des unbesiegbaren „Sowjetvolkes“, zu dem die Völker der Sowjetunion ein für allemal verschmolzen werden sollten. Die Opposition radikalisierte sich daraufhin. Im

Berufung auf den „Leninismus“ blieb naiv. Sie wurden sämtlich durch harte Unterdrückungsmaßnahmen liquidiert. Neue politische Strömungen, die sich teils am westlichen Sozialismus oder der bürgerlichen Demokratie, teils aber auch an alten christlich-russischen Vorstellungen orientierten, begannen sich herauszubilden. Eine fruchtbare theoretische und literarische Auseinandersetzung, aber auch ein praktischer Zusammenschluß der verschiedenen Richtungen zur eigentlichen „Dissidenten“bewegung begann. Der Name, den sie in der Sowjetunion aber eigentlich trägt, bezeichnet auch ihr nächstes, unmittelbares, gemeinsames Ziel: „Rechtsverteidigungsbewegung“.

Als die eigentliche Geburtsstunde dieser Bewegung kann wohl der Prozeß gegen die beiden Schriftsteller A. Sinjawski und Jurij Daniel gelten. Wegen Verunglimpfung der Sowjetunion im September 1965 zu fünf und sieben Jahren verschärftem Straflager verurteilt, traten sie der Anklage mit furcht-

losen Verteidigungsreden entgegen. Am 5. Dezember 1965, dem Tag der Verfassung, forderte daraufhin eine Gruppe von Demonstranten auf dem Puschkin-Platz in Moskau eine öffentliche Verhandlung gegen die beiden. Wenig später erschienen die Prozeßprotokolle in einem von A. Ginsburg namentlich verantworteten „Weißbuch“, das im Samisdat (Selbstverlag) erschien. Zum ersten Mal, und das war ab da ein Merkmal und die vielleicht wichtigste Waffe dieser Opposition, wurde eine demokratische Öffentlichkeit geschaffen, ließ man sich nicht in die Illegalität abdrängen, ungeachtet der schweren persönlichen Konsequenzen.

Im Januar 1968 wurde Ginsburg, zusammen mit Ju. Galanskow, seinerseits vor Gericht gestellt und zu mehreren Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Aber wieder wurde vor dem Gerichts-gebäude demonstriert, wurde ein „Weißbuch“ mit den Prozeßmaterialien herausgegeben, für das jetzt Pawel Litwinow, der Enkel des früheren sowjetischen Außenministers, zeichnete.

Im April 1968 erschien die erste Nummer der „Chronik der laufenden Ereignisse“, die seither als Nachrichtendienst das Rückgrat der ganzen Samisdat-Literatur bildet. Zu dieser Zeit weckte die Reformbewegung in der CSSR große Hoffnungen. Es war ein großes innenpolitisches Ereignis, als sich das Mitglied der Akademie und der „Vater der sowjetischen Atombombe“, Andrej Sacharow, mit einem Memorandum „Gedanken über Fortschritt, friedliche Koexistenz und geistige Freiheit“ auf die Seite der Dissidenten stellte und Grundzüge eines demokratischen Programms entwarf. Sacharow wurde zur Institution: Aus dem ganzen Land wandten sich (und wenden bis heute) Arbeiter und Kommunebauern an ihn mit der Bitte um Hilfe wegen der Verletzung verfassungsmäßiger Rechte wie dem Recht auf Austritt aus dem Kolchos, auf Freizügigkeit, auf Arbeit, etc. In einem weiteren Rahmen ist dies zur praktischen Funktion der dann gegründeten, auf ihrer Legalität beharrenden Gruppen geworden. 1969 wurde zunächst eine „Initiativgruppe zum Schutz der Menschenrechte in der UdSSR“ gegründet, deren Mitglieder ausnahmslos eingesperrt oder in psychiatrische Kliniken gesteckt wurden. In ihre Fußstapfen trat das 1970 von Sacharow und Tschalidse gegründete „Menschenrechtskomitee“. Als seine Mitglieder – bis auf Sacharow – nach

und nach alle ins Ausland getrieben oder abgeschoben worden waren, wurde 1974 die Moskauer Gruppe von „Amnesty international“ gegründet, die ihrerseits jedoch binnen kurzem zerschlagen wurde. Im Mai 1976 jedoch wurde in Moskau die „Gruppe für die Erfüllung der Helsinki-Abmachungen“ gegründet, nachdem die UdSSR die Schlußakte von Helsinki unterzeichnet hatte. Jetzt kam es zu einer festen Verbindung mit der Opposition in den nichtrussischen Gebieten, in denen die Unterdrückung wie auch der Widerstand am stärksten ist. Binnen kurzem gab es Helsinki-Gruppen in den baltischen Republiken, in der Ukraine, Armenien und Georgien. Trotz grausamer Verfolgungen konnten sie bis heute nicht zerschlagen werden.

Eine neue Erscheinung war 1977/78 die Gründung der „Freien, zwischenberuflichen Vereinigung der Werktätigen“ (SMOT). Mit den Komitees für unabhängige Gewerkschaften in Polen, die dort den Kampf 1980 vorbereitet hatten, können sie nicht eigentlich verglichen werden. Vielmehr handelt es sich, wie das Gründungsdokument sagte, um einen Zusammenschluß von Werktätigen aus der ganzen Sowjetunion, die „ein gemeinsames leidvolles Schicksal zusammengeführt hat“, nämlich die brutale Abweisung ihrer in



Wasyl Stus, Ukrainer, in der Verbannung

Moskau vorgetragenen Beschwerden gegen widerrechtliche Entlassung und Maßregelung, gegen Denunziationen, psychiatrische Zwangsbehandlung und anderes mehr. Mit der Beharrlichkeit altrussischer Gebräuche strömen die Petenten, wie schon unter dem Zaren, nach Moskau, um bei den höchsten Stellen ihre Sache vorzutragen.

Mit der daraus entstandenen Literatur der Arbeiterbeschwerden, ebenso mit den politischen Richtungen und Forderungsprogrammen der Opposition in der Sowjetunion, wollen wir uns in künftigen Folgen befassen.

Wird fortgesetzt

*Vgl. KVZ 9, 14, 16 und 25/81

Polen

Gesetzentwurf von Solidarność zur Arbeiter-Selbstverwaltung

Die Gewerkschaft macht davon ihre Zustimmung zu den Preis- und Wirtschaftsreformen abhängig. Das ,,Netz" der Großbetriebe hat sein Gewicht hinter den Gesetzentwurf geworfen.

Der nachfolgende Entwurf eines ,,Gesetzes über die gesellschaftlichen Unternehmen" steht gegenwärtig im Zentrum der innenpolitischen Auseinandersetzung in Polen. Wie bereits gemeldet, hat der Landesausschuß der Solidarität beschlossen, seine Zustimmung zu den erheblichen Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel, die ab dem 1. Januar 1981 in Kraft treten sollen, davon abhängig zu machen, daß die Regierung der Einführung einer authentischen *Arbeiterselbstverwaltung* zustimmt.

Sein Gewicht erhält der vorliegende Gesetzentwurf der Gewerkschaft – der einen Gegenentwurf zu dem von einer Regierungskommission ausgearbeiteten darstellt – dadurch, daß er ,,durch die Vertreter der Belegschaften der größten Betriebe des Landes bearbeitet und abgestimmt" ist – so geschehen auf einer Konferenz von ca. 3000 Delegierten des ,,Netzes der Betriebsorganisationen der Unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaft Solidarität" am 8. Juli. Dieser Organisation, kurz ,,das Netz" genannt, haben sich inzwischen wohl die Masse der größeren Betriebe in Polen angeschlossen. Sie ist heute der Kern der Bewegung für Arbeiterselbstverwaltung.

Die Delegierten des ,,Netzes" haben auf ihrer Konferenz folgende Resolution für das Vorgehen der Gewerkschaft zur Erkämpfung der Selbstverwaltung der Unternehmen verabschiedet (Zusammenfassung):

1. ,,Die Betriebsorganisationen der Solidarität sind verpflichtet, die Idee einer authentischen Arbeiterselbstverwaltung in den Betrieben zu unterstützen. Eine solche Selbstverwaltung bietet die einzige Chance, aus der gegenwärtigen Wirtschaftskrise herauszukommen und ist eines der grundlegendsten Elemente der Wirtschaftsreform."
2. In den Betrieben ist bezüglich der Selbstverwaltung die Lage gegenwärtig unterschiedlich: in einigen existieren noch die alten, bürokratischen Organe nach dem Selbstverwaltungsgesetz von 1958 (das gerade zur Abwürgung der Rätebewegung diente, G.K.); in andern Betrieben haben diese sich bereits aufgelöst, ohne daß neue Organe an die Stelle getreten wären; in wieder anderen Betrieben haben die Belegschaften, ,,ohne auf ein neues Selbstverwaltungsgesetz zu warten, ein eigenes Statut der Belegschaftsselbstverwaltung angenommen", kurzum, existieren provisorische neue Betriebsräte; im vierten Fall existieren nur Gründungskomitees dafür.
3. Entsprechend dieser komplizierten juristischen und faktischen Lage muß Solidarność eine Reihe abgestufter Schritte unternehmen, unter anderem:
– Verbreitung der Vorschläge zur Arbeiterselbstverwaltung über die zugänglichen Medien;
– intensivere Bemühungen auch der Leitungsorgane der Gewerkschaft für dieses Ziel;
– Berufung einer speziellen Gruppe in jedem Betriebsausschuß von Solidarność, mit der Aufgabe, Vorbereitungen zur Bildung provisorischer Belegschaftsorgane zu treffen, die Zusammenarbeit mit diesen zu organisieren, und die Belegschaft auf die Arbeit in den Selbstverwaltungsorganen vorzubereiten (hinsichtlich der beruflichen und moralischen Qualifikation);
– Gründung von Konsultationsgruppen bei den Regionalverbänden der Gewerkschaft, die die Einberufung bzw. Arbeit der Selbstverwaltungsorgane organisatorisch und juristisch unterstützen;
– Koordinierung der Beratergruppen der Solidarität, mit dem Ziel, möglichst rasch einen einheitlichen, umfassenden Vorschlag der sozialen und wirtschaftlichen Reform auszuarbeiten, ihn zu popularisieren, mit der Regierung zu verhandeln, auf Treffen mit Mitgliedern des Sejm oder der Volksräte diesen nahezubringen und sie auf den Volkswillen zu verpflichten;
– Ausarbeitung eines Musterstatuts für das Wahlverfahren zu den jetzt noch provisorischen Selbstverwaltungsorganen.

Gerd Koenen

Selbstverwaltung

Die Gewerkschaft macht davon ihre Zustimmung zu den Preis- und Wirtschaftsreformen abhängig. Das ,,Netz" der Großbetriebe hat sein Gewicht hinter den Gesetzentwurf geworfen.



Entwurf eines Gesetzes über die gesellschaftlichen Unternehmen

Allgemeine Bestimmungen

Art. 1

Das gesellschaftliche Unternehmen bildet ein Grundelement der Volkswirtschaft und führt seine selbständige Tätigkeit nach den Grundsätzen der wirtschaftlichen Rentabilität durch. Es stellt eine juristische Person dar und umfaßt eine organisierte Belegschaft, die über einen Teil des Volkseigentums verfügt, welches sie über die Organe der Arbeiterselbstverwaltung verwaltet.

Art. 2

§ 1 Das gesellschaftliche Unternehmen übt seine Wirtschaftstätigkeit mit dem Ziel aus, ökonomische und soziale Ergebnisse, bei rationeller Ausnutzung der Mittel, zu erzielen.
§ 2 Das gesellschaftliche Unternehmen setzt sich für ein gewissenhaftes Verhalten der Belegschaften zu den Arbeitspflichten und Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens ein.

Gründung von Unternehmen

Art. 3

§ 1 Überregionale Unternehmen werden vom Minister oder einem andern Organ der zentralen Staatsverwaltung gegründet, regionale Unternehmen von den Organen der örtlichen Verwaltung. (...)
§ 3 Resultiert die Pflicht zur Gründung eines Unternehmens nicht aus dem Plan eines der zuständigen Vertretungsorgane (Sejm, Volksrat), so bedarf sie der Zustimmung dieser Organe. (...)

Art. 4

§ 1 Das Gründungsorgan ist verpflichtet, eine Vorbereitungsgruppe einzuberufen, die sich zusammensetzt aus Vertretern des Finanzministeriums und der Bank, des Volksrats der Wojewodschaft, des zuständigen Ministers, der Gewerkschaften, der Umweltschutzinstitutionen, der wissenschaftlichen Vereine, und aus Experten.
§ 2 Die Aufgabe der Vorbereitungsgruppe ist die Vorlage eines Gutachtens über die Zweckmäßigkeit der Gründung des Unternehmens.

Art. 5

§ 1 Das Gründungsorgan überträgt dem Unternehmen einen Teil des Volkseigentums.
§ 2 Der ausschließlich Verfügende über das Vermögen des Unternehmens ist die Belegschaft, die über ihre Selbstverwaltungsorgane handelt.

(...)

Art. 7

§ 1 Das Unternehmen kann sich mit einer ausländischen juristischen Person zusammenschließen. (...)

Art. 8

§ 1 Die gesellschaftlichen Unternehmen können Zusammenschlüsse eingehen und aus ihnen austreten auf Grund einer Urabstimmung unter den betroffenen Belegschaften.
§ 2 Die oben genannten Zusammenschlüsse dürfen nicht zu einem Monopol im Sinne des Antimonopolgesetzes führen.

Statut der Unternehmen

Art. 9

§ 1 Die Belegschaft verabschiedet in einer Urabstimmung das Statut des Unternehmens.
§ 2 Die Bestimmungen des Statuts dürfen nicht gesetzwidrig sein. (...)

Grundsätze der Unternehmensverwaltung

Art. 10

§ 1 Die Belegschaft verwaltet das Unternehmen über ihre Selbstverwaltungsorgane.
§ 2 Die Arbeiterselbstverwaltung umfaßt alle Mitarbeiter des Unternehmens.
§ 3 Alle Selbstverwaltungsorgane, mit Ausnahme der Vollversammlung, werden gewählt. Die Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane sind ihren Wählern gegenüber verantwortlich und können von ihnen abberufen werden.
§ 4 Die höchste Form der Willensbildung der Selbstverwaltung ist die Urabstimmung der Belegschaft. Sie wird aufgrund eines Beschlusses des Betriebsrates oder auf Antrag von mindestens 10% der Belegschaft einberufen.
§ 5 Die Selbstverwaltung verfügt über das Vermögen des Unternehmens und entscheidet über die Verteilung des Gewinns.
§ 6 Die zuständigen Selbstverwaltungsorgane können Vereinbarungen und Verträge mit den staatlichen Organen der Volksvertretung bzw. Verwaltung schließen.
§ 7 Der Direktor des Unternehmens ist Ausführender der Beschlüsse der Selbstverwaltung. Er übt selbständig die operative Leitung des Unternehmens aus.

Die Organe des Unternehmens

Art. 11

Die Organe des Unternehmens sind
1. die Vollversammlung der Belegschaft und der Delegierten,
2. der Belegschaftsrat,
3. das Präsidium des Belegschaftsrats,
4. die Hilfsorgane der Selbstverwaltung,
5. der Direktor des Unternehmens.

Vollversammlung der Belegschaft bzw. der Delegierten

Art. 12

§ 1 Die Kompetenzen der Vollversammlung sind
1. die jährliche Bewertung der Tätigkeit des Belegschaftsrates und des Direktors,
2. die Aufhebung von Beschlüssen des Belegschaftsrates und des Direktors in begründeten Fällen.
§ 2 In Unternehmen mit mehr als 200 Mitarbeitern kann die Vollversammlung durch Delegierte durchgeführt werden. (...)

(...)

Art. 14

Die Beschlüsse, die die Vollversammlung im Rahmen ihrer Kompetenzen fällt, sind für den Belegschaftsrat, das Präsidium, den Direktor und alle Mitarbeiter verbindlich.

(...)

Der Belegschaftsrat

Art. 16

§ 1 Die Zahl der Mitglieder des Belegschaftsrats bestimmt die Wahlordnung.
§ 2 Die Wahl der Mitglieder des Belegschaftsrats ist allgemein, gleich, direkt und geheim.
§ 3 Die Tätigkeitsperiode des Belegschaftsrates beträgt vier Jahre.
§ 4 Das aktive Wahlrecht besitzt jeder Mitarbeiter des Unternehmens.
§ 5 Das passive Wahlrecht besitzt jeder, der mindestens zwei Jahre im Unternehmen tätig ist. (...)
§ 6 Vom passiven Wahlrecht sind ausgeschlossen: der Direktor und seine Stellvertreter, der Hauptbuchhalter und der Justitiar. (...)
§ 7 Die Mitglieder des Belegschaftsrates können keine Leitungsfunktionen in den gesellschaftlichen und politischen Organisationen ausüben.

Art. 17

Die Funktion eines Mitglieds des Belegschaftsrates kann nur über zwei aufeinanderfolgende Tätigkeitsperioden ausgeübt werden.

(...)

Art. 19

Die Kompetenzen des Belegschaftsrats sind:
1. Beschlußfassung über die Grundrichtungen der wirtschaftlichen Tätigkeit und Entwicklung des Unternehmens,
2. Verabschiedung der Pläne des Unternehmens,
3. Bestätigung der Organisationsstruktur des Unternehmens,
4. Beschlußfassung über die Verteilung des Gewinns,
5. Ernennung und Abberufung des Direktors,
6. Beurteilung der Kandidaten für die Posten der stellv. Direktoren und des Hauptbuchhalters,
7. Beschlußfassung über die Änderung des Produktionsprofils bzw. der Dienstleistungen,
8. Beschlußfassung über die Annahme der Jahresbilanz und der Wirtschaftsrechnung sowie über die Annahme oder Ablehnung des Rechenschaftsberichts des Direktors,
9. Beschlußfassung über Wirtschaftsabkommen und Kooperationsverträge mit anderen Unternehmen,
10. Vereinbarungen mit staatlichen Organen über gegenseitige Zusammenarbeit,
11. Festlegung der Kaderpolitik,
12. Festlegung der Arbeitsordnung,
13. Kontrolle der Gesamtheit der Tätigkeiten des Unternehmens,
14. Wahl des Vorsitzenden und des Präsidiums des Rates,
15. Beschlußfassung über Erwerb und Veräußerung sowie Belastung von immobilem und anderem Vermögen,
16. Beschlußfassung über die sozialen, materiellen und kulturellen Belange der Belegschaft,
17. Beschlußfassung über Ein- und Ausfuhrverträge,
18. Bestätigung von Anträgen über die Verleihung von Orden und staatlichen Auszeichnungen,
19. Verfügung über die betrieblichen Kommunikationsmittel.

Art. 20

Der Belegschaftsrat kanmn vom Direktor und allen Mitarbeitern jederzeit Rechenschaftslegung, Informationen und Erklärungen verlangen. Er kann den Stand des Vermögens des Unternehmens prüfen. In Angelegenheiten, die einer bestimmten Fachkompetenz bedürfen, kann der Belegschaftsrat Experten hinzuholen.

Das Präsidium des Belegschaftsrats

Art. 29

Das Präsidium des Belegschaftsrates leitet die Arbeiten des Rates und ist dessen ausführendes Organ.

(...)

Der Direktor

Art. 36

Der Direktor führt die Beschlüsse der Selbstverwaltungsorgane aus.

Art. 37

Dem Direktor obliegt die operative Leitung des Unternehmens, er organisiert selbständig die Arbeit der Belegschaft, vertritt die Belegschaft des Unternehmens nach außen und führt die Rechtsgeschäfte des Unternehmens.

(...)

Art. 40

Vor jeder Beschlußfassung der Selbstverwaltungsorgane ist der Direktor verpflichtet, schriftlich eine Stellungnahme über deren wirtschaftliche, soziale und rechtliche Folgen abzugeben.

Art. 41

Der Direktor ist verpflichtet, gegen Beschlüsse der Selbstverwaltungsorgane Einspruch zu erheben, wenn diese rechtswidrig sind. Der Einspruch des Direktors hebt die Ausführung des Beschlusses auf.

Art. 42

§ 1 Der Direktor wird vom Belegschaftsrat nach Ausschreibung eines öffentlichen Wettbewerbs ernannt.
§ 2 Die Amtsperiode des Direktors bestimmt der Belegschaftsrat im Arbeitsvertrag.
§ 3 Der Belegschaftsrat beruft den Direktor ab, falls sein Rechenschaftsbericht abgelehnt wird.
§ 4 Der Direktor kann auch durch Urabstimmung der Belegschaft abberufen werden.

(...)

Vermögen des Unternehmens

Art. 47

Dem Unternehmen stehen alle Rechte aus dem ihm überantworteten Vermögen zu.

Art. 48

Das Unternehmen haftet für seine Verpflichtungen nach den Bestimmungen des Zivilgesetzbuches.

(...)

Art. 51

Die finanziellen Verpflichtungen des Unternehmens gegenüber dem Staats- und den Lokalbudgets regeln sich entsprechend den Steuergesetzen.

Staatliche Aufsicht

Art. 52

§ 1 Der Staat beeinflußt das Unternehmen durch Rechtsvorschriften und bestimmte ökonomische Parameter wie Steuern, Zollabgaben und Kredite, die auf generelle Weise geregelt sind.
§ 2 Die Festlegung der Preise, soweit sie nicht im Kompetenzbereich staatlicher Organe liegt, gehört zum Kompetenzbereich des Unternehmens.

Art. 53

Die staatlichen Organe können in die inneren Angelegenheiten des Unternehmens nur im Rahmen der gesetzlichen Befugnisse eingreifen.

Art. 54

Die Tätigkeit des Betriebes unterliegt der Kontrolle der staatlichen Kontrollorgane.

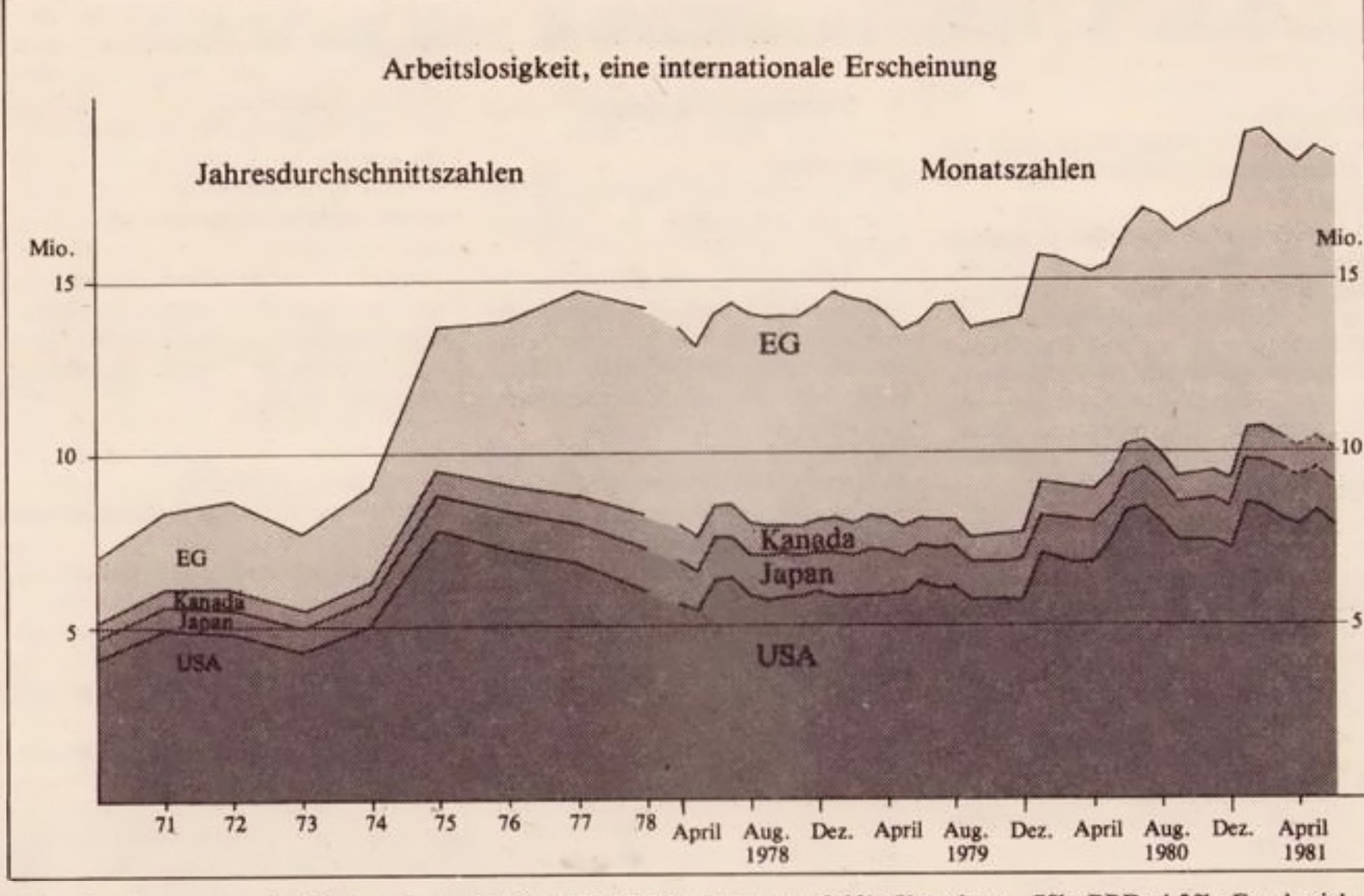
Art. 55

Dem Unternehmen steht das Recht auf Einspruch gegen die Entscheidungen der staatlichen Organe zu. (...)

USA fürchten um Faustrecht auf See

frb. Ihre ganze Macht haben die USA bei dem Erpressungsversuch eingesetzt, der die für dieses Jahr vorgesehene Verabschiedung einer internationalen Seerechtskonvention verhindern soll. Die Regierung Carter hatte sich bereits zu einer Reihe von Zugeständnissen durchgerungen, die Reagan nun zurückgenommen hat. Und wie schon so oft auf internationalen Konferenzen hat sich die westdeutsche Regierung hoffnungsvoll an den Rockzipfel der ,,Führungsmacht" gehängt, um doch noch ihre reaktionären Interessen durchzusetzen, die sie ohne die USA nicht verwirklichen konnte.

Der Punkt des Anstoßes für die USA und die BRD sind die Regelungen über den *Meeresbergbau*. Zusammen mit Japan sind sie führend auf diesem Gebiet. Acht Konzerne sind bereits gebildet, und einige haben mit dem Abbau von auf dem Meeresboden lagernden Rohstoffen bereits begonnen, ehe noch eine internationale Übereinkunft erzielt war. Immerhin 850 Mio. $ sind bereits investiert, und die sollen sich schließlich lohnen. Die Dritte Welt nämlich konnte in dem vorliegenden Entwurf einer Konvention verankern, daß der gesamte Meeresbergbau einer internationalen Behörde zu unterstellen sei. Und im 36köpfigen Rat dieser Behörde ist den USA nicht einmal ein Sitz garantiert, was ihnen sonst noch nirgendwo passiert ist. Die imperialistischen Konzerne sehen sich durch das geplante Abbauunternehmen dieser Behörde eingeengt. Auch sollen sie gezwungen werden, ihre technologischen Kenntnisse gegen Lizenzgebühren zugänglich zu machen. Damit wäre ihre Monopolstellung in Gefahr. Eine Produktionsbeschränkung für die Konzerne, deren Tätigkeit durchaus nicht verhindert, sondern lediglich unter internationale Kontrolle gestellt werden soll, soll den Plan vereiteln, rohstoffproduzierende Entwicklungsländer unter Druck zu setzen. Darum nämlich geht es den USA und ihrer Gefolgschaft vor allem: Eine solche Menge an aus dem Meer gewonnenen Rohstoffen auf den Markt zu werfen, die den Entwicklungsländern die Preise kaputt macht. Zuwider ist ihnen der Gedanke, daß die Meeresschätze ,,gemeinsames Erbe der Menschheit" sind.



Die Arbeitslosenquote der Staaten für Juni 1981: USA: 7,3%; Japan: ca. 2,3%; Kanada: ca. 7%; BRD: 4,3%; Frankreich: 7,2%; Großbritannien: 10,3%; Italien: 8,4%; Niederlande: 6,9%; Belgien: 10,6%; Luxemburg 0,7%; Irland: 10,1%; Dänemark: 7,2%; Griechenland: 7,6%. EG einschließlich Griechenland, Daten für Japan und Kanada ab April geschätzt.

Die Woche im Rückblick

Die Welternte an Weizen und Grobgetreide wird von der Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) noch gut beurteilt. Insgesamt rechnet die Organisation in ihrem jüngsten Bericht mit einer Ernte von rund 1,2 Mrd. Tonnen. Ausfällen in der UdSSR und durch Überflutungen in China stehen Ertragssteigerungen in USA, Kanada und Australien gegenüber. Der Weltgetreidehandel wird mit etwa 210 Tonnen einen neuen Rekord erreichen. Die Entwicklungsländer werden etwa 95 Mio. Tonnen einführen, gegenüber 88,4 im Vorjahr. – **Daimler-Benz plant den Bau einer Fabrik in Ägypten.** In dem Werk, für das zunächst 80 Mio. DM angelegt werden, sollen mittlere und schwere LKWs, Busse und Unimogs gebaut werden. Ebenfalls dieser Tage hat Daimler den Aufkauf des amerikanischen LKW-Herstellers Freightliner (260 Mio. $) unter Dach und Fach gebracht. – **Sieben US-Ölkonzerne**, die Bohrstellen in der britischen Nordsee haben, haben sich zusammengeschlossen, um die britische Regierung zu einer Änderung der Ölbesteuerung zu zwingen. Gegenwärtig müssen sie eine Konzessionsabgabe, Körperschaftssteuer, Ölgewinnsteuer und seit diesem Jahr eine Öl-Ergänzungs-Abgabe zahlen. – **Von den fünfzig umsatzstärksten Industrieunternehmen der westlichen Welt** ist inzwischen nahezu jedes zweite ein Ölkonzern. Dies geht aus der Liste hervor, die die amerikanische Zeitschrift ,,Fortune" jährlich veröffentlicht. General Motors ist inzwischen auf den 4. Rang abgefallen. Knapp die Hälfte dieser Unternehmen hat seinen Sitz in den USA, 7 in der BRD. – **Ein Teil des französischen Kernenergieprogramms** ist jetzt entsprechend einem Wahlversprechen Mitterrands gestoppt worden. Betroffen sind davon Anlagen in Le Pellerin, Civaux, Chooz, Golfech und das an der deutsch-französisch-luxemburgischen Grenze liegende Cattenom. Zwar sollen Cattenom 1 und 2 wie geplant ans Netz gehen, die Blöcke 3 und 4 wurden aber gestrichen. Die KPF hat den Teilstopp kritisiert. – **Für die Bauern der EG** hat sich die Preisschere auch im vergangenen Jahr ungünstig entwickelt. Im Durchschnitt der zehn Mitgliedsstaaten stiegen die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte um 7,9%. Die Einkaufspreise für landwirtschaftliche Betriebsmittel erhöhten sich dagegen um 12,1%. – **Die Leistungsbilanz der BRD** hat im ersten Halbjahr mit einem Minus von 14,4 Mrd. DM abgeschlossen (Vorjahr 12,4 Mrd. DM). Es setzt sich zusammen aus einem Handelsüberschuß von 6,4 Mrd. DM und Defiziten von 8,3 Mrd. DM bei den Dienstleistungen und 12,5 Mrd. DM bei den Übertragungen.

Absichtsvolle Pleite soll sich nicht lohnen

chm. Die französische Regierung hat den Textilkapitalisten Jean-Pierre Willot verhaftet und von Lille nach Paris überführt. Er steht unter der Anklage des ,,Mißbrauch(s) von Gesellschaftsvermögen". Zusammen mit seinem Bruder kontrollierte er den Textilkonzern Boussac-Saint Frères und wirtschaftete ihn in den Konkurs hinein. Auch über das andere Vermögen der Gebrüder Willot wurde eine Zwangsverwaltung eingesetzt, weil ihre Kapitalmanipulationen dem Textilkonzern geschadet haben. Boussac-Saint Frères beschäftigt über 20000 Arbeiter. Frankreichs Ministerpäsident Mauroy erklärte, daß der Konzern nicht durch einen ,,äußeren Retter" vor dem Konkurs bewahrt werden kann, sondern daß die dafür Verantwortlichen, die Gebrüder Willot, mit ihrem Privatvermögen für die Pleite haften müssen.

1,5 Mrd. DM Hilfen an die Stahlkonzerne

kvz. Mit ihren Haushaltsberatungen hat die Bundesregierung vergangene Woche auch ein Subventionsprogramm für die Stahlindustrie beschlossen. Es soll den Bund in den Jahren 1982 bis 1985 1,34 Mrd. DM kosten, die Länder ca. 430 Mio. DM und die Gemeinden ca. 50 Mio. DM. Zu den Maßnahmen gehört eine auf drei Jahre befristete Investitionszulage in Höhe von 8,75% zur Schaffung von ,,Ersatzarbeitsplätzen" an Stahlstandorten. Bedingung ist eine ,,Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Jeweils bis zu 70 Mio. DM soll in den drei Jahren für Leistungsverbesserungen zugunsten nicht mehr benötigter Stahlarbeiter bereitgestellt werden. Mehr als der doppelte Betrag steht für die Stahlforschung im Rahmen der technologischen Schwerpunktprogramme des Forschungsministeriums bereit. Und schließlich will die Bundesregierung einen Gesetzentwurf einbringen, der vorsieht, den Stahlkonzernen 10% ihrer Investitionen zu zahlen, wenn sie umstellen und gleichzeitig oder alternativ rationalisieren. Bedingung soll sein, daß ein ,,tragfähiges und soweit wie möglich unternehmensübergreifendes Strukturkonzept" vorliegt.

Instandsetzungen durch Westberliner Hausbesetzer

wat. Westberlin. Der abgedruckte Spendenaufruf des Bauhofs der Westberliner Instandbesetzer dokumentiert die bisherigen Leistungen. Während der Senat jährlich fast 1 Mrd. DM Zinssubventionen und weitere 150 Mio DM Subventionen für Modernisie-

kussion in den Parteien, Gewerkschaften und Kirchen über die Wohnungspolitik aus.

Gegen diesen politischen Druck konnte auch der neue Bausenator der CDU, Rastemborski, kein Gegenmittel finden. Seine Ankündigung, die Lu-



setzten Häusern zu beseitigen und diese wieder bewohnbar zu machen. In einigen Häusern wurde darüber hinaus, z.B. durch den Einbau von Bädern, die Wohnqualität erhöht.

Für die zukünftige Arbeit sehen wir folgende Schwerpunkte:

– Die allgemeine unbürokratische Materialverteilung verbunden mit einer Beratung hat sich bisher gut bewährt und soll aufrechterhalten, die fachliche Beratung erweitert werden. Die Kosten für das Material liegen bei ca. 10000

geplante Abbauunternehmen dieser Behörde eingeengt. Auch sollen sie gezwungen werden, ihre technologischen Kenntnisse gegen Lizenzgebühren zugänglich zu machen. Damit wäre ihre Monopolstellung in Gefahr. Eine Produktionsbeschränkung für die Konzerne, deren Tätigkeit durchaus nicht verhindert, sondern lediglich unter internationale Kontrolle gestellt werden soll, soll den Plan vereiteln, rohstoffproduzierende Entwicklungsländer unter Druck zu setzen. Darum nämlich geht es den USA und ihrer Gefolgschaft vor allem: Eine solche Menge an aus dem Meer gewonnenen Rohstoffen auf den Markt zu werfen, die den Entwicklungsländern die Preise kaputt macht. Zuwider ist ihnen der Gedanke, daß die Meeresschätze ,,gemeinsames Erbe der Menschheit" sind.

rechnet die Organisation in ihrem jüngsten Bericht mit einer Ernte von rund 1,2 Mrd. Tonnen. Ausfällen in der UdSSR und durch Überflutungen in China stehen Ertragssteigerungen in USA, Kanada und Australien gegenüber. Der Weltgetreidehandel wird mit etwa 210 Tonnen einen neuen Rekord erreichen. Die Entwicklungsländer werden etwa 95 Mio. Tonnen einführen, gegenüber 88,4 im Vorjahr. – **Daimler-Benz plant den Bau einer Fabrik in Ägypten.** In dem Werk, für das zunächst 80 Mio. DM angelegt werden, sollen mittlere und schwere LKWs, Busse und Unimogs gebaut werden. Ebenfalls dieser Tage hat Daimler den Aufkauf des amerikanischen LKW-Herstellers Freightliner (260 Mio. $) unter Dach und Fach gebracht. – **Sieben US-Ölkonzerne**, die Bohrstellen in

wärtig müssen sie eine Konzessionsabgabe, Körperschaftssteuer, Ölgewinn-

Die Woche im Rückblick

steuer und seit diesem Jahr eine Öl-Ergänzungs-Abgabe zahlen. – **Von den fünfzig umsatzstärksten Industrieunternehmen der westlichen Welt** ist inzwischen nahezu jedes zweite ein Ölkonzern. Dies geht aus der Liste hervor, die die amerikanische Zeitschrift ,,Fortune" jährlich veröffentlicht. General Motors ist inzwischen auf den 4. Rang abgefallen. Knapp die Hälfte dieser Unternehmen hat seinen Sitz in den USA, 7 in der BRD. – **Ein Teil des französischen Kernenergieprogramms** ist jetzt entsprechend einem Wahlversprechen Mitterrands gestoppt wor-

nom. Zwar sollen Cattenom 1 und 2 wie geplant ans Netz gehen, die Blöcke 3 und 4 wurden aber gestrichen. Die KPF hat den Teilstopp kritisiert. – **Für die Bauern der EG** hat sich die Preisschere auch im vergangenen Jahr ungünstig entwickelt. Im Durchschnitt der zehn Mitgliedsstaaten stiegen die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte um 7,9%. Die Einkaufspreise für landwirtschaftliche Betriebsmittel erhöhten sich dagegen um 12,1%. – **Die Leistungsbilanz der BRD** hat im ersten Halbjahr mit einem Minus von 14,4 Mrd. DM abgeschlossen (Vorjahr 12,4 Mrd. DM). Es setzt sich zusammen aus einem Handelsüberschuß von 6,4 Mrd. DM und Defiziten von 8,3 Mrd. DM bei den Dienstleistungen und 12,5 Mrd. DM bei den Übertragungen.

von 8,75% zur Schaffung von ,,Ersatzarbeitsplätzen" an Stahlstandorten. Bedingung ist eine ,,Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Jeweils bis zu 70 Mio. DM soll in den drei Jahren für Leistungsverbesserungen zugunsten nicht mehr benötigter Stahlarbeiter bereitgestellt werden. Mehr als der doppelte Betrag steht für die Stahlforschung im Rahmen der technologischen Schwerpunktprogramme des Forschungsministeriums bereit. Und schließlich will die Bundesregierung einen Gesetzentwurf einbringen, der vorsieht, den Stahlkonzernen 10% ihrer Investitionen zu zahlen, wenn sie umstellen und gleichzeitig oder alternativ rationalisieren. Bedingung soll sein, daß ein ,,tragfähiges und soweit wie möglich unternehmensübergreifendes Strukturkonzept" vorliegt.

Instandsetzungen durch Westberliner Hausbesetzer

wat. Westberlin. Der abgedruckte Spendenaufruf des Bauhofs der Westberliner Instandbesetzer dokumentiert die bisherigen Leistungen. Während der Senat jährlich fast 1 Mrd. DM Zinssubventionen und weitere 150 Mio DM Subventionen für Modernisierung, Instandsetzungen und Stadtentwicklung den Wohnungsbaugesellschaften gibt, verfügen die Instandbesetzer nur über verschwindend geringe Beträge. Daher hofft der Senat weiter, daß die Instandbesetzerbewegung am verrotteten Zustand der Häuser und fehlenden Geld stagniert. Gleichzeitig wird von einem Teil der Hausbesetzer die Position vertreten, Instandsetzungsarbeiten stellten lediglich verschenkte Arbeitskraft dar und seien daher politisch unvernünftig.

Sie unterschätzen die Bedeutung, daß die Instandsetzungen verbunden sind mit faktischer Enteignung der Häuser. Die Instandbesetzer demonstrieren praktisch, daß die bestehenden Besitzverhältnisse und Förderungssysteme im Wohnungsbau daran schuld sind, daß die notwendige Modernisierung des Althausbestandes in Westberlin nicht gelingt. Sie zeigen, daß Instandsetzungen, ausgehend von den Bewohnern, sei es durch eigene Arbeit, sei es durch Aufträge an Handwerker, wesentlich effektiver sind und zugleich den Wohnbedürfnissen entsprechen. Deswegen genießen die Instandbesetzer so große Sympathie, und von ihnen geht ein enormer Druck auf die Diskussion in den Parteien, Gewerkschaften und Kirchen über die Wohnungspolitik aus.

Gegen diesen politischen Druck konnte auch der neue Bausenator der CDU, Rastemborski, kein Gegenmittel finden. Seine Ankündigung, die Luxusmodernisierung einzuschränken, den Leerstand zu erfassen und 10 Häuser zu räumen, ist eher defensiv. Die Häuser gehören größtenteils der ,,Neuen Heimat", die Besetzer haben sich besonders stark um Zusammenarbeit mit ihrer Nachbarschaft bemüht und werden von Patenschaften unterstützt. Offenbar will Rastemborski austesten, wie stark die Unterstützung hält. Solange er aber keine überzeugende Konzeption für den Wohnungsbau vorlegen kann, werden auch keine größeren Räumungen der besetzten Häuser gelingen. Auf der anderen Seite werden durch die erfolgreichen Instandsetzungen Positionen gestärkt, die eine grundlegende Änderung der Subventionspolitik verlangen, Förderung der Mieter statt der Wohnbau- und Abschreibungsgesellschaften und Enteignung von Grund und Boden sowie der darauf stehenden Wohnhäuser. Darüber können dann auch die finanziellen Probleme der Instandbesetzer gelöst und ihre Kriminalisierung abgewendet werden.

Spendenkonto des Bauhofs:
Sparkasse der Stadt Berlin/West
Bernfried Adam, Sonderkonto Bauhof
Nr. 0670007404



Trotz drohender Räumung der besetzten Häuser und ständiger Kriminalisierung ihrer Bewohner geht die Instandsetzung weiter

Anfang Feb. wurde zum Spenden von gebrauchtem Baumaterial und Geld aufgerufen, um die umfangreichen Instandsetzungsarbeiten in den besetzten Häusern durchführen zu können. Eingegangen sind bis jetzt 75000 DM und jede Menge Gebrauchtmaterial. Netzwerk-Selbsthilfe machte eine Einlage von 40000 DM, der Rest kam in kleineren und größeren Beträgen von vielen Einzelnen, von Leuten, die einen Tageslohn gespendet haben, von Hochschulinstituten, Mieterinitiativen, Kneipenkollektiven u.a.

Angebote von gebrauchtem Baumaterial werden durch das Materialtelefon im Mieterrat Waldemarstr. in einer Kartei erfaßt und von den einzelnen Häusern je nach Bedarf abgeholt. Überschüssiges wird im BAUHOF Manteuffelstr. zwischengelagert.

Der BAUHOF Manteuffelstr. hat den Großeinkauf von neuen Materialien organisiert, sie durch gebrauchte ergänzt und je nach Bedarf kostenlos an die Häuser abgegeben. Durch die Beschränkung auf die Schwerpunkte: Sanitär, Elektro, Dach und relativ wenige Materialien, die zur Beseitigung der ärgsten Mängel und zur Installation einer oft nicht vorhandenen Grundausstattung nötig sind, wurde eine sparsame und wirkungsvolle Anwendung des Spendengeldes erreicht.

Von dem Geld sind bisher ca. 23000 DM für Wasserinstallations–, 1600 DM für Elektro–, 9000 DM für Dach–, 4000 DM für Werkzeuge und 3000 DM für sonstiges Material ausgegeben worden. In Mengen heißt das: 1000 m Elektrokabel, 2000 m Kupferrohr, 1000 m Abflußrohr, 650 m² Dachpappe, Klebemasse und Zinkblende, große Mengen für die Installation nötige Kleinmaterialien und im Einzelfall Zement und Kreidefarbe. Dazu kommen noch gebrauchte Öfen, Badeöfen, Badewannen, Kloschüsseln, Waschbecken, Armaturen (die wir auf dem Schrott zu sehr günstigem Kilo-Preis erstanden haben), Fensterflügel und Glasscheiben, Herde, Kühlschränke und Boiler.

Insgesamt haben bisher über 100 Häuser Material erhalten. Davon ca. 60 Häuser eine neue Steigleitung für Wasser, 60 Häuser Material für z.T. komplette Badezimmereinrichtungen und die Neufertstr. II hat einen Zuschuß für umfangreiche Dacharbeiten erhalten. 2 Cafés, 2 Kinderläden, das Heilehaus und weitere Initiativen haben Material erhalten.

Verbunden mit der Materialausgabe ist eine technische Beratung und im Bedarfsfall eine Weitervermittlung an entsprechende Fachkräfte, sowie der Verleih von einigen Werkzeugen (Lötbrenner, E-Schweißgerät, Trennscheibe, Rohrspirale und seit kurzem ein 4,5 t LKW).

Wir sehen unsere Arbeit insofern als erfolgreich an, als es gelungen ist dazu beizutragen, elementare Mängel in besetzten Häusern zu beseitigen und diese wieder bewohnbar zu machen. In einigen Häusern wurde darüber hinaus, z.B. durch den Einbau von Bädern, die Wohnqualität erhöht.

Für die zukünftige Arbeit sehen wir folgende Schwerpunkte:

– Die allgemeine unbürokratische Materialverteilung verbunden mit einer Beratung hat sich bisher gut bewährt und soll aufrechterhalten, die fachliche Beratung erweitert werden. Die Kosten für das Material liegen bei ca. 10000 DM pro Monat.

– Da sich das Materialtelefon als bedeutende Materialquelle herausgestellt hat, wollen wir es weiterhin aufrechterhalten (dafür suchen wir noch Leute, die mitarbeiten wollen).

– Im Hinblick auf den kommenden Winter sind noch umfangreiche Instandsetzungsarbeiten an den Häusern durchzuführen (Reparaturen an Dächern, Fenstern und Öfen sind hier die vordringlichen Aufgaben). Die Finanzierung dieser Arbeiten ist bisher nicht gesichert. Bei manchen Häusern müssen z.B. die Dächer grundlegend erneuert werden. Wir versuchen durch die Verwendung von Gebrauchtmaterial (z.B. guterhaltene Fensterflügel aus abgerissenen Häusern oder alte Öfen) oder Reparatur zerstörter Einrichtungen (z.B. Kachelöfen) und die Herstellung von Fensterflügeln in unserer Tischlerei die Kosten für diese Maßnahmen so gering wie möglich zu halten.

– Damit die Tischlerei ihren Aufgaben gerecht werden kann, werden noch eine Fräse, eine Hobelmaschine und viele kleinere Werkzeuge benötigt, deren Anschaffung immense Summen verschlingt.

– Um Fassaden- und Dachreparaturen durchführen zu können, benötigen wir ein Gerüst, da uns das bisher verwendete Gerüst des KBW (Fassadenmalerei am KUKUCK) nur noch bis Juli zur Verfügung steht.

– Für den Werkzeugverleih brauchen wir vorrangig noch folgende Maschinen: Mischmaschine, Winkelschleifer, Kittfräse, Elektrohammer und ein A-Schweißgerät.

Wer hat, dem wird gegeben

Vor allem bei der Arbeitslosenversicherung hat die Bundesregierung gestrichen Die Rentenversicherung wird geschröpft / Sonderabschreibungen für die Kapitalisten

Von Friedemann Bleicher

Selbstverständlich geht es bei den Haushaltsberatungen anders zu als bei anständigen Leuten. Es gälte nämlich sonst die Leitlinie, daß jene zurückzustecken haben, die viel oder mehr haben, zugunsten jener, die wenig oder nichts haben. So wie es auch die Überlegung des DGB-Vorsitzenden war bei seinem Vorschlag, bei Einkommen über 60000/120000 DM im Jahr eine Ergänzungsabgabe in Höhe von 6% des bisher zu zahlenden Steuerbetrages zu erheben.

Immerhin hat dieser Vorstoß allerhand Wirbel gemacht. Natürlich hat sich alles, was Geld und damit auch Namen hat, gegen eine solche Maßnahme ausgesprochen. Schließlich wurde der Vorschlag, dessen Sprengkraft ins Auge springt, nach und nach verwässert. Zuerst wurde in der Diskussion die Einkommensgrenze immer weiter gesenkt, bis schließlich Helmut Schmidt kategorisch erklären ließ, eine Ergänzungsabgabe komme nur in Frage, wenn sie erstens auf alle Einkommen (auch auf die niedrigen) angewandt werde, und zweitens ihr Aufkommen für die Subvention von Investitionen verwandt werde. So eng ist mittlerweile der politische Spielraum der Regierung geworden.

Herausgekommen bei den bisherigen Beschlüssen der Regierungsparteien ist ziemlich genau das, was die Scharfmacher und Schreibtischtäter, für die das Wort ,,Soziale Demontage" Demagogie, Profitförderung aber unabdingbare Notwendigkeit ist, seit Wochen durch die Presse posaunen.

So etwa Walter Kannengießer von der ,,Frankfurter Allgemeinen", für den es ,,naheliegend" ist, die Arbeitslosenversicherung ins Zentrum der Streichungen zu stellen. Klar, schließlich steigen diese Ausgaben in der Krise am schnellsten.

3,6 Mrd. DM sollen am Haushalt der Arbeitslosenversicherung, deren Selbst verwaltung für 1982 ein Gesamtvolumen von rund 27 Mrd. DM veranschlagt hatte, durch gesetzliche Änderungen gestrichen werden. Immerhin bleibt die Höhe des Arbeitslosengeldes bei 68% des Nettolohnes, positiv vielleicht auch das angekündigte Gesetz zur Bekämpfung ,,illegaler Leiharbeit". Die Beseitigung von Leistungsmißbräuchen durch Saisonarbeitslosigkeit und Verwandtenarbeitsverhältnisse (der Geschäftsmann, der seine Ehe-

stitionen verwandt werde. So eng ist mittlerweile der politische Spielraum der Regierung geworden.

Herausgekommen bei den bisherigen Beschlüssen der Regierungsparteien ist ziemlich genau das, was die Scharfmacher und Schreibtischtäter, für die das Wort ,,Soziale Demontage" Demagogie, Profitförderung aber unabdingbare Notwendigkeit ist, seit Wochen durch die Presse posaunen.

So etwa Walter Kannengießer von der ,,Frankfurter Allgemeinen", für den es ,,naheliegend" ist, die Arbeitslosenversicherung ins Zentrum der Streichungen zu stellen. Klar, schließlich steigen diese Ausgaben in der Krise am schnellsten.

3,6 Mrd. DM sollen am Haushalt der Arbeitslosenversicherung, deren Selbst verwaltung für 1982 ein Gesamtvolumen von rund 27 Mrd. DM veranschlagt hatte, durch gesetzliche Änderungen gestrichen werden. Immerhin bleibt die Höhe des Arbeitslosengeldes bei 68% des Nettolohnes, positiv vielleicht auch das angekündigte Gesetz zur Bekämpfung ,,illegaler Leiharbeit". Die Beseitigung von Leistungsmißbräuchen durch Saisonarbeitslosigkeit und Verwandtenarbeitsverhältnisse (der Geschäftsmann, der seine Ehe-
frau anstellt, um sie dann auf Versicherungskosten zu entlassen) bringt ganze 20 Mio. DM. Die Beseitigung der Versicherungsfreigrenze für geringfügige Beschäftigung bringt 160 Mio. DM. Bei Kurzarbeit sollen Überstunden aufgerechnet werden, Arbeitslosengeld, das im Rahmen der sogenannten 59er-Regelung in Wirklichkeit Sozialplangelder erspart, soll von den Unternehmen nachträglich erstattet werden.

Den weitaus größten Brocken aber will Minister Ehrenberg dadurch holen, daß die Zumutbarkeitsklausel verschärft und die Sperrzeit von vier auf sechs Wochen ausgedehnt wird. Wer einen Termin beim Arbeitsamt verbaselt, erhält künftig zwei Wochen kein Geld statt bisher sechs Tage.

All dies folgt der reaktionären Behauptung, daß die Arbeitslosen vor allem selbst schuld seien an der Arbeitslosigkeit. Daß ihnen nur Dampf gemacht werden müsse, dann würde die Arbeitslosigkeit schon sinken.

Wie zynisch diese Maßnahmen sind, zeigt bereits ein Blick auf die Tatsache, daß lediglich rund die Hälfte aller arbeitslos Gemeldeten Arbeitslosengeld erhält. Kündigt der Arbeiter, so wird ihm erst mal für vier Wochen (künftig für 6 Wochen) das Arbeitslosengeld gestrichen. Kündigt der Kapitalist dem Arbeiter, so passiert gar nichts. Wieso soll nicht wenigstens der Kapitalist



dann auch in den ersten vier (oder sechs) Wochen nach der Entlassung das Arbeitslosengeld voll ersetzen müssen? Zwar würde ihn das nicht abhalten, den Arbeitsmarkt zu belasten, aber wenigsten wäre er an den Kosten ein klein wenig mehr beteiligt, und zwar je mehr er entläßt. Sowieso sind ja die Lohnabhängigen durch die hohe Arbeitslosigkeit, an der sie keine Schuld haben, in einer schwächeren Stellung. Daher wäre es passend, wenn die Sperrzeiten bei Kündigung durch den Lohnabhängigen ganz beseitigt würden.

Mit scheinheiligem Titel versehen ist die Ausgabenkürzung durch ,,Begrenzung der Arbeitslosenhilfe auf Angehörige der Solidargemeinschaft", die 470 Mio. DM erbringen soll. Denn dies trifft vor allem Jugendliche, die nach der Ausbildung keine Arbeit finden. Kräftig gekürzt wird auch bei Bil-



dann auch in den ersten vier (oder sechs) Wochen nach der Entlassung das Arbeitslosengeld voll ersetzen müssen? Zwar würde ihn das nicht abhalten, den Arbeitsmarkt zu belasten, aber wenigsten wäre er an den Kosten ein klein wenig mehr beteiligt, und zwar je mehr er entläßt. Sowieso sind ja die Lohnabhängigen durch die hohe Arbeitslosigkeit, an der sie keine Schuld haben, in einer schwächeren Stellung. Daher wäre es passend, wenn die Sperrzeiten bei Kündigung durch den Lohnabhängigen ganz beseitigt würden.

Mit scheinheiligem Titel versehen ist die Ausgabenkürzung durch ,,Begrenzung der Arbeitslosenhilfe auf Angehörige der Solidargemeinschaft", die 470 Mio. DM erbringen soll. Denn dies trifft vor allem Jugendliche, die nach der Ausbildung keine Arbeit finden. Kräftig gekürzt wird auch bei Bil-
dungsmaßnahmen und Rehabilitation. Das Unterhaltsgeld bei Maßnahmen der beruflichen Bildung wird von 80 auf 68% des ausfallenden Nettolohns (für Teilnehmer mit Kindern auf 75%) gesenkt. Bei der ,,Zweckmäßigkeitsfortbildung" wird das Unterhaltsgeld in ein zurückzuzahlendes Darlehen verwandelt. Rund 400 Mio. DM wird aus Einsparungen bei berufsbegleitenden Maßnahmen erwartet.

Faktisch um rund 3 Mrd. DM gekürzt wird auch bei der Rentenversicherung, auch wenn Maßnahmen hier nicht beschlossen sind. Aber die Beiträge, die auf die Arbeitslosenversicherung verschoben werden, fehlen bei der Rentenversicherung in den kommenden Jahren. Einschnitte werden also auch hier notwendig folgen. Schon jetzt gekürzt wird bei den Kuren, die bisher die Renten- oder die Krankenversicherung bezahlt haben. Insbesondere werden die Kuren zur Erhaltung der Arbeitskraft ganz beseitigt. Ein Diebstahl, der vielen eine wichtige Erholung der Kräfte nimmt.

,,Naheliegend", daß auch das Kindergeld beschnitten wird. 1,5 Mrd. DM, knapp 8% des Gesamtvolumens werden künftig vorenthalten. Wie allerdings steht noch nicht fest. Entschieden werden soll in der Kabinettssitzung am 2./3. September. Auch hier wird es kaum zu einer Einkommensgrenze kommen, was noch das Gerechteste wäre.

Das Wohngeld, das erst an die Inflation angepaßt worden war, wird wieder um 7,5% gesenkt, die Einkommensgrenze und damit die Zahl der Empfänger ebenfalls.

Bei der Lohn- und Einkommenssteuer fällt der Haushaltsfreibetrag weg, den Alleinstehende über 49 Jahre bisher bekommen haben. Sie zahlen dann 515 Mio. DM mehr an Steuern. Das Arbeitslosengeld wird künftig beim Lohnsteuerjahresausgleich zum Einkommen gezählt.

Nachdem schon im Rahmen des Bundeshaushalts 1981 die Sparprämien, die fast ausschließlich Lohnabhängigen zugute kamen, gestrichen worden waren, wurde nun auch eine Reduzierung der Arbeitnehmersparzulage aufgrund des 624-DM-Gesetzes von 30 auf 20% (bzw. von 40 auf 30) beschlossen. 800 Mio. DM macht dies.

Prüfen will die Bundesregierung, ob die steuerliche Absetzung von Bewirtungskosten künftig ausgeschlossen werden soll. Nach ihren Schätzungen sparen die Kapitalisten 350 Mio. DM an Steuern jährlich dadurch, daß sie sich gegenseitig bewirten.

Zwar gesteht die Bundesregierung gegenüber den Landwirten endlich die Anhebung ihrer Vorsteuerpauschale um 0,5 Prozentpunkte zu, was lediglich die seit der Einführung dieser Pauschale eingetretenen tatsächlichen Veränderungen berücksichtigt. Sie will sie aber durch eine stufenweise Kürzung der Zuschüsse zur Altershilfe und zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung zur Kasse bitten. Eingerichtet waren diese Zuschüsse einst, weil die Jugendlichen aus der Landwirtschaft be-

Das Arbeitslosengeld wird künftig beim Lohnsteuerjahresausgleich zum Einkommen gezählt.

Nachdem schon im Rahmen des Bundeshaushalts 1981 die Sparprämien, die fast ausschließlich Lohnabhängigen zugute kamen, gestrichen worden waren, wurde nun auch eine Reduzierung der Arbeitnehmersparzulage aufgrund des 624-DM-Gesetzes von 30 auf 20% (bzw. von 40 auf 30) beschlossen. 800 Mio. DM macht dies.

Prüfen will die Bundesregierung, ob die steuerliche Absetzung von Bewirtungskosten künftig ausgeschlossen werden soll. Nach ihren Schätzungen sparen die Kapitalisten 350 Mio. DM an Steuern jährlich dadurch, daß sie sich gegenseitig bewirten.

Zwar gesteht die Bundesregierung gegenüber den Landwirten endlich die Anhebung ihrer Vorsteuerpauschale um 0,5 Prozentpunkte zu, was lediglich die seit der Einführung dieser Pauschale eingetretenen tatsächlichen Veränderungen berücksichtigt. Sie will sie aber durch eine stufenweise Kürzung der Zuschüsse zur Altershilfe und zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung zur Kasse bitten. Eingerichtet waren diese Zuschüsse einst, weil die Jugendlichen aus der Landwirtschaft be-
kanntlich abwandern und daher Beiträge zur Finanzierung der Renten und auch der Unfallversicherung fehlen. Die jetzt provozierten Beitragserhöhungen werden natürlich vor allem die kleinen Bauern treffen, die durch das Beitragssystem ihrer Sozialversicherung ohnehin schon überdurchschnittlich belastet sind.

Wohl könnte an den Landwirtschaftsausgaben gekürzt werden, wenn nämlich, wie forschrittliche Bauern es schon lange fordern, endlich die einseitige Subvention der größten Betriebe beendet würde.

Im Öffentlichen Dienst schließlich sollen 2,4 Mrd. DM eingespart werden. Kein hoher Beamter verliert seine Pfründe, dem Generalbundesanwalt bleiben die 1500 DM Zulage wegen ,,der erhöhten Belastung des Amtes", Stingl darf für seine ,,herausgehobene Stellung" 346,68 DM extra kassieren, den Beamten der Bundesbank bleiben 30% des Grundgehalts extra. Beschnitten wird quer durch. Verschiebung der Besoldungserhöhung um 3 Monate (worüber auch mit den Gewerkschaften für die Angestellten und Arbeiter verhandelt werden soll), Verlängerung der Dienstalterstufen für 75% der Beamten auf drei Jahre, Wegfall des Verheiratetenanteils im Ortszuschlag, Einsparung von 3000 Stellen beim Bund und ebensovielen bei seinen ,,Zuwendungsempfängern" (Institute usw.) sind vorgesehen.

Übrigens ist der Bundestag bislang

Pfründe, dem Generalbundesanwalt bleiben die 1500 DM Zulage wegen ,,der erhöhten Belastung des Amtes", Stingl darf für seine ,,herausgehobene Stellung" 346,68 DM extra kassieren, den Beamten der Bundesbank bleiben 30% des Grundgehalts extra. Beschnitten wird quer durch. Verschiebung der Besoldungserhöhung um 3 Monate (worüber auch mit den Gewerkschaften für die Angestellten und Arbeiter verhandelt werden soll), Verlängerung der Dienstalterstufen für 75% der Beamten auf drei Jahre, Wegfall des Verheiratetenanteils im Ortszuschlag, Einsparung von 3000 Stellen beim Bund und ebensovielen bei seinen ,,Zuwendungsempfängern" (Institute usw.) sind vorgesehen.

Übrigens ist der Bundestag bislang
vor dem Schritt zurückgeschreckt, den Hessens Landtagsabgeordnete schon hinter sich haben. In der letzten Sitzung vor der Sommerpause wurde dort ohne (öffentliche) Aussprache die Grunddiät von 4900 DM auf 5350 DM erhöht sowie eine 13. Grunddiät eingeführt, was zusammen eine Erhöhung um 18% ausmacht. Doch wer wollte darüber schon groß reden, solange die Unantastbarkeit von Vorstandsvergütungen gesichert ist und Westdeutschlands Alt- und Neureiche in den ersten fünf Monaten dieses Jahres immerhin 40 Mrd. DM zur Neuanlage am Wertpapiermarkt flüssig hatten, ungefähr soviel, wie sie im ganzen Jahre 1980 ebenfalls verzinslich angelegt hatten.

Weshalb soll dieser Reichtum nicht wenigstens anständig besteuert werden. Für Leute ohne Besitz würde sich dadurch noch nicht allzuviel ändern, aber es wäre ein Zeichen gesetzt. Allein was an Steuern aufgrund von gesetzlichen Ausnahmen und Schlupfwinkeln, die nur dem Reichtum offenstehen, vorenthalten oder einfach hinterzogen wird, umfaßt Dutzende Milliarden.

Weitere Milliarden kommen hinzu dadurch, daß die Kapitalisten die festgesetzten Steuern einfach nicht abliefern. Fast alle Steuern werden ja zunächst von ihnen vereinnahmt: Die Lohnsteuer, die Mehrwertsteuer, alle Verbrauchssteuern. Sie nehmen sie kurzerhand als dauernden Kredit und verzögern die Ablieferung ans Finanz-

Weshalb soll dieser Reichtum nicht wenigstens anständig besteuert werden. Für Leute ohne Besitz würde sich dadurch noch nicht allzuviel ändern, aber es wäre ein Zeichen gesetzt. Allein was an Steuern aufgrund von gesetzlichen Ausnahmen und Schlupfwinkeln, die nur dem Reichtum offenstehen, vorenthalten oder einfach hinterzogen wird, umfaßt Dutzende Milliarden.

Weitere Milliarden kommen hinzu dadurch, daß die Kapitalisten die festgesetzten Steuern einfach nicht abliefern. Fast alle Steuern werden ja zunächst von ihnen vereinnahmt: Die Lohnsteuer, die Mehrwertsteuer, alle Verbrauchssteuern. Sie nehmen sie kurzerhand als dauernden Kredit und verzögern die Ablieferung ans Finanz-
amt. Die Steuerrückstände beliefen sich Ende 1980 auf über 13 Mrd. DM. 5,2 Mrd. DM stehen allein bei der veranlagten Einkommensteuer aus, 4,4 Mrd. DM bei der Umsatzsteuer. Es ist ganz richtig, hiergegen schärfere Maßnahmen zu fordern.

Doch was macht die Bundesregierung? Sie erhöht die Tabaksteuer um 32%, um so 1,5 Mrd. einzutreiben. Ein Betrag, der der Zunahme der Steuerrückstände im vergangenen Jahr entspricht. Und für die Kapitalisten erhöht sie die steuerlichen Abschreibungssätze, wodurch diese für jede Investition mit einer Prämie an Steuerersparnis bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer belohnt werden.

Die Drahtzieher:

Vorschläge für ein Sparkonzept

Von Walter Kannengießer, in der ,,Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 25.7.81, in Kernsätzen

Die Operation kann nur gelingen, wenn sie dazu beiträgt, die Wachstumskräfte zu ermutigen. Die Konsolidierungsaktion darf also die Investitionsneigung und -fähigkeit der Unternehmen sowie den Leistungswillen der Bürger nicht schwächen. Es muß sich lohnen, zu investieren und etwas zu leisten.

Das Grundübel besteht nicht darin, daß der Staat über zu geringe Einnahmen verfügt ... vielmehr müssen die staatlichen Leistungen, insbesondere die sozialen Transferleistungen, dem finanziell Möglichen angepaßt und damit gekürzt werden.

Naheliegend ist es, damit zunächst bei der Nürnberger Anstalt anzusetzen. Auch die Höhe des Arbeitslosengeldes kann aus den Überlegungen nicht ausgeklammert werden.

In der Konsolidierungsphase wird man daher auch die Bundeszuschüsse an die Rentenversicherung nicht ganz aus den Sparüberlegungen ausklammern können ... Dies würde allerdings die vorgesehene Rückkehr zur bruttolohnbezogenen Rentenanpassung zum Jahreswechsel unmöglich machen. Außerdem wird man auf längere Sicht nicht darauf verzichten können, über die flexible Altersgrenze nachzudenken.

Im Rahmen eines umfassenden Sparpakets, mit dem allen Gruppen Opfer zugemutet würden, könnten auch kleinere Korrekturen am Kindergeld vorgenommen werden, aber auch nur dann. Allerdings taugt das Kindergeld nicht, Einkommensnivellierung zu betreiben. Wenn die Politiker trotzdem versuchen sollten, das Kindergeld auf die eine oder andere Weise für die Bezieher höherer Einkommen zu beseitigen oder zu kappen, werden sie in den Fußangeln der Verfassung hängenbleiben.

Mit dem ersten Subventionsabbaugesetz sind einseitig die Sparprämien gestrichen worden. Der Gesetzgeber hat dagegen die Arbeitnehmersparzulage nach dem 624 DM-Gesetz unangetastet gelassen. Das ist widersprüchlich und sollte durch die Kürzung der Sparzulage korrigiert werden.

In der Krankenversicherung wird seit Jahren mit abnehmendem Erfolg eine dirigistische Kostendämpfung betrieben. Diese soll daher verschärft werden. Doch den ordnungspolitisch richtigen Weg einer sozial gestaffelten, aber fühlbaren Selbstbeteiligung der Versicherten an den von ihnen verursachten Ausgaben will die Bundesregierung nicht gehen. Mit der Eigenbeteiligung könnten die Verhaltensweisen von Versicherten und Ärzten verändert werden.

In die Konsolidierungsmaßnahmen sollte auch die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall einbezogen werden, auch wenn sie nicht den Haushalt belastet. Sie berührt aber im hohen Maße die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Ist es wirklich noch zeitgerecht, im Krankheitsfall sechs Wochen lang Arbeitern und Angestellten uneingeschränkt Löhne und Gehälter fortzuzahlen?

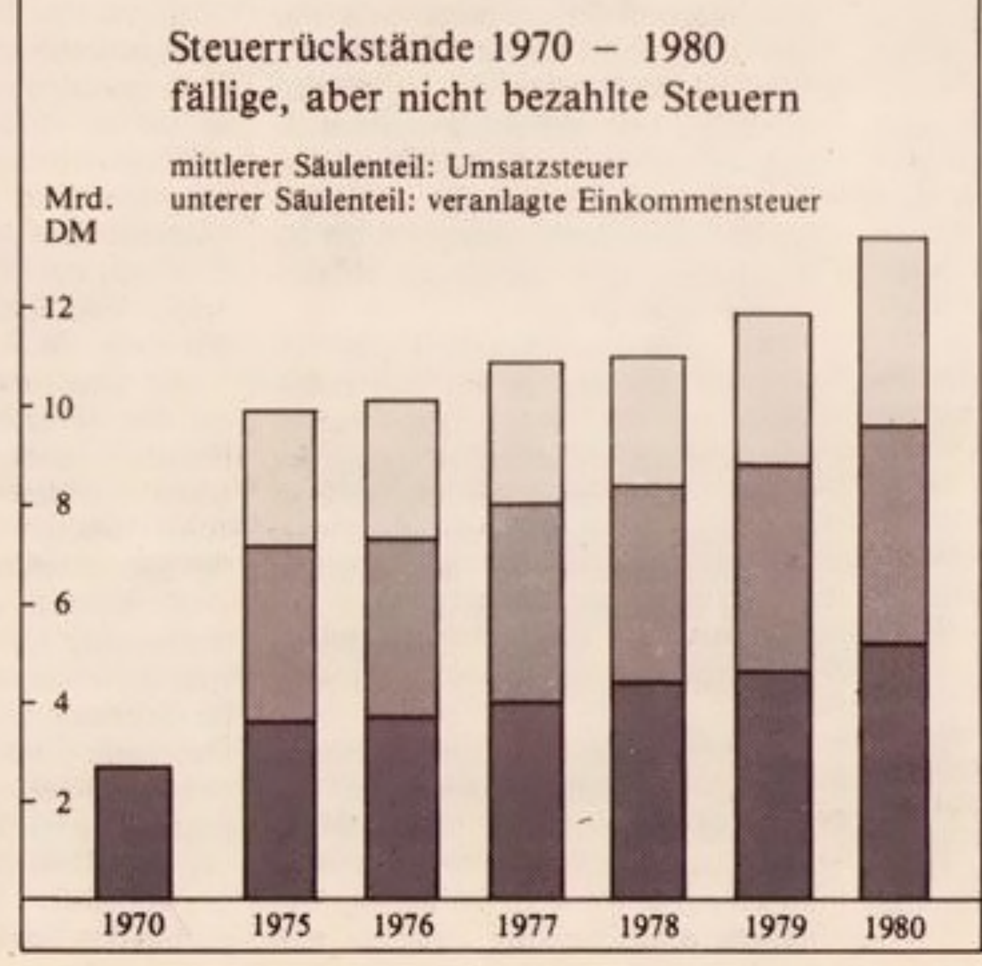
Unabdingbar bleibt aber die Forderung, daß der öffentliche Dienst in das bevorstehende Streichkonzert voll einbezogen wird.

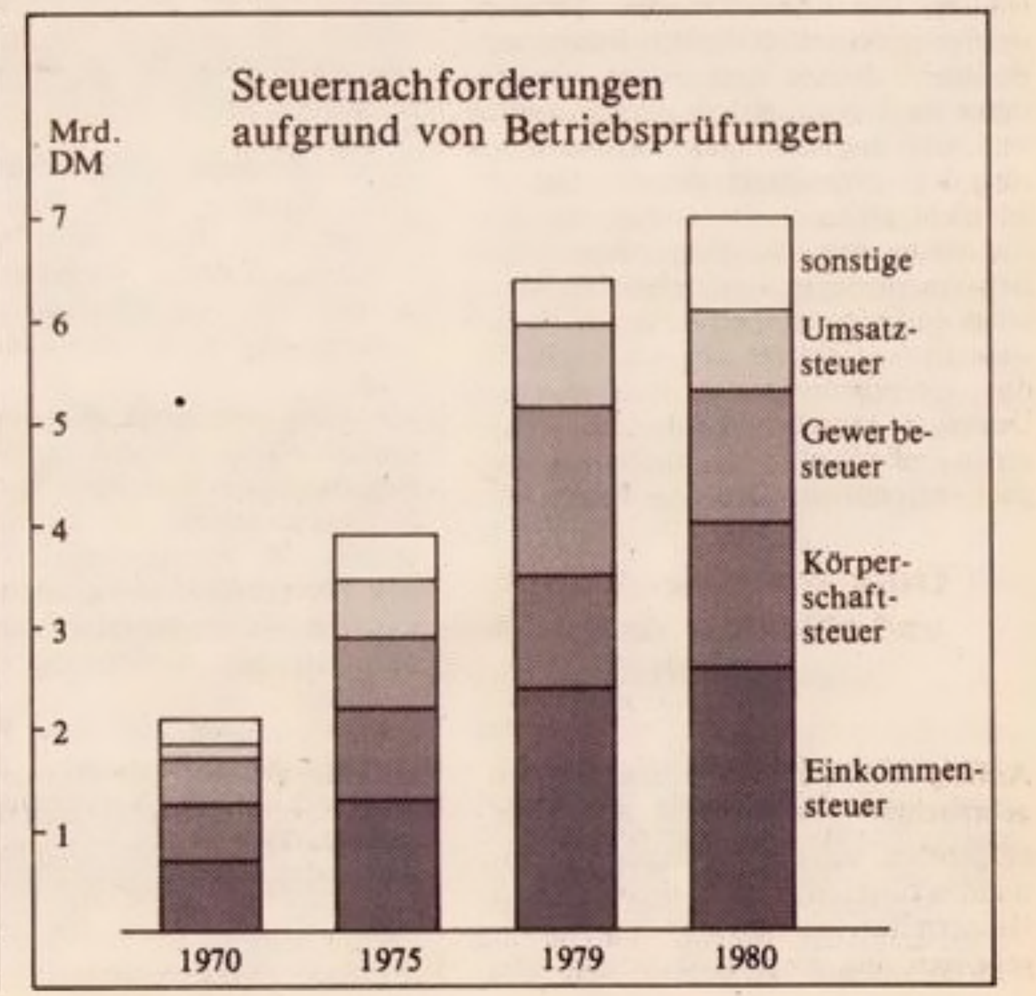
Selbstbeteiligung der Versicherten an den von ihnen verursachten Ausgaben will die Bundesregierung nicht gehen. Mit der Eigenbeteiligung könnten die Verhaltensweisen von Versicherten und Ärzten verändert werden.

In die Konsolidierungsmaßnahmen sollte auch die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall einbezogen werden, auch wenn sie nicht den Haushalt belastet. Sie berührt aber im hohen Maße die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Ist es wirklich noch zeitgerecht, im Krankheitsfall sechs Wochen lang Arbeitern und Angestellten uneingeschränkt Löhne und Gehälter fortzuzahlen?

Unabdingbar bleibt aber die Forderung, daß der öffentliche Dienst in das bevorstehende Streichkonzert voll einbezogen wird.









Die kolumbianischen Seeleute an Bord der in Hamburg liegenden „Ciudad de Medellin" haben, trotz massiver Einschüchterungsversuche durch die kolumbianische Regierung, beschlossen, ihren Streik für höhere Heuern und bessere soziale Bedingungen fortzusetzen.

England: Streik im Öffentlichen Dienst beendet

mfl. Nach fünf Monaten ist jetzt der Streik der britischen Angestellten und Beamten des Öffentlichen Dienstes beendet worden. Die Gehaltserhöhung von 7,5% , die vereinbart wurde, liegt bei der Hälfte der geforderten Erhöhung. Es ist der längste der britischen Streiks seit 20 Jahren gewesen. Am Montag haben von den Dauerstreikenden nur die Hälfte die Arbeit pünktlich aufgenommen.

Spanien: Ausführungsbestimmungen zum Arbeitsgesetz

kvz. In Spanien wurden jetzt eine Reihe von Ausführungsbestimmungen zu dem am 15.3.80 in Kraft getretenen Arbeitsgesetz verabschiedet. Die Möglichkeit, Arbeitskräfte für einen bestimmten Zeitraum (mindestens drei Monate – höchstens drei Jahre) einzustellen, wurde erweitert. Die Anzahl der Beschäftigten, die ein Betrieb befristet einstellen darf, ist gesetzlich begrenzt und richtet sich nach der Größe der Gesamtbelegschaft. Der Arbeitgeberanteil der Sozialversicherung wird gesenkt, wenn Arbeitslose eingestellt werden, die wegen Ablaufs der Leistungspflicht der Sozialverischerung keinen Anspuch mehr auf Arbeitslosenunterstützung haben, oder die eine Familie unterhalten müssen, mindestens sechs Monate arbeitslos sind und keine Unterstützung erhalten. Der Betrag richtet sich nach der Länge des Arbeitsvertrages, mindestens müssen es 6 Monate sein. Für die Schaffung eines Arbeitsplatzes für einen Behinderten stellt der Staat bis zu 300000 Ptas zur Verfügung, und der Arbeitgeberanteil an der Sozialversicherung wird herabgesetzt. Arbeitslosenunterstützung wird, je nach der Beitragszeit während der letzten vier Jahre, drei bis 18 Monate gezahlt.

Umsatz von 6,2 Mrd. $. Zwei Drittel der ca. 6000 Beschäftigten in der BRD sind Schüler, Studenten, Hausfrauen und Asylanten, die besonders auf einen Job angewiesen sind. Tarifverträge sind für McDonalds nicht existent. Bezahlung und Arbeitszeit werden völlig willkürlich gehandhabt, gesetzliche Rechte mißachtet. Auf Versuche von Beschäftigten, sich gwerkschaftlich zu betätigen oder einen Betriebsrat aufzubauen, wird explosiv reagiert, der Rausschmiß ist sicher. Die Gewerkschaft NGG versucht schon seit einiger Zeit, durch Veröffentlichung der Verhältnisse in den McDonalds-Läden und durch die Unterstützung von Beschäftigten in Arbeitsgerichtsprozessen gegen die üblichen Methoden bei McDonalds vorzugehen.

Amnestie für betriebliche Disziplinarmaßnahmen

kvz. Die französische Nationalversammlung hat eine Aufhebung betrieblicher Disziplinarmaßnahmen für Arbeiter und Gewerkschafter beschlossen, die im Zuge von Arbeitskonflikten seit dem 27. Mai 1974 gegen sie verhängt worden sind. Das betrifft z.B. im Betrieb zurückgesetzte oder wegen Verstößen gegen das Arbeitsrecht entlassene Arbeiter. Sie können jetzt ihre Wiedereinstellung verlangen. Sanktionen für vergleichbare Verstöße der Kapitalisten gegen das Arbeitsrecht sollen nicht aufgehoben werden. Die Gewerkschaft CGT nennt die Amnestie einen „Sieg über die Willkür der Arbeitgeber" und einen „Akt der Gerechtigkeit".

Kurzmeldungen:

Der Deutsche Journalistenverband (DJV) hat einen neuen „Tarifvertrag für arbeitnehmerähnliche freie Journalisten an Tageszeitugen" abgeschlossen. Der Vertrag sieht vom 1. August ab eine Honorarverbesserung von 11%

Der DGB-Beschluß zum 10. Oktober ist heftig umstritten

acm. „In seiner großen Sorge um die Gefahren, die den Frieden und die Verständigung der Völker bedrohen, hat der DGB-Bundesjugendausschuß im März dieses Jahres Position zu den Fragen Frieden und Abrüstung bezogen. Auf dieser Grundlage unterstützt die Gewerkschaftsjugend den Auftuf der Aktion Sühnezeichen und der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden zu einer Demonstration und Kundgebung am 10. Oktober 1981 in Bonn. Der DGB-Bundesjugendausschuß fordert alle Gewerkschafter, insbesondere die Gewerkschaftsjugend auf, sich an der Kundgebung zu beteiligen ... Die Gewerkschaftsjugend des DGB fordert den Verzicht der NATO auf Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa und gleichzeitig den Verzicht des Warschauer Paktes auf Produktion und Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa. Die DGB-Jugend hält dies für die Voraussetzung zum schrittweisen Abbau der Rüstung in der Welt."

Dieser Beschluß sollte die Grundlage für die DGB-Jugend bilden, an den Aktionen am 10. Oktober teilzunehmen – und der DGB-Vorstand hatte dies untersagt. Dieses Bestreben ist mittlerweile stark unter Beschuß gekommen. Hatten gegen diesen Beschluß im Vorstand selber schon die Vertreter von IG Druck, IG Chemie und IG Bergbau votiert, so hatte der Hauptvorstand der IG Druck sofort ein Rundschreiben an die Ortsvereine abgesetzt, in dem der Beschluß mitgeteilt wurde unter ausdrücklichem Hinweis auf die eigene gegensätzliche Haltung. Unverkennbar war dieses Schreiben ein Aufruf zum Protest, und so entwickelt sich auch die Lage. Der Ortsverein Düsseldorf hat eine längere Erklärung an den DGB geschickt, in der die Zurücknahme des Beschlusses gefordert und vor einer Isolationsentwicklung der Gewerkschaften in der Friedensbewegung gewarnt wird. Ähnliche Beschlüsse wurden auch gefaßt vom Ortsverein Hamburg, von einer Nürnberger Vertrauensleutekonferenz der IGM und vom DGB-Kreisvorstand in Köln. Über 120 Beschlüsse und Erklärungen sollen allein in den ersten Tagen nach dem Beschluß des Bundesvorstandes eingegangen sein.

Auch von der Seite der Reglementierung der Unterschriftenzeichnung für Gewerkschaftsmitglieder kommt der DGB-Vorstand unter Druck. Der DGB-Betriebsrat hat in seinem Info mitgeteilt, der Beschluß sei ohne Einschaltung des Betriebsrates gefaßt worden und verstoße somit gegen das Mitbestimmungsrecht. Der Betriebsrat vertrat inhaltlich: daß Unterschriftsleistungen als Teil gesellschaftspolitischer Betätigung „die gesamte Persönlichkeit umfaßt und ein generelles Verbot ein sehr weitgehender Eingriff in die Persönlichkeitsrechte des einzelnen wäre". Der Gesamtbetriebsrat hält „die politische Diskussion mit den Beschäftigten über Sinn und Inhalt einzelner Aktionen für ein wichtiges und notwendiges Mittel, nicht dagegen aber Verbote bzw. Verbotsbeschlüsse".

Zurück zum Verbot der Teilnahme am 10. Oktober. Die Gewerkschaftsjugend selber hat den Beschluß des Bundesvorstandes kritisiert. In der „Solidarität", Monatszeitschrift für gewerkschaftliche Jugendarbeit, hat in der jüngsten Ausgabe der DGB-Bundesjugendsekretär Hans Brauser gegen den Vorstandsbeschluß Stellung bezogen. In dem Beitrag: „Die Gewerkschaftsjugend ist Teil des DGB, aber auch ein politischer Jugendverband", tritt er zuerst Auffassungen entgegen, die der DGB-Jugend vorwerfen, sie sei für einseitige Abrüstungsmaßnahmen der NATO. Sodann betont er die politische Jugendverbandsrolle der DGB-Jugend. Die Klage der Evangelischen Kirche gegen das gewerkschaftliche Zutrittsrecht sei nur Vorwand für die Ablehnung des DGB-Bundesjugendvorstandes. Eine Farce sei es auch, wenn der Vorstand „eigenständige Positionsbeziehung" fordere, andererseits aber das Eingreifen in bestehende Auseinandersetzungen verbiete.

„Die ablehnende Entscheidung des Bundesvorstandes wirft uns zurück in der Auseinandersetzung mit anderen Positionen innerhalb der Friedensbewegung und schwächt alle die, die unsere Vorstellungen mittragen ... Es wäre eine Chance gewesen, dort mit unseren Positionen aufzutreten und die Kräfte in der Friedensbewegung zu unterstützen, die sich wie wir gegen eine einseitige Verurteilung der westlichen Rüstungsanstrengungen wenden", schreibt Brauser und verbindet dies mit dem Hinweis, daß die Gefahr besteht, daß die Gewerkschaftsjugend in Zukunft Gefahr laufe, ihren Einfluß auf die Gestaltung von Positionen zu verlieren. Letztlich ruft er auf, über die Aktivitäten am Antikriegstag hinaus, sich mit der Unterschriftensammlung auf die Vorbereitung der zentralen Veranstaltung des DGB (Ende Nov./Anfang Dez.), wo die Sammlung abgeschlossen werden soll, zu konzentrieren. Dies ist ein durchaus richtiger Schritt in einer Situation, wo die Zurücknahme des DGB-Vorstandsbeschlusses noch nicht gesichert und eine Lähmung in der Gewerkschaftsjugend zu vermeiden ist.



den nur die Hälfte die Arbeit pünktlich aufgenommen.

Spanien: Ausführungsbestimmungen zum Arbeitsgesetz

kvz. In Spanien wurden jetzt eine Reihe von Ausführungsbestimmungen zu dem am 15.3.80 in Kraft getretenen Arbeitsgesetz verabschiedet. Die Möglichkeit, Arbeitskräfte für einen bestimmten Zeitraum (mindestens drei Monate – höchstens drei Jahre) einzustellen, wurde erweitert. Die Anzahl der Beschäftigten, die ein Betrieb befristet einstellen darf, ist gesetzlich begrenzt und richtet sich nach der Größe der Gesamtbelegschaft. Der Arbeitgeberanteil der Sozialversicherung wird gesenkt, wenn Arbeitslose eingestellt werden, die wegen Ablaufs der Leistungspflicht der Sozialverischerung keinen Anspuch mehr auf Arbeitslosenunterstützung haben, oder die eine Familie unterhalten müssen, mindestens sechs Monate arbeitslos sind und keine Unterstützung erhalten. Der Betrag richtet sich nach der Länge des Arbeitsvertrages, mindestens müssen es 6 Monate sein. Für die Schaffung eines Arbeitsplatzes für einen Behinderten stellt der Staat bis zu 300000 Ptas zur Verfügung, und der Arbeitgeberanteil an der Sozialversicherung wird herabgesetzt. Arbeitslosenunterstützung wird, je nach der Beitragszeit während der letzten vier Jahre, drei bis 18 Monate gezahlt.

Rausschmiß ist sicher. Die Gewerkschaft NGG versucht schon seit einiger Zeit, durch Veröffentlichung der Verhältnisse in den McDonalds-Läden und durch die Unterstützung von Beschäftigten in Arbeitsgerichtsprozessen gegen die üblichen Methoden bei McDonalds vorzugehen.

Amnestie für betriebliche Disziplinarmaßnahmen

kvz. Die französische Nationalversammlung hat eine Aufhebung betrieblicher Disziplinarmaßnahmen für Arbeiter und Gewerkschafter beschlossen, die im Zuge von Arbeitskonflikten seit dem 27. Mai 1974 gegen sie verhängt worden sind. Das betrifft z.B. im Betrieb zurückgesetzte oder wegen Verstößen gegen das Arbeitsrecht entlassene Arbeiter. Sie können jetzt ihre Wiedereinstellung verlangen. Sanktionen für vergleichbare Verstöße der Kapitalisten gegen das Arbeitsrecht sollen nicht aufgehoben werden. Die Gewerkschaft CGT nennt die Amnestie einen „Sieg über die Willkür der Arbeitgeber" und einen „Akt der Gerechtigkeit".

Kurzmeldungen:

Der Deutsche Journalistenverband (DJV) hat einen neuen „Tarifvertrag für arbeitnehmerähnliche freie Journalisten an Tageszeitugen" abgeschlossen. Der Vertrag sieht vom 1. August ab eine Honorarverbesserung von 11% für Text- und Bildbeiträge vor.

VW hat Schwierigkeiten in Südamerika. Die Firmenleitung von VW do Brasil bietet Arbeitern, die freiwillig kündigen, eine Entschädigung von 3 Monatsgehältern, Fortsetzung der Sozialleistungen im Schul- und Gesundheitsbereich für ein Jahr und die Möglichkeit von Lebensmitteleinkäufen im betriebseigenen Laden bis August 1982 an. In Venezuela steht „Volkswagen Interamerica" vor dem Konkurs. Die Schulden des Montagewerkes sollen dreimal so hoch wie das Gesellschaftskapital sein. Die 300 von der Entlassung bedrohten Arbeiter blockieren die Wagen als Faustpfand für die Sozialbezüge.

Zehn chilenische Gewerkschafter angeklagt. Nachdem sie der Regierung im Namen von 700000 Arbeitern einen Forderungskatalog vorgelegt hatten, wurden die Gewerkschafter wegen „Anmaßung einer Funktion" angeklagt.

IG Druck will Streikgelder ersetzt haben. Die IG Druck und Papier hat eine Reihe von Druckbetrieben vor Arbeitsgerichten verklagt. Ihr Ziel ist es, die während der Aussperrung 1978 von ihr den Gewerkschaftsmitgliedern gezahlten Arbeitskampfunterstützungen von den Betrieben zurückerstattet zu bekommen.

DAG verhandelt über neues Rationalisierungsschutzabkommen. Für die mehr als 200000 Versicherungsangestellten versucht die DAG in den zur Zeit laufenden Verhandlungen eine Erweiterung der Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei Rationalisierungsmaßnahmen durchzusetzen.

Streik der amerikanischen Fluglotsen

mfl. Die amerikanischen Fluglotsen sind in einen unbefristeten Streik getreten. Sie verlangen Gehaltserhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen und bessere und früher zahlbare Altersleistungen. Mehr als 95% der knapp 15000 Mitglieder des Fluglotsenverbandes waren gegen die Annahme des Regierungsangebotes. „Sie verstoßen gegen das Gesetz. Wenn Sie nicht innerhalb von 48 Stunden an Ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt sind, haben Sie Ihre Tätigkeit aufgekündigt und werden fristlos entlassen", drohte Reagan den streikenden Fluglotsen. Jedem einzeln werden Gefängnissstrafen und Geldbußen von 1000 $ in Aussicht gestellt. Die Gewerkschaft soll für jeden weiteren Streiktag eine Mio. Dollar zahlen. Das Bundesverteidigungsministerium setzte 700 Lotsen der Luftwaffe als Streikbrecher ein. Bis die sich mit den Bedingungen der zivilen Luftverkehrskontrolle auskennen, benötigen sie mindestens 24 Stunden. Es heißt, die wirtschaftlichen Einbußen des Streiks würden ca. 30 bis 40 Mio. $ täglich ausmachen.

McDonalds klagt gegen die NGG

mfl. Per einstweiliger Verfügung soll der Gewerkschaft NGG das Maul gestopft und Äußerungen wie: im rotgelben Plastik-Land herrschten die Gesetze des Dschungels, verboten werden. McDonalds mit seinen 6300 Fast-Food-Imbissen (davon 130 in der BRD) machte im letzten Jahr einen

Vertreter von IG Druck, IG Chemie und IG Bergbau votiert, so hatte der Hauptvorstand der IG Druck sofort ein Rundschreiben an die Ortsvereine abgesetzt, in dem der Beschluß mitgeteilt wurde unter ausdrücklichem Hinweis auf die eigene gegensätzliche Haltung. Unverkennbar war dieses Schreiben ein Aufruf zum Protest, und so entwickelt sich auch die Lage. Der Ortsverein Düsseldorf hat eine längere

Zurück zum Verbot der Teilnahme am 10. Oktober. Die Gewerkschaftsjugend selber hat den Beschluß des Bundesvorstandes kritisiert. In der „Solidarität", Monatszeitschrift für gewerkschaftliche Jugendarbeit, hat in der jüngsten Ausgabe der DGB-Bundesjugendsekretär Hans Brauser gegen den Vorstandsbeschluß Stellung bezogen. In dem Beitrag: „Die Gewerkschaftsjugend ist Teil des DGB, aber

sich mit der Unterschriftensammlung auf die Vorbereitung der zentralen Veranstaltung des DGB (Ende Nov./Anfang Dez.), wo die Sammlung abgeschlossen werden soll, zu konzentrieren. Dies ist ein durchaus richtiger Schritt in einer Situation, wo die Zurücknahme des DGB-Vorstandsbeschlusses noch nicht gesichert und eine Lähmung in der Gewerkschaftsjugend zu vermeiden ist.



Erfolg im Times-Prozeß

Arbeitsgericht Offenbach weist Klage des Kapitalisten zurück

ke. Ende April 1979 verhinderte die IG Druck und Papier durch Aufrufe zu Streik, internationaler Solidarität und Kundgebung vor der TER-Druckerei in Zeppelinheim bei Frankfurt, daß dort eine Wochenausgabe der in London schon seit Herbst 1978 bestreikten „The Times" gedruckt wurde. Die Druckkapitalisten spuckten nicht nur Gift und Galle (ihr Rechtsvertreter: „Ein solcher Vorgang ist ... seit den Zeiten des Dritten Reiches in der BRD nicht zu verzeichnen gewesen"); sie erstatteten auch Strafanzeige und erhoben Schadenersatzklagen gegen die IG Druck und Papier und die drei Mitglieder der Streikleitung.

Die Staatsanwaltschaft Darmstadt griff die Strafanzeige auf und erhob schon am 18.1.1980 Anklage wegen Hausfriedensbruchs und Nötigung zur großen Strafkammer des Landgerichts Darmstadt. – Solche Verfahren werden normalerweise vor den Amtsgerichten verhandelt. Weil die Staatsanwaltschaft der Anklage so erhebliche Bedeutung beimaß, erhob sie sie beim Landgericht.

Im Mai gab das Landgericht Frankfurt den Schadensersatzklagen der Druckkapitalisten statt. Die Gewerkschaft und ihre Streikleitung hätten in unzulässiger Weise Druck auf die Unternehmerentscheidung ausgeübt und so den Verzicht auf den Druck der Times ernötigt. Das Urteil schien die Anklage vor dem Strafgericht zu bestätigen. Das Landgericht Darmstadt ließ jedenfalls einen Monat später die Anklage zu und eröffnete das Strafverfahren. Die Hauptverhandlung sollte bald stattfinden.

Im Oktober 1980 hob allerdings das Oberlandesgericht Frankfurt das Schadenersatzurteil auf und verwies die Sache an das für derlei Streitigkeiten zuständige Arbeitsgericht Offenbach, das mit seinem jetzt veröffentlichten Urteil (Aktenzeichen 4 Ca 542/80) vom 27.3.1981 die Klagen rückverwies. Mit beiden wesentlichen Argumenten drangen die Kapitalisten nicht durch:

Die Druckkapitalisten hatten sich auf die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs in der Sache Horst Mahler gegen Springer gestützt. Dort war Horst Mahler wegen Schäden am Springer-Hochhaus in Westberlin verurteilt worden, weil er die Demonstrationsleitung hatte. Wer eine Demonstration verantwortlich leite, habe auch für Schäden einzustehen, die von ihr verursacht würden. Das Arbeitsgericht Offenbach ließ das Argument nicht gelten. Die IG Druck und Papier habe vor dem Betriebsgelände Kundgebungen organisiert. Ein *unmittelbarer* Eingriff in den Betrieb der TER-Druckerei sei das nicht gewesen. Für die Einflußnahme, die die Kundgebungen auf die Entscheidung der TER-Kapitalisten über Druck oder Nichtdruck der Times bewirkt hätten, sei die IG Druck und Papier nicht verantwortlich zu machen.

Als zweites Argument brachte die TER-Druckerei vor, daß der Streikaufruf rechtswidrig gewesen sei, weil nicht tariffähige Ziele erstrebt worden seien. Das Arbeitsgericht Offenbach widerlegte auch dieses Argument: Ein Arbeiter könne zulässigerweise Arbeiten verweigern, die andere, in Streik stehende Arbeiter sonst machen müßten (Streikarbeit). Das gelte auch dann, wenn der Streik im Ausland stattfinde und die Streikarbeit Arbeitern in der BRD abverlangt werde. „Die Solidarität der Arbeitnehmer kann in Anbetracht der zunehmenden internationalen Verflechtung der Wirtschaft nicht auf den nationalen Bereich beschränkt werden."

Das Urteil des Arbeitsgerichts Offenbach ist noch nicht rechtskräftig. Auch steht die Hauptverhandlung im Strafverfahren noch aus. Eine Stütze für diesen wichtigen gewerkschaftlichen Kampf ist das Urteil des Arbeitsgerichts Offenbach aber auf jeden Fall.

• Das Urteil ist veröffentlicht in „Rote Robe – Entscheidungsdienst", Heft 5/81.

Bildschirmarbeitsplätze:

Sind die Forderungen ausreichend?



Zerstörung von Körperfunktionen / Umfang der Bildschirmarbeit / Leistungsverdichtung / Forderungen

von Gerd Heinemann

„Verdrehte Wirbelsäule – Kopf geneigt – linke Hand verfolgt Zeile – die Finger der rechten Hand bewegen sich acht Stunden am Tag – hin und wieder Kopf zum Bildschirm wenden – lesen und vergleichen – lesen, tippen – lesen, tippen usw. Inhalte erfassen, deren Zusammenhänge nicht bekannt sind – nicht wissen, von wem die Arbeit kommt – welche Wirkung sie hat – zu wem die Arbeit geht" so schildert Inge Jahnke, Betriebsrätin bei der Deutschen Unilever die Arbeit der Datenerfasserinnen an Bildschirmgeräten. Das Ganze vielleicht 30000 mal am Tag, das macht kaputt. In einer Untersuchung über Bildschirmarbeitsplätze für das Bundesarbeitsministerium klagten etwa 40% über Rückenschmerzen. 27% der Beschäftigten, die weniger als 1 Jahr an diesen Geräten arbeiten, hatten bereits deshalb den Arzt aufgesucht; bei denen, die zwischen 1 und 2 Jahre daran arbeiteten, waren dies 43% und bei denen, die dies schon länger als 5 Jahre machen, waren wegen Rückenschmerzen mehr als die Hälfte in ärztlicher Behandlung. 45% der Datenerfasser und rund 33% der Sachbearbeiter an Bildschirmgeräten litten unter Kopfschmerzen. Noch höher ist der Anteil mit Nackenschmerzen: 70% der Datenerfasser und 45% der Sachbearbeiter. Rund 85% hatten überanstrengte Augen.

Eigentlich ist die Bezeichnung Bildschirmarbeit unzureichend. Denn tatsächlich handelt es bei den Bildschirmgeräten um Eingabe- oder Bedienplätze für den Computer. Der BDA hat die Büroarbeit als einen Schwerpunkt der Rationalisierungsbestrebungen angegeben. So geht es denn bei den Bildschirmarbeitsplätzen darum, daß Arbeitsgänge und die Arbeitsorganisation umgestellt, der Erfassung und Bearbeitung durch den Rechner zugänglich gemacht werden. In der Siemens-Studie „Büro 1990" wird davon ausgegangen, daß die Tätigkeiten von 40% der Büroarbeitsplätze formalisierbar, d.h. zerlegbar und vereinfachbar und damit einer Rechnerbearbeitung zugänglich sind und 25 – 30% direkt automatisierbar sind, d.h. durch Einsatz von Technik ersetzbar sind. In der Versicherungswirtschaft sollen 80% „formalisierbar" sein.

Die Produktivität der Arbeit in diesen Bereichen wird erheblich gesteigert und damit das Arbeitstempo der verbliebenen Arbeitskräfte. In welchem Maß, kann man aus den folgenden Zahlen ersehen. War vor Einführung der Bildschirm-Terminals eine Leistung von 6000 Zeichen/h eine Spitzenleistung für einen Datenerfasser, so ist die mittlere Leistung nach Einführung heute bei 12000 Zeichen/h, ja es werden 18000 Zeichen/h erreicht. Für Sachbearbeiter wird die Steigerung in ähnlicher Größenordnung liegen. Marion Tögel, Betriebsrätin und Referentin auf der IG Metall-Angestelltenkonferenz 1980 in der AG II Akkord im Büro, sagt, es sei möglich geworden, „durch Veränderung des Arbeitsablaufs und durch Untergliederung der Tätigkeiten auch im Bürobereich akkordähnliche Bedingungen herzustellen".

Der sogenannte „Bildschirm-Arbeitsplatz" ist die Schnittstelle zwischen der lebendigen, menschlichen Arbeit und der im Computer vergegenständlichten toten Arbeit. Die eigentliche Grundlage der Auseinandersetzungen um die „Bildschirmarbeit" ist die Leistungsverdichtung der eingeschlossenen menschlichen Arbeit. Hinzu kommen, ebenso unerträglich, aber vielleicht unmittelbar körperlich erfahrbarer, die Auswirkungen der Arbeitsbedingungen an solchen Bildschirmarbeitsplätzen.

Bis Ende des Jahrzehnts mehr als 1 Mio. Bildschirmarbeitsplätze

Trotz erheblicher Investitionskosten von mehr als 10000 DM pro Bildschirmgerät gehen die Kapitalisten von einer rapiden Zunahme aus. Schon bald sollen 10% aller Arbeitsplätze, mit einer Konzentration im Bürobereich, damit ausgestattet sein. Selbst nach zurückhaltenden Schätzungen ist die Zahl der 300000 Geräte heute bis Ende des Jahrzehnts auf 1 Mio. angewachsen. In anderen Schätzungen wird von einer jährlichen Zunahme zwischen 10 und 30% ausgegangen, was eine noch stärkere Zunahme bedeuten würde. Vermutlich wird durch die explosionsartige Zunahme der Kleincomputer, die mit entsprechenden Programmen für Bürotätigkeiten bereits für wenige Tausend DM vertrieben werden und so für Klein- und Mittelbetriebe ideal sind, jede Schätzung weit übertroffen.

Angesichts dieser Entwicklung ist die gewerkschaftliche Antwort darauf schwach. Einmal hat dies mit der fehlenden anerkannten Gegenstrategie zu den Rationalisierungen zu tun. Entscheidend ist aber wohl, daß das Problem erst zu spät erkannt worden ist. Wendepunkt war wohl der Tarifkampf in der Druckindustrie um die „Neue Technik".

Vorher waren jedoch schon Fakten geschaffen: Zwar war noch die Bürotätigkeit noch nicht durch den Einsatz der Bildschirmgeräte bestimmt, aber schon mehr als Hunderttausend waren in Gebrauch. In den letzten Jahren versuchten die Gewerkschaften mit Anwendung der Mitbestimmungsregelungen der §§ 87, 92, 111, 112 des Betriebsverfassungsgesetzes darauf zu reagieren. Muster für Betriebsvereinbarungen wurden ausgearbeitet und auch mit mehr oder weniger Erfolg vielfach inzwischen abgeschlossen. Neben dem Sonderfall des Tarifvertrags über die „Neue Technik" in der Druckindustrie ist jetzt bei der Bundespost eine tarifvertragliche Regelung zustande gekommen. Im restlichen öffentlichen Dienst wird im Spätsommer weiter verhandelt. Für die anderen Bereiche sind keine Tarifverträge in Sicht. Die wesentlichen Elemente der abgeschlossenen Betriebsvereinbarungen und auch teilweise der Tarifverträge sind:

– tägliche Höchstarbeitszeit von vier, teilweise sechs Stunden oder maximal die Hälfte der täglichen Arbeitszeit,
– Mischarbeitsplätze, d.h. neben der Tätigkeit an Bildschirmgeräten auch andere Arbeiten,
– Erholpausen von 10 oder 15 Minuten pro Stunde außerhalb der Arbeitszeitordnung bei ununterbrochener Tätigkeit am Bildschirm,
– Verbot der Leistungkontrolle durch Bildschirmgeräte
– keine Abgruppierung bei Aufnahme der Tätigkeit an Bildschirmgeräten,
– Bereitstellung eines Arbeitsplatzes für Arbeitnehmer, die nicht an Bildschirmgeräten eingesetzt werden können,
– paritätische Kommissionen, die Richtlinien einschließlich der Besetzung für die Arbeit an Bildschirmgeräten erstellen und überprüfen sollen,
– fachärztliche Untersuchungen vor Aufnahme der Tätigkeit an Bildschirmgeräten sowie regelmäßig während dieser Tätigkeiten.

Alle diese Forderungen sind zwischen den Kapitalisten und den Betriebsräten und Gewerkschaften umstritten. Die Kapitalisten bestreiten jede besondere Belastung und Gefährdung durch die Arbeit an den Bildschirmgeräten. Insbesondere spitzt sich der Streit jedoch um die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte und die Regelung der zusätzlichen Pausen, die unter den sogenannten Tabu-Katalog des BDA fallen, zu. Erstere sind heute im wesentlichen mit rechtskräftigen Arbeitsgerichtsurteilen durchgesetzt. Norm ist heute wohl eine Pausenzeit von 10 Minuten pro Stunde. Dagegen ist der Tarifvertrag bei der Post ohne die Festlegung einer täglichen Höchstarbeitszeit und ohne Zwang zu Mischarbeitsplätzen ein erheblicher Rückschlag.

Genügen die aufgestellten Forderungen zur Abwehr der Folgen von Bildschirm-Arbeitsplätzen?

Reichen die oben aufgeführten Punkte aus, ergänzt um die Forderung nach ergonomisch gestalteten Arbeitsplätzen? Ergonomisch günstig gestaltete Arbeitsplätze liegen ja auch im Interesse der Kapitalisten, die sich dadurch noch höhere Leistungen versprechen. Dabei muß die Ursache der Belastungen und Schädigungen beseitigt werden. Lösungen wirken wie Hohn, wenn bei der Deutschen Beamtenversicherung die zerstörende Wirkung der Darstellung auf dem Bildschirm auf die Augen dadurch „kompensiert" werden soll, daß die Beschäftigten in einen „roten" Raum gepfercht werden, in dem alles in purpurnen Tönen und in rotstichigem Licht gehalten wird. Gegen die Zerstörung der Körperfunktionen durch die Bildschirmarbeit müssen die Gewerkschaften Forderungen zur Ausstattung stellen, die über die augenblicklichen Normen hinausreichen. Wichtig erscheint hier die sogenannte Schwarz-auf-Weiß-Darstellung der Zeichen auf dem Bildschirm, weil hierdurch der Zerstörung des gesunden Auges nachhaltig begegnet werden kann. Den Forderungen gegen die Bildschirmarbeit versuchen die Kapitalisten ihrerseits durch psychologische Kniffe zu kontern, damit die Bildschirmgeräte „angenommen werden".

Richtig ist, daß die oben aufgeführten Forderungen weitergetrieben werden. Aber angesichts der Verdoppelung des Arbeitstempos kann man den daraus entstehenden Folgen nicht allein durch Ausdehnung der Pausen beikommen, sondern es müssen hier direkt Grenzen gezogen werden. Marion Tögel forderte auf dem IG Metall-Angestelltentag neben der „Verkürzung der Arbeitszeit, Mischarbeitsplätze, eine Begrenzung der Datenmengen". Genau dies jedoch wird in den vorliegenden Betriebsvereinbarungen wie auch in den gewerkschaftlichen Mustern nicht erfaßt. Ebenfalls fehlt dies in den abgeschlossenen oder offenen Tarifverträgen. Das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte greift hier nicht, weil Bildschirmarbeit formell keine Akkordarbeit ist. Dazu kommt die Schwäche der Betriebsräte, wenn nur wenige Bidschirmarbeitsplätze vorhanden sind oder in kleinen Betrieben. Richtig wäre eine tarifvertragliche Regelung einer solchen Schutzgrenze. Lediglich eine Höchstzeichenzahl würde z.B. den Problemen der Sachbearbeiter nicht gerecht, die „Vorgänge" o.ä. zu bearbeiten haben. Aber auch hier wird es in der Regel gleichartige oder ähnliche Arbeitsgänge geben. Die passende Form wäre wohl eine Generalklausel, die den Betriebsräten die Möglichkeit gibt, die Grenzen für den jeweiligen Arbeitsplatz festzulegen.

– lesen und vergleichen – lesen, tippen – lesen, tippen usw. Inhalte erfassen, deren Zusammenhänge nicht bekannt sind – nicht wissen, von wem die Arbeit kommt – welche Wirkung sie hat – zu wem die Arbeit geht" so schildert Inge Jahnke, Betriebsrätin bei der Deutschen Unilever die Arbeit der Datenerfasserinnen an Bildschirmgeräten. Das Ganze vielleicht 30000 mal am Tag, das macht kaputt. In einer Untersuchung über Bildschirmarbeitsplätze für das Bundesarbeitsministerium klagten etwa 40% über Rückenschmerzen. 27% der Beschäftigten, die weniger als 1 Jahr an diesen Geräten arbeiten, hatten bereits deshalb den Arzt aufgesucht; bei denen, die zwischen 1 und 2 Jahre daran arbeiteten, waren dies 43% und bei denen, die dies schon länger als 5 Jahre machen, waren wegen Rückenschmerzen mehr als die Hälfte in ärztlicher Behandlung. 45% der Datenerfasser und rund 33% der Sachbearbeiter an Bildschirmgeräten litten unter Kopfschmerzen. Noch höher ist der Anteil mit Nackenschmerzen: 70% der Datenerfasser und 45% der Sachbearbeiter. Rund 85% hatten überanstrengte Augen.

Eigentlich ist die Bezeichnung Bildschirmarbeit unzureichend. Denn tatsächlich handelt es bei den Bildschirmgeräten um Eingabe- oder Bedienplätze für den Computer. Der BDA hat die Büroarbeit als einen Schwerpunkt der

gen um die „Bildschirmarbeit" ist die Leistungsverdichtung der eingeschlossenen menschlichen Arbeit. Hinzu kommen, ebenso unerträglich, aber vielleicht unmittelbar körperlich erfahrbarer, die Auswirkungen der Arbeitsbedingungen an solchen Bildschirmarbeitsplätzen.

Bis Ende des Jahrzehnts mehr als 1 Mio. Bildschirmarbeitsplätze

Trotz erheblicher Investitionskosten von mehr als 10000 DM pro Bildschirmgerät gehen die Kapitalisten von einer rapiden Zunahme aus. Schon bald sollen 10% aller Arbeitsplätze, mit einer Konzentration im Bürobereich, damit ausgestattet sein. Selbst nach zurückhaltenden Schätzungen ist die Zahl der 300000 Geräte heute bis Ende des Jahrzehnts auf 1 Mio. angewachsen. In anderen Schätzungen wird von einer jährlichen Zunahme zwischen 10 und 30% ausgegangen, was eine noch stärkere Zunahme bedeuten würde. Vermutlich wird durch die explosionsartige Zunahme der Kleincomputer, die mit entsprechenden Programmen für Bürotätigkeiten bereits für wenige Tausend DM vertrieben werden und so für Klein- und Mittelbe-

lenden anerkannten Gegenstrategie zu den Rationalisierungen zu tun. Entscheidend ist aber wohl, daß das Problem erst zu spät erkannt worden ist. Wendepunkt war wohl der Tarifkampf in der Druckindustrie um die „Neue Technik".

Vorher waren jedoch schon Fakten geschaffen: Zwar war noch die Bürotätigkeit noch nicht durch den Einsatz der Bildschirmgeräte bestimmt, aber schon mehr als Hunderttausend waren in Gebrauch. In den letzten Jahren versuchten die Gewerkschaften mit Anwendung der Mitbestimmungsregelungen der §§ 87, 92, 111, 112 des Betriebsverfassungsgesetzes darauf zu reagieren. Muster für Betriebsvereinbarungen wurden ausgearbeitet und auch mit mehr oder weniger Erfolg vielfach inzwischen abgeschlossen. Neben dem Sonderfall des Tarifvertrags über die „Neue Technik" in der Druckindustrie ist jetzt bei der Bundespost eine tarifvertragliche Regelung zustande gekommen. Im restlichen öffentlichen Dienst wird im Spätsommer weiter verhandelt. Für die anderen Bereiche sind keine Tarifverträge in Sicht. Die wesentlichen Elemente der abgeschlossenen Betriebsvereinbarungen und auch teilweise der Tarifverträge sind:

andere Arbeiten,
– Erholpausen von 10 oder 15 Minuten pro Stunde außerhalb der Arbeitszeitordnung bei ununterbrochener Tätigkeit am Bildschirm,
– Verbot der Leistungkontrolle durch Bildschirmgeräte
– keine Abgruppierung bei Aufnahme der Tätigkeit an Bildschirmgeräten,
– Bereitstellung eines Arbeitsplatzes für Arbeitnehmer, die nicht an Bildschirmgeräten eingesetzt werden können,
– paritätische Kommissionen, die Richtlinien einschließlich der Besetzung für die Arbeit an Bildschirmgeräten erstellen und überprüfen sollen,
– fachärztliche Untersuchungen vor Aufnahme der Tätigkeit an Bildschirmgeräten sowie regelmäßig während dieser Tätigkeiten.

Alle diese Forderungen sind zwischen den Kapitalisten und den Betriebsräten und Gewerkschaften umstritten. Die Kapitalisten bestreiten jede besondere Belastung und Gefährdung durch die Arbeit an den Bildschirmgeräten. Insbesondere spitzt sich der Streit jedoch um die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte und die Regelung der zusätzlichen Pausen, die unter den sogenannten Tabu-Katalog des BDA fallen, zu. Erstere sind heute

die Festlegung einer täglichen Höchstarbeitszeit und ohne Zwang zu Mischarbeitsplätzen ein erheblicher Rückschlag.

Genügen die aufgestellten Forderungen zur Abwehr der Folgen von Bildschirm-Arbeitsplätzen?

Reichen die oben aufgeführten Punkte aus, ergänzt um die Forderung nach ergonomisch gestalteten Arbeitsplätzen? Ergonomisch günstig gestaltete Arbeitsplätze liegen ja auch im Interesse der Kapitalisten, die sich dadurch noch höhere Leistungen versprechen. Dabei muß die Ursache der Belastungen und Schädigungen beseitigt werden. Lösungen wirken wie Hohn, wenn bei der Deutschen Beamtenversicherung die zerstörende Wirkung der Darstellung auf dem Bildschirm auf die Augen dadurch „kompensiert" werden soll, daß die Beschäftigten in einen „roten" Raum gepfercht werden, in dem alles in purpurnen Tönen und in rotstichigem Licht gehalten wird. Gegen die Zerstörung der Körperfunktionen durch die Bildschirmarbeit müssen die Gewerkschaften Forderungen zur Ausstattung stellen, die über die augenblicklichen Normen hinausreichen. Wichtig erscheint hier die sogenannte Schwarz-auf-Weiß-Darstellung der Zeichen auf dem Bildschirm, weil hierdurch der Zerstörung des gesunden

Politische Entlassung eines Jugendvertreters auf der Hamburger Werft Blohm und Voss

edd.Hamburg. Die Arbeiter der Hamburger Werft Blohm und Voss produzieren Fregatten u.a. für die Bundeswehr, aber auch Argentinien, Iran u.a. Anläßlich des letzten Stapellaufs einer solchen Fregatte führte der Jugendvertreter A.H. eine Aktion durch, indem er Aufkleber auf der Werft verbreitete *„Soll B und V Profit mit Fregatten raffen? Wir wollen lieber für den Frieden schaffen"*. Nachdem seine rote Öljacke auf dem offen einsehbaren Werftgelände von den Argusaugen der polizeimäßig organisierten und MAD-unterstützten Werkschutzleute gesichtet, wurde er *„gestellt"* wie ein Verbrecher. Er erhielt eine Kündigung, fristlos, in der es u.a. heißt, er habe *„mit dieser Aktion das Maß an persönlicher Meinungsfreiheit überschritten"*.

Bei dem Kampf gegen die Entlassung wurden verschiedene Probleme deutlich, die in ihrer Summe dazu führten, daß A.H. jetzt von Blohm und Voss tatsächlich gekündigt werden konnte. Die Aktion war nicht von seiten der zuständigen gewerkschaftlichen Organe, wie Vertrauenskörper der IGM, mitvorbereitet worden. So gibt es z.B. auf Blohm einen Arbeitskreis für alternative Fertigung, der eine ähnliche Politik verfolgt. Man will den Werftkapitalisten aufzwingen, durch gewerkschaftliche Mittel keine Rüstungsgüter zu produzieren, also in gewissem Maß *„Arbeiterkontrolle"* über die Produktion ausüben. Grundlage dafür ist die Erkenntnis, daß gerade die Rüstungsproduktion, vor allem auch die Fregatte, den Ausbeutungsgrad besonders durch Rationalisierung verschärft hat. Obwohl diese Kollegen erst hinterher einbezogen wurden, konnte der VK noch erreichen, daß Widerspruch gegen den Kündigungsantrag eingelegt wurde.

A.H.s Kündigung wollte Blohm und Voss nun durch den Spruch des Arbeitsgerichts ersetzen, was nicht nur die politische Rechtlosigkeit des Arbeiters, sondern auch des Betriebsrates hinlänglich enthüllte. Die Jugendvertretung von Blohm und Voss, bestehend aus bekannten Funktionären der SDAJ, bemühte sich indes alles zu tun, um zu verhindern, daß die zuständigen gewerkschaftlichen Organe (Ortsjugendausschuß usw.) eingeschaltet wurden. Eigene Briefe wurden verschickt, zuerst berechtigt, nach einiger Zeit aber an der bestehenden gewerkschaftlichen Organisation vorbei zur Solidarität aufgerufen. Dennoch konnte ein Flugblatt gemeinsam von OJA, Vertrauenskörper und Betriebsjugendgruppe bei Blohm und Voss gegen die Entlassung erstellt werden. Es wurde sowohl gegen die politische Entlassung wie gegen die verschärfte Rationalisierung in der Rüstung durch die IG Metall agitiert.

Der Kleber und sein Text selbst enthält aber die alte Illusion der reformistischen Flügel der Arbeiterbewegung, daß *„Arbeit in Frieden"* höchstes Ziel sei. Wobei die Ausbeutung in diesem Fall nicht aufgehoben wird, sondern nur gewisse Schranken derselben – vor allem der Überausbeutung – den Blohm und Voss Kapitalisten auferlegt werden können.

So raffen die Blohm und Voss Kapitalisten auch Profit in den *„friedlichen"* Zeiten kapitalistischer Entwicklung. Was die Solidarität erschwerte mit A.H., war die bekannte politische Einseitigkeit, mit der A.H. von der SDAJ vermarktet wurde. Ohne Rücksicht auf Verluste als *„Raketen- und Fregattengegner A.H."* publiziert, wurde damit hinter Positionen der IGM Jugend und der DGB Jugend zurückgefallen. Das einseitige Angreifen eines Militärblocks (USA) unter Schonung des anderen (UdSSR) machte A.H. vor allem in der Blohm Belegschaft nicht nur Freunde. Dennoch, trotz Differenz zu Form und Inhalt der Aktion, erhielt A.H. die Unterstützung der IGM Jugend und Rechtsschutz durch die Ortsverwaltung. Hier muß das Recht auf freie politische Betätigung im Betrieb erkämpft und verteidigt werden. A.H. erhielt inzwischen eine weitere Kündigung nachgeschoben, wo persönliche Gründe (Fehlzeiten) von der politischen Entlassung ablenken sollen.

Frankreich:

Der Weg zur 35-Stunden-Woche ist lang und voller Fußangeln

cof. Alle französischen Gewerkschaften haben inzwischen das hier dokumentierte Protokoll über die Verkürzung der Arbeitszeit und die Verlängerung des Urlaubs unterschrieben – mit Ausnahme der größten, der C.G.T., die der KPF nahesteht. Die C.G.T. erkennt in dem getroffenen Abkommen zwar einige positive Aspekte, fürchtet aber, daß sich mittels der ungenauen Bestimmungen über die Zahl und die Vergütung der Überstunden sogar Verschlechterungen für die Arbeiter einstellen könnten. Angesichts der rasch wachsenden Arbeitslosigkeit hält die C.G.T. die unverzügliche Einführung der 38-Stunden-Woche für unumgänglich, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Ähnliches hört man auch in den Reihen der sozialistischen C.F.D.T.: Letzte Woche haben Pariser Metallarbeiter öffentlich erklärt, daß sie mit der Haltung ihrer Gewerkschaft in der Frage der Unterzeichnung dieses Abkommens nicht einverstanden sind. Die Force Ouvrière betonte vor 2 Wochen, daß sie das besagte Protokoll als Schritt zur Verwirklichung der 35-Stunden-Woche unterschrieben habe. Der Vizepräsident des französischen Arbeitgeberverbandes sieht das anders: Die 35-Stunden-Woche ,,wäre eine einseitige Abrüstungserklärung in einem Wirtschaftskrieg''.

Das Protokoll

Die unterzeichnenden Parteien bringen, indem sie das vorliegende Protokoll beschließen, ihren gemeinsamen Willen zum Ausdruck, eine Politik der Verkürzung und der organisatorischen Regelung der Arbeitszeit zu entwickeln, in dem gemeinsamen Bestreben, sowohl die Beschäftigungslage und die Lebensbedingungen der Lohnabhängigen zu verbessern als auch das weitere Wachstum der französischen Wirtschaft zu gestatten, Faktoren, die eng voneinander abhängen und von großer Bedeutung für unsere Gesellschaft sind.

In diesem Sinne sollen folgende Regelungen in die Tat umgesetzt werden:

1. 5 Wochen bezahlter Urlaub im Jahr für alle Beschäftigten.

2. Keine Anrechnung von infolge von Arbeitslosigkeit verlorenen Stunden auf einen Urlaubstag.

3. Gesetzlich festgelegte Verkürzung der Arbeitszeit von 40 auf 39 Stunden pro Woche mit der Möglichkeit, daß innerhalb der Branchen durch Verhandlungen im Lauf des Jahres die Verteilung dieser Arbeitszeit im Rahmen einer festgelegten Regelung vereinbart wird.

4. Schaffung eines jährlichen, innerhalb der Branchen frei auszuhandelnden Kontingents von Überstunden, die über die gesetzliche Arbeitszeit gemäß § 1,2 und 3 hinausgehen und vom Arbeitsinspekteur genehmigt werden müssen.

Für die Branchen, die nicht durch eine solche Vereinbarung abgedeckt werden, wird dieses Kontingent auf 130 Stunden festgelegt.

Dieser Punkt wird Gegenstand eine Überprüfung der Branchenabkommen während der in §21 vorgesehenen Zusammenkunft sein.

5. Möglichkeit, auf weitere Überstunden zurückzugreifen, die der Genehmigung durch den Arbeitsinspekteur unterliegen.

6. Die im Arbeitsgesetz festgelegten Regelungen über die Erhöhung von Überstunden bleiben in Kraft auf der Basis einer allgemeinen Verkürzung der Höchstarbeitszeit von 40 auf 39 Stunden.

7. Die maximale wöchentliche Arbeitszeit darf die durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 46 Stunden nicht überschreiten.

8. Reduktion der Ausgleichsregelungen.

9. Bemessung des finanziellen Ausgleichs entsprechend der effektiven Arbeitszeitverkürzung.

10. Besondere, das Leitungspersonal betreffende Regelungen müssen auf Branchenebene gefunden werden.

11. Vor dem 30. September 1981 werden Verhandlungen in den einzelnen Berufszweigen aufgenommen über die Dauer der Arbeitszeit und der Nutzung der Anlagen mit dem Ziel, die Zahl der Beschäftigten zu erhalten und auszudehnen.

Diese Verhandlungen werden sich insbesondere auf folgendes beziehen:

- Die Modalitäten der allgemeinen Einführung von 5 Wochen bezahltem Urlaub, wie in §1 vorgesehen.
- Eine fortschreitende, angemessene Verkürzung der effektiven Arbeitszeit unabhängig von der gesetzlichen Dauer.
- Anwendung der effektiven Arbeitszeitverkürzung in einer der Situation der leitenden Angestellten angemessenen Form.
- Die Zahl und die Art und Weise der Ansetzung von Überstunden gemäß §4 und der eventuelle Ausgleich der der Genehmigung des Arbeitsinspekteurs unterliegenden Überstunden gemäß §5 und die Bedingungen des Inkrafttretens der Regelungen, was die Vertretungsorgane der Beschäftigten betrifft.
- Bestimmung der schweren Arbeiten und Maßnahmen zu ihrer Erleichterung.
- Die Schichtarbeit, die Einführung einer 5. Schicht bzw. jede andere besondere Regelung der Schichtarbeit.
- Maßnahmen zur Einschränkung von Ausgleichsregelungen und ihrer Abstimmung.
- Lohnausgleich.
- Die Formen einer jährlichen Planung der wöchentlichen Arbeitszeit und einer jährlichen Bilanz der Arbeitszeit, der Nutzung der Gebäude und Geräte sowie der Auswirkungen auf die Beschäftigungslage und die Kosten.
- Anpassungsmaßnahmen der einzelnen Branchen, die die Parteien wünschen, beraten und an die sie sich halten, wie:
  – Rückgriff auf spezielle verkürzte Arbeitszeiten an Wochenenden.
  – Möglichkeit einer roulierenden Regelung des zweiten wöchentlichen Ruhetages.
  – Aufhebung des Verbots der Galoppschicht.
  – Möglichkeit, im Falle flexibler Arbeitszeit Stunden von einer Woche auf die andere zu übertragen, ohne Auswirkung auf die Zahl und die Vergütung der so angefallenen Mehrstunden.
  – Möglichkeit, in Industriezweigen, die der internationalen Konkurrenz unterliegen, den Endpunkt des Zeitraums von 7 Stunden, in denen die Nachtarbeit für Frauen verboten ist, um 2 Stunden zu verschieben.
- Anpassungsmaßnahmen, die den kontinuierlichen Betrieb bestimmter Anlagen erlauben ...

12. Zusammenkunft der unterzeichneten Parteien vor dem 1. Dezember 1981, um eine Bilanz der Branchenverhandlungen zu ziehen und die staatlichen Organe zu gemeinsamen Schritten zu veranlassen mit dem Ziel:

– Harmonisierung der gesetzlichen Bestimmungen mit den vertraglich vereinbarten Regelungen.

– Ausgleich der sich aus diesen neuen Regelungen ergebenden Kostensteigerungen (nachdem gemeinsam möglicherweise zu ergreifende Maßnahmen überlegt worden sind).

– Verbesserung statistischer Methoden, die eine bessere Übersicht über die theoretische und tatsächliche Dauer der Arbeitszeit sowie über die Auslastung der Anlagen erlauben.

13. Inkrafttreten der Maßnahmen zur Verkürzung und zur Organisation der Arbeitszeit, die sich aus dem vorliegenden Protokoll und den Branchenabkommen über die konkrete Ausgestaltung der gesetzlichen Regelungen aus §12 ergeben.

14. Zusammenkunft der unterzeichnenden Parteien in der zweiten Oktoberhälfte 1982, um die Ergebnisse der in Kraft getretenen Vereinbarungen festzuhalten und neue Maßnahmen zu finden, die auf dieser Grundlage eventuell einzuleiten wären.

Drei Jahre lang wurde verhandelt

- 24. Mai 1978: Ceyrac, Präsident des größten Arbeitgeberverbandes C.N.P.F., schreibt die Gewerkschaften an, um ihnen die Aufnahme eines Gesprächs über verschiedene Themen vorzuschlagen, darunter die Frage der Arbeitszeit. Er schlägt eine übers Jahr verteilte Staffelung der Arbeit, die eine Verkürzung beinhaltet, vor. Die Forderung der Gewerkschaften sieht anders aus: Die wöchentliche Arbeitszeit muß auf 35 Stunden verkürzt werden.

- 17. Oktober 1978: Erstes Treffen zwischen Gewerkschaften und Kapitalisten. Einen Monat später unterbreitet der C.N.P.F. seinen Verhandlungspartnern einen Text, der behauptet, es handele sich darum, ,,die Arbeitszeit zu verkürzen, um die Rentabilität der maschinellen Anlagen zu verbessern''. Im Dezember vertagt der C.N.P.F. die Verhandlungen, um, wie es heißt, solchen über die Eindämmung der Arbeitslosigkeit Platz zu machen.

- Mai 1979: Auf eine Initiative der Gewerkschaften hin werden die Verhandlungen über die Arbeitszeit wieder aufgenommen. Am 8. Januar 1980 vertagt man sich aufgrund mangelnder Übereinstimmung. Der C.N.P.F. will ,,mehr Freizeit schaffen in der Form längerer Erholzeiten, was die jährliche Arbeitszeit, aber nicht die wöchentliche verringern würde''.

- April 1980: Die französische Regierung hat einen Vermittler ernannt, der vorschlägt: Umgestaltung der Arbeitswoche zwecks besserer Ausnutzung der Anlagen (was den Arbeitgebern gefällt), aber Senkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 39 Stunden (was den Gewerkschaften entgegenkommt).

- 20. Mai 1980: Verhandlungen auf der Basis der amtlichen Vermittlungsvorschläge werden aufgenommen. 4 Treffen finden statt. Am 2. Juli stellen die Parteien fest, daß sich keine Annäherung der Positionen ergeben hat.

- 12. Juni 1980: Premierminister Mauroy ruft alle Verhandlungspartner auf, ihre Beratungen wieder aufzunehmen.

- 22. Juni 1980: Zweiseitige Verhandlungen beginnen.

- 3. Juli 1981: Der C.N.P.F. legt ein neues Memorandum vor: Verlängerung des Urlaubs, Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 39 Stunden. Aber andererseits: Festlegung einer Jahresarbeitszeit, die Änderungen der wöchentlichen Arbeitszeit ermöglicht; Einrichtung eines Überstundenkontingents, das nicht der Genehmigung des Arbeitsinspekteurs unterliegt. Keinerlei Engagement für das Ziel der Gewerkschaften und der Regierung, in 5 Jahren die 35-Stunden-Woche zu erreichen, Aufnahme von Branchenverhandlungen nach Unterzeichnung einer prinzipiellen Einigung.

- 6. Juli 1981: Der Arbeitgeberverband akzeptiert, daß die wöchentliche Arbeitszeit per Gesetz auf 39 Stunden gesenkt wird und bereitet ein neues Protokoll vor, das am 17. Juli von C.N.P.F. und der drittgrößten Gewerkschaft Force Ouvrière unterzeichnet wird.

Das Bundesarbeitsgericht hält an der 48-Stunden-Woche fest

dent des französischen Arbeitgeberverbandes sieht das anders: Die 35-Stunden-Woche ,,wäre eine einseitige Abrüstungserklärung in einem Wirtschaftskrieg''.

Das Protokoll

Die unterzeichnenden Parteien bringen, indem sie das vorliegende Protokoll beschließen, ihren gemeinsamen Willen zum Ausdruck, eine Politik der Verkürzung und der organisatorischen Regelung der Arbeitszeit zu entwickeln, in dem gemeinsamen Bestreben, sowohl die Beschäftigungslage und die Lebensbedingungen der Lohnabhängigen zu verbessern als auch das weitere Wachstum der französischen Wirtschaft zu gestatten, Faktoren, die eng voneinander abhängen und von großer Bedeutung für unsere Gesellschaft sind.

In diesem Sinne sollen folgende Regelungen in die Tat umgesetzt werden:

1. 5 Wochen bezahlter Urlaub im Jahr für alle Beschäftigten.

2. Keine Anrechnung von infolge von Arbeitslosigkeit verlorenen Stunden auf einen Urlaubstag.

3. Gesetzlich festgelegte Verkürzung der Arbeitszeit von 40 auf 39 Stunden pro Woche mit der Möglichkeit, daß innerhalb der Branchen durch Verhandlungen im Lauf des Jahres die Verteilung dieser Arbeitszeit im Rahmen einer festgelegten Regelung vereinbart wird.

4. Schaffung eines jährlichen, innerhalb der Branchen frei auszuhandelnden Kontingents von Überstunden, die über die gesetzliche Arbeitszeit gemäß § 1,2 und 3 hinausgehen und vom Arbeitsinspekteur genehmigt werden müssen.

Für die Branchen, die nicht durch eine solche Vereinbarung abgedeckt werden, wird dieses Kontingent auf 130 Stunden festgelegt.

Dieser Punkt wird Gegenstand eine Überprüfung der Branchenabkommen während der in §21 vorgesehenen Zusammenkunft sein.

5. Möglichkeit, auf weitere Überstunden zurückzugreifen, die der Genehmigung durch den Arbeitsinspekteur unterliegen.

6. Die im Arbeitsgesetz festgelegten

Genehmigung des Arbeitsinspekteurs unterliegenden Überstunden gemäß §5 und die Bedingungen des Inkrafttretens der Regelungen, was die Vertretungsorgane der Beschäftigten betrifft.
- Bestimmung der schweren Arbeiten und Maßnahmen zu ihrer Erleichterung.
- Die Schichtarbeit, die Einführung einer 5. Schicht bzw. jede andere besondere Regelung der Schichtarbeit.
- Maßnahmen zur Einschränkung von Ausgleichsregelungen und ihrer Abstimmung.
- Lohnausgleich.
- Die Formen einer jährlichen Planung der wöchentlichen Arbeitszeit und einer jährlichen Bilanz der Arbeitszeit, der Nutzung der Gebäude und Geräte sowie der Auswirkungen auf die Beschäftigungslage und die Kosten.
- Anpassungsmaßnahmen der einzelnen Branchen, die die Parteien wünschen, beraten und an die sie sich halten, wie:
  – Rückgriff auf spezielle verkürzte Arbeitszeiten an Wochenenden.
  – Möglichkeit einer roulierenden

- 17. Oktober 1978: Erstes Treffen zwischen Gewerkschaften und Kapitalisten. Einen Monat später unterbreitet der C.N.P.F. seinen Verhandlungspartnern einen Text, der behauptet, es handele sich darum, ,,die Arbeitszeit zu verkürzen, um die Rentabilität der maschinellen Anlagen zu verbessern''. Im Dezember vertagt der C.N.P.F. die Verhandlungen, um, wie es heißt, solchen über die Eindämmung der Arbeitslosigkeit Platz zu machen.

- Mai 1979: Auf eine Initiative der Gewerkschaften hin werden die Verhandlungen über die Arbeitszeit wieder aufgenommen. Am 8. Januar 1980 vertagt man sich aufgrund mangelnder Übereinstimmung. Der C.N.P.F. will ,,mehr Freizeit schaffen in der Form längerer Erholzeiten, was die jährliche Arbeitszeit, aber nicht die wöchentliche verringern würde''.

- April 1980: Die französische Regierung hat einen Vermittler ernannt, der vorschlägt: Umgestaltung der Arbeitswoche zwecks besserer Ausnutzung der Anlagen (was den Arbeitgebern

men.

- 22. Juni 1980: Zweiseitige Verhandlungen beginnen.

- 3. Juli 1981: Der C.N.P.F. legt ein neues Memorandum vor: Verlängerung des Urlaubs, Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 39 Stunden. Aber andererseits: Festlegung einer Jahresarbeitszeit, die Änderungen der wöchentlichen Arbeitszeit ermöglicht; Einrichtung eines Überstundenkontingents, das nicht der Genehmigung des Arbeitsinspekteurs unterliegt. Keinerlei Engagement für das Ziel der Gewerkschaften und der Regierung, in 5 Jahren die 35-Stunden-Woche zu erreichen, Aufnahme von Branchenverhandlungen nach Unterzeichnung einer prinzipiellen Einigung.

- 6. Juli 1981: Der Arbeitgeberverband akzeptiert, daß die wöchentliche Arbeitszeit per Gesetz auf 39 Stunden gesenkt wird und bereitet ein neues Protokoll vor, das am 17. Juli von C.N.P.F. und der drittgrößten Gewerkschaft Force Ouvrière unterzeichnet wird.

Das Bundesarbeitsgericht hält an der 48-Stunden-Woche fest

acm. Der erste Senat des Bundesarbeitsgerichtes in Kassel hat am 28. Juli ein Grundsatzurteil bezüglich der Überstundenregelung im Zusammenhang mit der Arbeitszeitordnung gefällt. Der Betriebsrat der Rheinisch-Bergischen Druckerei in Düsseldorf hatte gegenüber dem Willen der Kapitalisten auf dem Standpunkt beharrt, daß nach der Ableistung von 40 Stunden in der Woche eine Mehrarbeit von mehr als zwei Stunden am Tag bei 30 Tagen im Jahr nicht erlaubt ist. Der Betriebsrat hatte sich bei seiner Entscheidung – Ablehnung von Überstunden – auf den §6 der Arbeitszeitordnung bezogen, in dem es heißt:

,,Arbeitszeitverlängerung an dreißig Tagen. Die Gefolgschaftsmitglieder eines Betriebes oder einer Betriebsabteilung dürfen an dreißig Tagen im Jahr über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus mit Mehrarbeit bis zu zwei Stunden täglich, jedoch nicht länger als zwei Stunden täglich beschäftigt werden.''

Das Bundesarbeitsgericht hat demgegenüber die 48-Stunden-Woche auf's Tapet gebracht. Dabei geht es von der Arbeitszeitordnung aus, in der zwar generell vom 8-Stunden-Tag die Rede ist, zugleich aber auch von Werktagen gesprochen wird, und da ist der Samstag dabei. Also 6 × 8 Stunden = 48-Stunden-Woche. Die Arbeitszeit könne also an 6 Tagen über die Woche verteilt sein, dürfe aber die 10 Stunden an einem Tage nicht überschreiten. Nach diesem Urteil würde auf Grund der Arbeitszeitordnung des Deutschen Reiches von 1938 der §6 erst *nach der Ableistung von 48 Wochenstunden in Kraft treten.* Nach diesem Urteil, bezogen auf die Arbeitszeitordnung, hätten die Kapitalisten nun die Möglichkeit, nicht nur 60 Überstunden, sondern über 400 Überstunden im Jahr den Arbeitern abzuzwingen.

Dieser Entwicklung stehen aber die tarifvertraglichen Vereinbarungen über die 40-Stunden-Woche in fast allen Tarifbereichen gegenüber und so werden die Kapitalisten die Einladung durch das Urteil des Bundesarbeitsgerichtes wohl kaum in die Wirklichkeit umsetzen können. Denn die tarifvertraglichen Regelungen gehen bei Verbesserungen über die gesetzliche Grundlage hinaus. Trotzdem ist das Urteil ein weitgehendes Hindernis für die Gewerkschafts- und arbeiterbewegung. Gerade in Betrieben, wo es keine Betriebsräte gibt, dürften die Kapitalisten in manchem Fall leichtes Spiel haben, unter Bezugnahme auf das Urteil eine erhöhte Anzahl von Überstunden in Anschlag zu bringen. Nämlich immer dann, wenn nicht sofort auf die Einhaltung der tarifvertraglichen Regelungen gepocht wird. Dort, wo die Betriebsräte existieren, wird jetzt häufig ein Kleinkrieg über den Weg der Mitbestimmungspflicht bei Überstunden einsetzen, um die tarifvertraglichen Regelungen durchzusetzen.

Entsprechend haben jetzt die Gewerkschaften auf das Urteil reagiert. DGB, IG Druck und IG Chemie haben in Presseerklärungen die sofortige Novellierung der Arbeitszeitordnung und die Einbringung eines Arbeitszeitgesetzes verlangt.

In der Presseerklärung der IG Chemie heißt es: ,,Die Rechtsprechung hat nur auf der Grundlage einer veralteten Arbeitszeitrechtsregelung dieses ins gesellschaftspolitische Mittelalter führende Urteil fällen können. ... Pressemeldungen, wonach den Arbeitnehmern 400 Überstunden pro Jahr abverlangt werden können, (sind) völlig irreführend. Bei allen Regelungen über die Arbeitszeit haben nämlich ... die Betriebsräte Mitbestimmungsrecht ...'' Der stellvertretende IG-Chemie-Vorsitzende Werner Vitt fordert in diesem Zusammenhang die Betriebsräte auf, darüber zu wachen, daß die tariflichen und betrieblichen Arbeitszeitregelungen genau eingehalten werden und daß sie ihr Mitbestimmungsrecht voll ausschöpfen. Angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen Situation und der bedrückenden Arbeitslosenzahlen empfiehlt Werner Vitt den Betriebsräten, ,,Überstundenanträge der Arbeitgeber außer in extremen Ausnahmefällen generell abzulehnen''. Trotz der bestehenden Rechte der Betriebsräte macht das Urteil des Bundesarbeitsgerichtes nochmals deutlich, daß der Kampf um ein Arbeitszeit*gesetz* mit Verankerung der 40-Stunden-Woche an 5 Tagen und der Kampf um eine weitere *gesetzliche* Arbeitszeitverkürzung eine wesentliche Aufgabe für die Arbeiterbewegung ist.

„Ganz verwerflich ist eine Volkserziehung durch den Staat"

Über die Bedeutung des Kampfes um das Schulrecht

gt/bl. Fragen des Schulrechts sind bislang nicht sonderlich populär. So hat auch der Vorschlag einer vom Deutschen Juristentag eingesetzten Kommission, wesentlichen Elementen des Schulrechts gesetzliche Form zu geben und die pädagogische Freiheit der Lehrer zu erweitern, nur Resonanz bei Berufspolitikern und in Funktionärskreisen einschlägiger Verbände und Gewerkschaften gefunden. Dabei haben Eltern, Schüler und die Gewerkschaften in den letzten Jahren in zum Teil langandauernden Kämpfen immer wieder Schulpolitik gemacht. Und durchaus nicht ohne Erfolg. Das dreigliedrige Schulsystem – mit seiner traditionell rigiden klassenmäßigen Auslese der erste Angriffspunkt dieser demokratischen Bewegung – konnte zwar bis heute nicht beseitigt werden, weil diese Bewegung von der SPD unter der Flagge der Chancengleichheit statt der der Einheitlichkeit angeführt werden konnte. Dennoch haben diese Kämpfe die starre Spaltung und Auslese aufgeweicht, hat sich zumindest die Durchlässigkeit erhöht und haben heute erheblich mehr Schüler mittlere und höhere Schulabschlüsse und eine längere Schulzeit.

Gegen die reaktionäre Indoktrination konnte eine breite Thematisierung gesellschaftlicher und politischer Widersprüche im Unterricht durchgesetzt werden, die durch die staatlichen Richtlinien zur Einübung von Toleranz und friedlichem Interessenausgleich nicht mehr immer in die gewünschten Bahnen gelenkt werden kann. Trotz aller Probleme mit zu großen Klassen darf nicht übersehen werden, daß die zahllosen Kämpfe für die Einstellung von genügend Lehrern bis jetzt zumindest immer noch eine durchschnittliche

„Die oben gekennzeichnete Aufgabe des Staates als Erziehungsträger verwehrt es ihm, die Kinder übermäßig lange in einer Schule mit undifferenziertem Unterricht festzuhalten ..." (BVerfGE 45, 415).

Der Staat als Volkserzieher, davor grauste es schon Marx, als er diese Formulierung im Gothaer Parteiprogramm fand: „Durch ein allgemeines Gesetz die Mittel der Volksschulen bestimmen, die Qualifizierung des Lehrerpersonals, die Unterrichtsweise etc. ... durch Staatsinspektoren, die die Erfüllung dieser gesetzlichen Vorschriften überwachen, ist etwas ganz anderes als den Staat zum Volkserzieher zu ernennen! Im preußisch Deutschen Reich nun gar ... bedarf umgekehrt der Staat einer sehr rauhen Erziehung durch das Volk." (Kritik des Gothaer Programms)

Dieser Schwäche, den Staat – zentralisiertes Machtorgan der herrschenden Kapitalistenklasse – zum Führer der Bildungsreform zu machen (in Form der angestrebten SPD-Regierung) verfiel schon die demokratische Bewegung für eine durchgreifende Schulreform in den 60er Jahren. Das erklärt zu einem guten Teil – bei allen oben aufgeführten Erfolgen – die unnötig mäßigen Ergebnisse dieser Kämpfe, die so die klassenmäßige Ausbildung nur anknacken konnte. Es scheint überhaupt ein wichtiges Merkmal der Kämpfe um das Schulwesen in Deutschland zu sein, daß es immer wieder breite, auch erfolgreiche Kämpfe um die Inhalte, das Niveau und die materiellen Bedingungen der Schulausbildung gab, die Rechtlosigkeit der Schüler und Eltern gegenüber dem kapitalistischen Staatsapparat heute aber kaum anders aussieht als wie sie M.



lässigkeit erhöht und haben heute erheblich mehr Schüler mittlere und höhere Schulabschlüsse und eine längere Schulzeit.

Gegen die reaktionäre Indoktrination konnte eine breite Thematisierung gesellschaftlicher und politischer Widersprüche im Unterricht durchgesetzt werden, die durch die staatlichen Richtlinien zur Einübung von Toleranz und friedlichem Interessenausgleich nicht mehr immer in die gewünschten Bahnen gelenkt werden kann. Trotz aller Probleme mit zu großen Klassen darf nicht übersehen werden, daß die zahllosen Kämpfe für die Einstellung von genügend Lehrern bis jetzt zumindest immer noch eine durchschnittliche

rung) verfiel schon die demokratische Bewegung für eine durchgreifende Schulreform in den 60er Jahren. Das erklärt zu einem guten Teil – bei allen oben aufgeführten Erfolgen – die unnötig mäßigen Ergebnisse dieser Kämpfe, die so die klassenmäßige Ausbildung nur anknacken konnte. Es scheint überhaupt ein wichtiges Merkmal der Kämpfe um das Schulwesen in Deutschland zu sein, daß es immer wieder breite, auch erfolgreiche Kämpfe um die Inhalte, das Niveau und die materiellen Bedingungen der Schulausbildung gab, die Rechtlosigkeit der Schüler und Eltern gegenüber dem kapitalistischen Staatsapparat heute aber kaum anders aussieht als wie sie M.



In Eschenstruth (Nordhessen) haben die Eltern einer 4. Grundschulklasse fast zwei Monate ihre Kinder von Lehrern in einer Wirtschaft unterrichten lassen, um damit die Entlassung ihres Klassenlehrers, der nach Ablauf seines befristeten Arbeitsvertrages rausgeschmissen wurde, zu verhindern. Der Kultusminister konnte vor allem deswegen unnachgiebig bleiben, weil die Klasse jetzt die Grundschule verläßt. *Foto:* Der GEW-Vorsitzende Frister gibt eine „Solidaritätsunterrichtsstunde" in der Wirtschaft

Senkung der Klassenfrequenzen erreicht haben. Der Widerstand gegen die Entlassung von Lehrern aus politischen Gründen hat ebenfalls einige Erfolge gehabt. Vereinzelt aber nur wurden dabei Forderungen nach Rechten von Schülern und Eltern, Gewerkschaften und Betriebsräten in Schulangelegenheiten aufgestellt, durchgesetzt worden sind kaum welche. Mit*wirkungs*rechte von Eltern und Schülern sind in allen Ländern mehr oder minder vorhanden, wirksame Einspruchsrechte haben sie nirgends: In letzter Instanz entscheidet immer die staatliche Schulaufsicht bzw. die Landesregierung. Die Personalvertretungsrechte der Lehrer sind, rein *rechtlich* gesehen, noch zwingender wirksam als die Elternrechte. Nur die Bourgeois und ihr Anhang nehmen das „individuelle" Recht in Anspruch.

So konnte sich der stockreaktionäre hessische Elternverein vom Bundesverfassungsgericht bestätigen lassen, daß die ihm so verhaßte Einheitsschule verfassungswidrig sei:

Quarck 1906 beschrieb: „Die Anrechte der Gemeinden und der Schuleltern auf Mitverwaltung ... bis zur Unkenntlichkeit verschnitten ... die Einstellung der Lehrer wird reine Staatssache ... das Ministerium ... ist letzte Instanz für alle Volksschulangelegenheiten. Der direkten Genehmigung des Ministers aber untersteht unter anderem die Einführung der Volksschullesebücher ... welche Angst vor der freien Lektüre für das Volk spricht allein aus dieser Vorschrift."

Anfang der Weimarer Republik. Der KPD-Schulpolitiker Hoernle schreibt: „Die Schulstreiks des letzten halben Jahres ... zeigen den Weg. Worum wurde gekämpft? Teilweise gegen die Sabotage der Schulbehörde bei der Einrichtung von weltlichen Schulen, teilweise gegen die Mißachtung des Willens der überwiegenden Mehrheit der Elternschaft bei der Besetzung von Lehrstellen, bei Aufhebung von Klassenzügen ... Bisher war die Schule tatsächlich eine Angelegenheit der hohen Schulbehörde und der Lehrer. Der Lehrer war nicht der Öffentlichkeit, sondern seiner vorgesetzten Behörde verantwortlich ... Die mangelnde öffentliche Kontrolle ist Schuld daran, daß trotz aller schönen Erlasse der Ministerien für Volksbildung nicht der demokratische, sondern der deutschnationale Geist in den meisten Schulen herrscht." (Hoernle, Anmerkungen zum Schulkampf, 1922).

Der Kampf um die sog. „proletarischen Elternräte" trug jedoch von Anfang an beschränkte Züge. Insbesondere war er in der Stoßrichtung der KPD kein geeignetes Instrument, alle vom kapitalistischen Staatsapparat unterdrückten Klassen und Schichten zusammenzuschließen. Den Elternräten war so kein langes Leben beschieden.

Nach dem Faschismus, dessen Schulwesen selbstverständlich ein Musterbeispiel der Allmacht staatlicher Direktiven war, entstanden teilweise schon vor der Gründung der BRD, teils erst in den 50er Jahren Organe der Mitwirkung für Eltern und Schüler. Die hessische Schülervertretung nach dem Erlaß von 1948 war ein prächtiges Exemplar von Demokratiespielwiese nach dem US-amerikanischen Reeducation Programm und gab den Schülern nicht einen Hauch von Rechten. Erst die Schülerbewegung nach 1968 warf die Frage ihrer Rechte auf (Schülerräte!), wenn auch noch ziemlich unpraktisch und mit einigen Illusionen im Kopf. Immerhin erreichte sie etwas. In Hessen zum Beispiel eine neue SV-Ordnung, die zwar auch die staatliche Hoheit nicht antastete, aber doch erhebliche Zugeständnisse hinsichtlich von Informationsrechten und Organisationsfreiheiten enthielt. Nicht umsonst versuchte der hessische Kultusminister 1975, diese SV-Ordnung zu „reformieren", was mit *großen* Schülerstreiks und Demonstrationen erfolgreich verhindert werden konnte.

Gerade die Erfahrungen der letzten sechs Jahre zeigen mehr als deutlich jetzt schon die elementare Notwendigkeit demokratischer Rechte in Schulangelegenheiten. Unter dem Druck der fortschreitenden kapitalistischen Krise verschäft sich die Gangart der staatlichen Schulpolitik. Die Haushaltspolitik ist ein wichtiger Ansatzpunkt, verschärfte Auslese vor dem Hintergrund wachsender Dauerarbeitslosigkeit ein weiterer. Und sicherlich wird die Reglementierung der Unterrichtsinhalte unter diesen Bedingungen zunehmen. Das bedeutet, daß die Kämpfe für eine demokratische Schulpolitik schwieriger und länger werden (siehe Eschenstruth), – und immer aussichtsloser, wenn der Kampf um die Rechte nicht klarer und einheitlicher aufgenommen wird. Was nützt da der Vorschlag des Deutschen Juristentages?

Bezüglich der Schulpolitik im engeren Sinne überhaupt nichts, im Gegenteil. Beibehaltung der neunjährigen

Hoheit nicht antastete, aber doch erhebliche Zugeständnisse hinsichtlich von Informationsrechten und Organisationsfreiheiten enthielt. Nicht umsonst versuchte der hessische Kultusminister 1975, diese SV-Ordnung zu „reformieren", was mit *großen* Schülerstreiks und Demonstrationen erfolgreich verhindert werden konnte.

Gerade die Erfahrungen der letzten sechs Jahre zeigen mehr als deutlich jetzt schon die elementare Notwendigkeit demokratischer Rechte in Schulangelegenheiten. Unter dem Druck der fortschreitenden kapitalistischen Krise verschäft sich die Gangart der staatlichen Schulpolitik. Die Haushaltspolitik ist ein wichtiger Ansatzpunkt, verschärfte Auslese vor dem Hintergrund wachsender Dauerarbeitslosigkeit ein weiterer. Und sicherlich wird die Reglementierung der Unterrichtsinhalte unter diesen Bedingungen zunehmen. Das bedeutet, daß die Kämpfe für eine demokratische Schulpolitik schwieriger und länger werden (siehe Eschenstruth), – und immer aussichtsloser, wenn der Kampf um die Rechte nicht klarer und einheitlicher aufgenommen wird. Was nützt da der Vorschlag des Deutschen Juristentages?

Bezüglich der Schulpolitik im engeren Sinne überhaupt nichts, im Gegenteil. Beibehaltung der neunjährigen
Vollzeitschulpflicht statt des dringend notwendigen obligatorischen 10. Schuljahres, Aufhebung der dreijährigen Berufsschulpflicht für die am schlechtesten ausgebildeten Jugendlichen, Beibehaltung des dreigliedrigen Schulwesens usw., – alles was an dieser Schule reaktionär im eigentlichen Wortsinn ist, nimmt die Kommission auf, faßt die Unterschiede zwischen SPD- und CDU-Ländern in sogenannte „Varianten" und will dem noch höhere gesetzliche Weihen verleihen. Zu den Rechten der Eltern und Schüler haben die Herren Juristen auch nur ein konservatives Verhältnis: Nichts soll sich im wesentlichen an der staatlichen Schulhoheit ändern. Kleine Ausnahme: Verdienstausfallentschädigung für Elternvertreter, allerdings auch nur für solche in Stadt- Kreis- und Landesbeiräten. Und – in einer sogenannten Variante – eine „paritätisch besetzte Schulkonferenz", die unter anderem den Schulleiter wählt und über die der Schule zugewiesenen Gelder bestimmt. In direkter Weise können nur die Lehrer von dem Juristenvorschlag profitieren. Ihnen wird eine Erweiterung der „pädagogischen Freiheit" zugesichert. Pädagogische Freiheit ist an für sich nichts, was zu bejubeln ist. Warum sollten die Lehrer die Freiheit haben, in der Schule zu tun und zu lassen, was sie wollen? Wenn dieser Begriff auch nebulös ist und wenn auch „pädagogische Freiheit" sich gegen demokratische Einflußnahme auf Schule und Unterricht durch Schüler, Eltern oder Gewerkschaften und Betriebsräte richten kann: Faktisch würden die Vorschläge des Gesetzentwurfs eine fortschrittliche Funktion haben.

Der Mustergesetzentwurf des Deutschen Juristentages

Der Musterschulgesetzentwurf postuliert als §2 das „Recht auf schulische Bildung" und gewährleistet ein öffentliches Schulwesen. Ansprüche, die durch Eltern und Schüler geltend gemacht werden könnten, werden nur insoweit garantiert, daß überhaupt ein öffentliches Schulwesen existiert und bestimmte Fächer angeboten werden. Die Bedingungen des Schulwesens sind weitgehend der Einflußnahme entzogen. Der Kultusminister hat die Hoheit über die Festlegung und Verbindlichkeit der Unterrichtsfächer, die Mindest- und Höchstsumme der wöchentlichen Unterrichtsstunden (Stundenrahmen) und die Differenzierung der Unterrichtsfächer (Stundentafel). Das 10. Schuljahr wird ebensowenig wie die obligatorische Einführung der gemeinsamen Unterrichtung aller Schüler bis zum 7. Schuljahr (Förderstufe) garantiert. Lehrpläne sollen künftig als Rechtsverordnung, also mit Gesetzescharakter erlassen werden. Der Musterschulgesetzentwurf schlägt die Einrichtung einer Kommission von Experten, die nach öffentlicher Ausschreibung im Amtsblatt gebildet wird, vor. Diese verabschiedet einen Lehrplanentwurf, der acht Wochen öffentlich in den Schulbehörden ausgelegt wird. Jedermann hat das Recht, schriftlich Einwendungen dagegen zu erheben. Danach findet eine öffentliche Anhörung unter Beteiligung der Mitglieder des Landeselternbeirates, des Landesschülerbeirates und der Lehrerverbände statt, über die ein öffentliches Protokoll zu fertigen ist. Erlassen werden die Lehrpläne durch den Kultusminister. Er ist nicht an die Einwendungen der öffentlichen Anhörung gebunden. Gebunden sind die Lehrpläne an den im §2 formulierten Bildungsauftrag der Schule. Der Musterschulgesetzentwurf bietet dazu zwei Varianten an. Beide sehen das Verständnis der „grundlegenden Normen des Grundgesetzes" als wesentlich an. Bis zum Abschluß der Sekundarstufe I wird allen Schülern Unterricht im Fach Arbeitslehre (Hinführung zur Berufs- und Arbeitswelt) garantiert. Die Sekundarstufe II differenziert nach studien- und berufsqualifizierenden Studiengängen.

Pädagogische Freiheit des Lehrers – Rechte von Eltern und Schülern

Nach dem Gesetzentwurf ist der Lehrer nur noch der Rechtsaufsicht, nicht aber mehr der Fachaufsicht durch die Schulbehörden unterworfen, so reduzieren sich die Einmischungsmöglichkeiten der Schulaufsicht auf Verstöße gegen Rechtsvorschriften. Eingriffe in die unterrichtliche und erzieherische Arbeit der Lehrer und Aufhebung von Konferenzbeschlüssen aus „pädagogischen Gründen" sind danach nicht mehr möglich. Erlasse – und dies gilt für alle Bereiche der Schule – haben grunsätzlich keinen verbindlichen Charakter mehr. Theoretisch können die Lehrer sie als „Ratschlag" auffassen, brauchen sie aber nicht mehr zu befolgen. Wie das praktisch aussehen wird, ist eine andere Frage.

Schließlich wird nach dem Gesetzentwurf die Stellung des Schulleiters geschwächt. Er ist nicht mehr der dienstliche Vorgesetzte der Lehrer wie heute vor allem an den Gymnasien und Berufsschulen, sondern seine Tätigkeit ist auf die Verwaltung und Beobachtung der Rechtsvorschriften begrenzt. In die Unterrichtsarbeit darf er nur bei Verstoß gegen Rechtsvorschriften eingreifen. Der Musterschulgesetzentwurf sieht für die Bestellung des Schulleiters drei verschiedene Modelle vor. Das weitreichendste sieht die Wahl des Schulleiters durch die Schulkonferenz vor und räumt der Schulkonferenz, die aus 6 Vertretern der Lehrer (Schulleiter und 5 Lehrer), drei Eltern- und drei Schülervertretern zusammengesetzt ist, auf der Ebene der einzelnen Schule Entscheidungsrechte über die Verteilung von Haus- und Klassenarbeiten, freiwillige Unterrichtsveranstaltungen, Grundsätze über die Mitarbeit der Eltern im Unterricht, Verwendung von Mitteln, die der Schule zur Eigenbewirtschaftung zugewiesen sind, die Schulordnung, Vergabe von Räumen und über Herausgabe und Vertrieb von Schülerzeitungen ein. Die Bestimmungen der Rechte der Schüler- und Elternvertretung entsprechen im wesentlichen der derzeitigen Gesetzeslage (zum Beispiel in Hessen).

Max Quark über kommunale Schulpolitik

aus: Sozialdemokratische Gemeindepolitik, Berlin 1906

... Die Sozialdemokratie hat sich von
umfassenden Mitarbeit einzusetzen. So

erheben. Danach findet eine öffentliche Anhörung unter Beteiligung der Mitglieder des Landeselternbeirates, des Landesschülerbeirates und der Lehrerverbände statt, über die ein öffentliches Protokoll zu fertigen ist. Erlassen werden die Lehrpläne durch den Kultusminister. Er ist nicht an die Einwendungen der öffentlichen Anhörung gebunden. Gebunden sind die Lehrpläne an den im §2 formulierten Bildungsauftrag der Schule. Der Musterschulgesetzentwurf bietet dazu zwei Varianten an. Beide sehen das Verständnis der „grundlegenden Normen des Grundgesetzes" als wesentlich an. Bis zum Abschluß der Sekundarstufe I wird allen Schülern Unterricht im Fach Arbeitslehre (Hinführung zur Berufs- und Arbeitswelt) garantiert. Die Sekundarstufe II differenziert nach studien- und berufsqualifizierenden Studiengängen.

sieht für die Bestellung des Schulleiters drei verschiedene Modelle vor. Das weitreichendste sieht die Wahl des Schulleiters durch die Schulkonferenz vor und räumt der Schulkonferenz, die aus 6 Vertretern der Lehrer (Schulleiter und 5 Lehrer), drei Eltern- und drei Schülervertretern zusammengesetzt ist, auf der Ebene der einzelnen Schule Entscheidungsrechte über die Verteilung von Haus- und Klassenarbeiten, freiwillige Unterrichtsveranstaltungen, Grundsätze über die Mitarbeit der Eltern im Unterricht, Verwendung von Mitteln, die der Schule zur Eigenbewirtschaftung zugewiesen sind, die Schulordnung, Vergabe von Räumen und über Herausgabe und Vertrieb von Schülerzeitungen ein. Die Bestimmungen der Rechte der Schüler- und Elternvertretung entsprechen im wesentlichen der derzeitigen Gesetzeslage (zum Beispiel in Hessen).

Max Quark über kommunale Schulpolitik

aus: Sozialdemokratische Gemeindepolitik, Berlin 1906

... Die Sozialdemokratie hat sich von unten herauf auch in die Schulfragen eingearbeitet. Sie ist zuerst auf die äußeren Fragen der Schulpolitik in den Gemeinden gestoßen. Die Arbeiter merkten am Schicksal ihrer eigenen Kinder, was Klassenüberfüllung, mangelhafte Schulhygiene, mordspatriotischer und religiös durchsetzter Unterricht für Unheil im Unterricht und in der Erziehung anrichteten. Gegen diese Mißstände wendeten sie sich naturgemäß zuerst, und der Kampf gegen dieselben spiegelt sich in den Gemeindeprogrammen wieder ...

Dort werden überall, im wesentlichen übereinstimmend, vorzugsweise schultechnische Forderungen zur Behebung jener fühlbarsten Mißstände aufgestellt. Mit der Zeit lernten wir tiefer in die Schulpolitik eindringen. Wir erkannten allmählich die allgemeinen, politischen und sozialen Zusammenhänge jener Mißstände mit den öffentlichen Zuständen. Wir sahen, daß die Mißhandlung der Volksschule ebenfalls zusammenhängt mit der Klassenpolitik, welche die Herrschenden in Gemeinde, Staat und Reich treiben, und wir lernten daraus, auch die Gegenforderungen für die allgemeine Schulpolitik im demokratischen und sozialen Sinne zu folgern. An der Hand unserer Grundanschauung, daß die heutigen Verhältnisse nur von unten herauf durch die Masse selbst und folglich durch die Verstärkung ihres politischen Einflusses auf die Volksschule gebessert werden können, wendeten wir dann den Fragen der Schulverwaltung und der Gemeindeverfassung mehr Aufmerksamkeit zu und erkannten die Notwendigkeit, hier zur umfassenden Mitarbeit einzusetzen. So entstand die Forderung unseres ersten allgemeinen deutschen Kommunalprogramms (Bremen 1904), daß „die Einrichtung und der Betrieb der für die Erfüllung der kommunalen Aufgaben notwendigen Anstalten", also doch wohl auch der Schulen, „durch die Gemeinden selbst erfolgen soll". Wir stellen uns damit in bewußten Gegensatz zur Staatsbureaukratie, welche ihren allmächtigen und nivellierenden Einfluß auf die Volksschule in kapitalistischem und agrarischem, sowie kirchlichem Interesse, namentlich in Deutschland, fortgesetzt zu stärken bemüht ist. Damit haben wir einen festen Boden gewonnen, von dem aus die Beeinflussung und Umgestaltung der Volksschule im demokratischen und sozialen Sinne von unten her, von der Gemeinde aus, also auch an viel zahlreicheren Stellen, als bloß von wenigen Parlamenten aus, systematischer und gründlicher als bisher betrieben und von denen aus den volksfeindlichen Einflüssen von oben ein organisierter Widerstand von unten entgegengesetzt werden kann. Die relativ leichtere Zugänglichkeit von Gemeindeverwaltungskörpern für Arbeitervertreter macht die kommunale Schulpolitik unter diesen Gesichtspunkten noch aussichtsvoller. Selbstverständlich haben wir im Landtag und Reichstag, welche die allgemeinen Bestimmungen für Gemeindeverfassung und Schulverwaltung beschließen, nicht weniger eifersüchtig darüber zu wachen, daß gesunde verfassungsmäßige und verwaltungsrechtliche Grundlagen für die Gemeindetätigkeit und die Schulpflege geschaffen werden.

Peter Weiss: „Ästhetik des Widerstands"

Von Bernd Wagner

„Ein Zurück gab es nie. Der eingeschlagene Weg mußte fortgesetzt werden. Dies war vielleicht das einzige Gebot, das für ihn galt. Und er befolgte es nicht etwa, weil es eine Vorschrift war, sondern die Schwungkraft seines Lebens ausmachte. Den Gedanken, etwas Falsches getan, sich geirrt zu haben, gab es für ihn nicht, nie hätte er anhalten wollen, um eine Handlung zu revidieren, um neu zu beginnen, er existierte nur mitten in einer einzigen Tat." Die so beschriebene Haltung des Genossen Stahlmann findet sich in verschiedener Abwandlung auch bei mehreren anderen Hauptpersonen in dem jetzt erschienenen dritten Teil von Peter Weiss' Roman „Ästhetik des Widerstandes". Etwa bei Lotte Bischoff, wenn sie sich aus dem schwedischen Exil ins faschistische Deutschland einschmuggelt, um den Widerstandskampf zu unterstützen: „... man fährt, weil einer fahren muß. Es sei einfach so, da liegt ein verwundeter Kamerad auf dem Feld, und der muß herausgeholt werden. Mehr war es nicht. Einer muß es tun." Es ist die Selbstverständlichkeit des Kampfes und des Widerstandes gegen die faschistische Barbarei, die scheinbar keiner Nachfrage nach dem Sinn bedarf, aber ab einem bestimmten Punkt auch keine Nachfrage nach dem Sinn erlaubt. „... nie sinnlos erscheinen, denn dann wäre das Vernichtende schon in dich eingedrungen, hätte dich schon in die Knie gezwungen." Auch dann, wenn der Kampf gescheitert ist, wie am Ende des Romans, als der Wunsch nach einem von der geeinten Arbeiterklasse wieder aufgebauten Deutschland zerbricht, bleibt die Hoffnung, die stärker ist als das Scheitern. „Noch wollten wir festhalten an unseren Hoffnungen, denn ohne sie hätten wir nicht weitergehen können, und ich würde sehn, wie wir danach immer zu diesen Hoffnungen griffen, sie nie wahnwitzig nannten, obgleich alle Zeichen stets gegen sie sprachen, denn nichts andres war diese Hoffnung ja, als die Lebenskraft selbst."

Dieser Haltung, welche die der Widerstandskämpfer im faschistischen Deutschland, die der „einfachen" Genossen im Exil und die des Ich-Erzählers ist, stellt Peter Weiss verschiedene andere Positionen gegenüber. Die Haltung der Mutter des Erzählers: Das Entsetzen und Grauen, das sie gesehen und erlebt hat, haben ihr jeglichen Lebenswillen genommen und ihr die Sprache geraubt; oder die der Schriftstellerin Boye, die wie die Mutter ihrem Leben selbst ein Ende setzt. „Die Anhöhen blickend sagte sie tonlos, es sei dem Aufnahmevermögen eine Grenze gesetzt, und erreiche man diese, müsse man sich aufgeben und alle Hoffnung fahren lassen, denn habe man hier immer noch Hoffnung, sei man verloren." „Wo Fälschung und Lüge sich zur höchsten Wahrheit ernannt hatten, war die einzige Handlung, die sich als

der Kampf gescheitert ist, wie am Ende des Romans, als der Wunsch nach einem von der geeinten Arbeiterklasse wieder aufgebauten Deutschland zerbricht, bleibt die Hoffnung, die stärker ist als das Scheitern. „Noch wollten wir festhalten an unseren Hoffnungen, denn ohne sie hätten wir nicht weitergehen können, und ich würde sehn, wie wir danach immer zu diesen Hoffnungen griffen, sie nie wahnwitzig nannten, obgleich alle Zeichen stets gegen sie sprachen, denn nichts andres war diese Hoffnung ja, als die Lebenskraft selbst."

Dieser Haltung, welche die der Widerstandskämpfer im faschistischen Deutschland, die der „einfachen" Genossen im Exil und die des Ich-Erzählers ist, stellt Peter Weiss verschiedene andere Positionen gegenüber. Die Haltung der Mutter des Erzählers: Das Entsetzen und Grauen, das sie gesehen und erlebt hat, haben ihr jeglichen Lebenswillen genommen und ihr die Sprache geraubt; oder die der Schriftstellerin Boye, die wie die Mutter ihrem Leben selbst ein Ende setzt. „Die Anhöhen blickend sagte sie tonlos, es sei dem Aufnahmevermögen eine Grenze gesetzt, und erreiche man diese, müsse man sich aufgeben und alle Hoffnung fahren lassen, denn habe man hier immer noch Hoffnung, sei man verloren." „Wo Fälschung und Lüge sich zur höchsten Wahrheit ernannt hatten, war die einzige Handlung, die sich als

wahr bezeichnen ließe der Selbstmord."

Aber auch bei den Arbeiterparteien findet sich wenig von der Selbstverständlichkeit des Kampfes. In den Führungsgremien der KPD im schwedischen Exil und in Moskau scheint es häufig so, daß die gegenseitige Bespitzelung und Beschuldigung, die Angst vor dem Verrat und vor Verhaftung durch die eigenen Genossen größeren Raum einnehmen als die Organisierung des Widerstandskampfes. Die SPD-Führung ist, je näher das Kriegsende rückt, um so stärker nur noch darauf bedacht, gegenüber der KPD die besseren Ausgangsbedingungen für den Neubeginn in Deutschland zu finden, anstatt gemeinsam mit der KPD beschleunigt für den Sturz des Faschismus zu arbeiten.

„Ästhetik des Widerstands" – die Haltungen des Widerstands sind bei Peter Weiss vielfältig. Sie reichen vom Selbstmord, der ohnmächtigsten und tragischsten Form des Sich-Nicht-Abfinden-Könnens, über einen parteioffiziellen Doktrinarismus, der den Widerstandskampf *nur* als Stufe der Machtergreifung sieht, bis zum aufopferungsvollen Kampf der Widerstandskämpfer, der getragen ist von dem Wunsch, der Barbarei ein Ende zu setzen. Und für alle Haltungen gibt der Autor Gründe an, die sie erklären ohne sie zu denunzieren. Position bezieht er, wenn auch nur gebrochen und mit Selbstzweifel, über den Ich-Erzähler, der autobiographische Züge trägt, für die Haltung der Selbstverständlichkeit des Kampfes und der Hoffnung auf einen erfolgreichen Kampf: „Wie das Vergangne unabänderlich war, würden die Hoffnungen unabänderlich bleiben." Aber er hat auch einen zweiten Schluß geschrieben, der noch weniger optimistisch ist, einen Nachruf auf den Arzt und Psychoanalytiker Hodann, der auch kämpfte, dessen Scheitern aber nicht nur das Scheitern einer Tat, sondern seines Lebens war. Diesen „verworfenen" Schluß hat Peter Weiss in den parallel erschienen „Notizbüchern" veröffentlicht. Das Buch verschließt sich so erst recht, wenn man die Notizbücher dazu liest, die den Zeitraum der Entstehung aller drei Bände umfassen (1971 – 1980), einer eindeutigen Interpretation, was aber bei weitem kein Mangel ist.

Es ist ein widerspruchsvolles Buch, das gleichzeitig fesselt und verärgert.

Der Inhalt, nicht nur die Haltung der Personen, ist vielschichtig und entzieht sich in seiner unterschiedlichen Darstellung einer einheitlichen Bewertung. (Gemeint ist in dieser Besprechung immer nur der dritte Band. Der erste Band erschien 1975, der zweite 1978.) Er handelt vom Exil und vom

zen. Und für alle Haltungen gibt der Autor Gründe an, die sie erklären ohne sie zu denunzieren. Position bezieht er, wenn auch nur gebrochen und mit Selbstzweifel, über den Ich-Erzähler, der autobiographische Züge trägt, für die Haltung der Selbstverständlichkeit des Kampfes und der Hoffnung auf einen erfolgreichen Kampf: „Wie das Vergangne unabänderlich war, würden die Hoffnungen unabänderlich bleiben." Aber er hat auch einen zweiten Schluß geschrieben, der noch weniger optimistisch ist, einen Nachruf auf den Arzt und Psychoanalytiker Hodann, der auch kämpfte, dessen Scheitern aber nicht nur das Scheitern einer Tat, sondern seines Lebens war. Diesen „verworfenen" Schluß hat Peter Weiss in den parallel erschienen „Notizbüchern" veröffentlicht. Das Buch verschließt sich so erst recht, wenn man die Notizbücher dazu liest, die den Zeitraum der Entstehung aller drei Bände umfassen (1971 – 1980), einer eindeutigen Interpretation, was aber bei weitem kein Mangel ist.

Es ist ein widerspruchsvolles Buch, das gleichzeitig fesselt und verärgert.

Der Inhalt, nicht nur die Haltung der Personen, ist vielschichtig und entzieht sich in seiner unterschiedlichen Darstellung einer einheitlichen Bewertung. (Gemeint ist in dieser Besprechung immer nur der dritte Band. Der erste Band erschien 1975, der zweite 1978.) Er handelt vom Exil und vom

Widerstand in den Jahren zwischen 1941 und 1945. Erfahrbar wird die Gewalt und Brutalität des Faschismus über die Schilderung der Flucht des Erzählers und seiner Eltern, der Vernichtung der Juden, der nahezu vollständigen Überwachung und Bespitzelung, über die erschütternde Darstellung der letzten Stunden der Widerstandsgruppe „Rote Kapelle" bis zur Hinrichtung und die akribisch genaue Schilderung der Ermordung der Widerstandskämpfer. Blaß und oberflächlich dagegen bleibt die Kennzeichnung der Triebkräfte, die diese Barbarei hervorrufen, der Szenen, die zeigen sollen, daß die Barbarei ihre Ursachen in den Eigentumsverhältnissen hat. Begreifbar werden die Schwierigkeiten und Formen des Widerstandes gegen den Faschismus, der Mut jener, die den Kampf weiterführten und das Zusammengehen der Widerstandsgruppen aus den verschiedenen Teilen des Volkes. Warum aber der Widerstand vereinzelt blieb, nicht von der Arbeiterklasse getragen wurde und nicht zum Sturz des Faschismus führte, dafür finden sich in dem Roman nur vereinzelte Hinweise, die wenig erklären. Man erfährt einiges über die Fehler der KPD, der Komintern und der Politik der KPdSU, auch über die internen Herrschaftsmechanismen, die dazu geführt haben, daß gegenseitige Verdächtigungen, Intrigen und Denunziationen häufig das Bild bestimmen, daß andere politische Auffassungen im günstigsten Fall über Ausschluß, häufig über die Liquidierung der Person beseitigt wurden. Aber außer daß Machtstreben, Geltungssucht und Karrierebedürfnis in der Partei bestanden, bleiben die Ursachen für diese Fehler weitgehend im dunkeln.

Ähnlich auch da, wo der Roman von der Kunst handelt. Bildhafte Beschreibungen etwa der Tempelanlage von Angor Wat oder Dürers Bild „Die Melancholie" wechseln mit dürren und oberflächlichen Erklärung, über den Charakter der proletarischen Kultur.

Es ließe sich noch an mehreren Punkten die widerspruchsvolle inhaltliche Darstellung aufzeigen, wo kraß die oft beschreibende Darstellung sich abhebt von dem Versuch, Erklärungen zu geben, die häufig nicht mehr als Hinweise sind, und nur in Ausnahmefällen, wie bei der Charakterisierung der Widerstandskämpfer, weitergehende Einsichten vermittelt.

Die Darstellungsart macht den Roman schwierig zu lesen, aber ist unbedingt positiv hervorzuheben. Es ist kein Roman mit einer in sich geschlossenen Handlung. Romangeschehen wechselt sich ab mit Essayelementen, Personendarstellung mit Traumbildern, Kunstbeschreibungen mit inne-

nismen, die dazu geführt haben, daß gegenseitige Verdächtigungen, Intrigen und Denunziationen häufig das Bild bestimmen, daß andere politische Auffassungen im günstigsten Fall über Ausschluß, häufig über die Liquidierung der Person beseitigt wurden. Aber außer daß Machtstreben, Geltungssucht und Karrierebedürfnis in der Partei bestanden, bleiben die Ursachen für diese Fehler weitgehend im dunkeln.

Ähnlich auch da, wo der Roman von der Kunst handelt. Bildhafte Beschreibungen etwa der Tempelanlage von Angor Wat oder Dürers Bild „Die Melancholie" wechseln mit dürren und oberflächlichen Erklärung, über den Charakter der proletarischen Kultur.

Es ließe sich noch an mehreren Punkten die widerspruchsvolle inhaltliche Darstellung aufzeigen, wo kraß die oft beschreibende Darstellung sich abhebt von dem Versuch, Erklärungen zu geben, die häufig nicht mehr als Hinweise sind, und nur in Ausnahmefällen, wie bei der Charakterisierung der Widerstandskämpfer, weitergehende Einsichten vermittelt.

Die Darstellungsart macht den Roman schwierig zu lesen, aber ist unbedingt positiv hervorzuheben. Es ist kein Roman mit einer in sich geschlossenen Handlung. Romangeschehen wechselt sich ab mit Essayelementen, Personendarstellung mit Traumbildern, Kunstbeschreibungen mit inne-

ren Monologen, politische Erklärungen mit dokumentarischen Darstellungen. Eine Vielfalt literarischer Mittel und Methoden, die ähnlich die traditionellen Romanformen sprengt, wie in den 60er Jahren Weiss' Marat-Stück dem herkömmlichen Theater neue Impulse verliehen hatte.

Das Buch handelt vom *Scheitern* des Versuchs, durch einen einheitlichen und erfolgreichen Widerstand den Faschismus zu stürzen und vom Scheitern, die Einheit der Arbeiterbewegung für den gemeinsamen Wiederaufbau Deutschlands herzustellen, eines Deutschlands, in dem kein Faschismus mehr möglich sein wird. Es zeigt viele offene Wunden der Arbeiterbewegung unseres Jahrhunderts. Es kann aber dieses Scheitern nicht erklären. Es bleiben trotz der scheinbar eindeutigen Parteinahme des Erzählers, daß der eingeschlagene Weg mit all seinen Fehlern richtig war, viele Zweifel und Bedenken, die nachwirken.

Dieses Buch ist aber auch ein Ausdruck des Zweifels, noch nicht des Scheiterns, des Autors über den eingeschlagenen Weg. „Dieses Ich enthält viele meiner eigenen Reflexionen und meiner eigenen Erfahrungen", sagt er in einem Interview, und in der „Ich-Figur (brechen) sich alle zur Sprache gebrachten Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten", hält er in den „Notizbüchern" fest. „Das Buch ist eine Suche nach mir selbst."

In den 60er Jahren war Peter Weiss einer der ersten bekannten Schriftsteller, der die Solidaritätsbewegung mit den kämpfenden Völkern Indochinas unterstützte und sich auch durch die „Kollegenschelte" der Grass, Enzensberger und anderen nicht davon abbringen ließ. Aber er ist auch der einzige bekanntere westeuropäische Intellektuelle, der die Besetzung und den Völkermord der vietnamesischen Regierung in Kampuchea und die Unterdrückungspolitik im Inneren Vietnams verteidigt und rechtfertigt, zudem mit dem zynischen und verräterischen Argument, daß Vietnam solange in Kampuchea bleiben müsse, wie es von China bedroht sei. Er sieht in den osteuropäischen Staaten das bessere Gesellschaftssystem, greift aber gleichzeitig an, daß der Warschauer Pakt 1968 die „Welle des Fortschritts niedergeschlagen hat" und protestiert in offenen Briefen gegen die Ausbürgerung von Biermann und die Unterdrückung der oppositionellen Schriftsteller in Osteuropa. Er hat sich durch seine Stücke über die Auschwitz-Prozesse und den europäischen Kolonialismus bei der herrschenden Klasse in Westdeutschland und mit seinem Trotzki-Stück bei der in Ostdeutschland unbeliebt gemacht. (Auch die „Ästhetik des Wi-

brachten Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten", hält er in den „Notizbüchern" fest. „Das Buch ist eine Suche nach mir selbst."

In den 60er Jahren war Peter Weiss einer der ersten bekannten Schriftsteller, der die Solidaritätsbewegung mit den kämpfenden Völkern Indochinas unterstützte und sich auch durch die „Kollegenschelte" der Grass, Enzensberger und anderen nicht davon abbringen ließ. Aber er ist auch der einzige bekanntere westeuropäische Intellektuelle, der die Besetzung und den Völkermord der vietnamesischen Regierung in Kampuchea und die Unterdrückungspolitik im Inneren Vietnams verteidigt und rechtfertigt, zudem mit dem zynischen und verräterischen Argument, daß Vietnam solange in Kampuchea bleiben müsse, wie es von China bedroht sei. Er sieht in den osteuropäischen Staaten das bessere Gesellschaftssystem, greift aber gleichzeitig an, daß der Warschauer Pakt 1968 die „Welle des Fortschritts niedergeschlagen hat" und protestiert in offenen Briefen gegen die Ausbürgerung von Biermann und die Unterdrückung der oppositionellen Schriftsteller in Osteuropa. Er hat sich durch seine Stücke über die Auschwitz-Prozesse und den europäischen Kolonialismus bei der herrschenden Klasse in Westdeutschland und mit seinem Trotzki-Stück bei der in Ostdeutschland unbeliebt gemacht. (Auch die „Ästhetik des Wi-

derstands" darf bislang in der DDR nicht erscheinen.)

Seine Polemik gegen Enzensberger im „Kursbuch" hatte Peter Weiss 1965 mit den Sätzen beendet: „Sind wir fähig, unsere Zweifel und unsere Vorsicht aufzugeben und uns zu gefährden, indem wir eindeutig aussprechen: Wir sind solidarisch mit den Unterdrückten und wir werden als Autoren nach allen Mitteln suchen, um sie in ihrem Kampf (der auch der unsere ist) zu unterstützen?" Er selbst war solidarisch. Aber seine Solidarität ging so weit, daß er selbst da „solidarisch" blieb, wo die Unterdrückten selbst zu Unterdrückern geworden waren. Es war die moralische Solidarität der Intellektuellen mit den unterdrückten Völkern, das moralische Engagement, das notwendig und wertvoll war, aber abstrakt blieb und nicht von gemeinsamen Interessen und gemeinsamen Feinden ausging, sondern von ihrem Engagement für die Menschlichkeit.

Von daher bleiben auch die verschiedenen Haltungs- und Handlungsalternativen in dem Roman gleichermaßen begründet und möglich. Von daher findet auch die Zwiespältigkeit und Widersprüchlichkeit des Inhalts ihre Erklärung und fällt es dem Autor schwer, Begründungen zu geben und Ursachen aufzudecken. Was bleibt, ist bei den Handelnden ein Prinzip Hoffnung, der Glaube an eine mögliche bessere Welt, eine Utopie, und bei denen, die diese Hoffnung nicht mehr haben, die Resignation oder der Selbstmord.

Der Wunsch nach der Einheit der Arbeiterbewegung, nach der Einheit von Politik und Ästhetik, von Kunst und Moral wird zu einem Ideal, dem man nachstrebt. Ideale sind aber immer abstrakt formulierte Interessen, die ihren Ursprung in der Wirklichkeit haben. Werden diese Ideale aber nicht mehr auf die dahinterliegenden Interessen zurückgeführt, die selbst vielfältig und widersprüchlich sind, muß die Suche nach dem Ideal notwendig scheitern. Enttäuscht, daß sich das Ideal nicht in der Wirklichkeit findet, haben viele, die für dieses „Ideal" auf die Straße gegangen waren, resigniert und sich zurückgezogen. Vietnam ist nur ein Beispiel, das spätestens mit dem Überfall auf Kampuchea bei vielen den idealisierten Vorstellungen den Boden entzog. Eine Parteinahme, die allein auf moralischem Engagement basiert, muß notwendig mit der Zeit an der Wirklichkeit scheitern. Die „Ästhetik des Widerstandes" ist ein Ausdruck dieser Beschränktheit des moralischen Engagements eines Intellektuellen mit der Arbeiterbewegung und birgt in sich das Scheitern und die Resignation. Die politische Haltung von Peter Weiss gegenüber dem Überfall Vietnams auf Kampuchea zeigt, wohin die Blindheit vor der Realität führt, wenn verzweifelt an einem Idealbild festgehalten wird. Es bleibt zu hoffen, daß ihn die Wirklichkeit hier ebenso einholt, wie bei seinem Bild vom „realen Sozialismus" in der DDR und in Osteuropa, etwa als er Anfang der 70er Jahre nicht in die DDR einreisen durfte und für eine Zeitlang zur „unerwünschten" Person erklärt wurde.

mer abstrakt formulierte Interessen, die ihren Ursprung in der Wirklichkeit haben. Werden diese Ideale aber nicht mehr auf die dahinterliegenden Interessen zurückgeführt, die selbst vielfältig und widersprüchlich sind, muß die Suche nach dem Ideal notwendig scheitern. Enttäuscht, daß sich das Ideal nicht in der Wirklichkeit findet, haben viele, die für dieses „Ideal" auf die Straße gegangen waren, resigniert und sich zurückgezogen. Vietnam ist nur ein Beispiel, das spätestens mit dem Überfall auf Kampuchea bei vielen den idealisierten Vorstellungen den Boden entzog. Eine Parteinahme, die allein auf moralischem Engagement basiert, muß notwendig mit der Zeit an der Wirklichkeit scheitern. Die „Ästhetik des Widerstandes" ist ein Ausdruck dieser Beschränktheit des moralischen Engagements eines Intellektuellen mit der Arbeiterbewegung und birgt in sich das Scheitern und die Resignation. Die politische Haltung von Peter Weiss gegenüber dem Überfall Vietnams auf Kampuchea zeigt, wohin die Blindheit vor der Realität führt, wenn verzweifelt an einem Idealbild festgehalten wird. Es bleibt zu hoffen, daß ihn die Wirklichkeit hier ebenso einholt, wie bei seinem Bild vom „realen Sozialismus" in der DDR und in Osteuropa, etwa als er Anfang der 70er Jahre nicht in die DDR einreisen durfte und für eine Zeitlang zur „unerwünschten" Person erklärt wurde.

Peter Weiss: Die Ästhetik des Widerstands. Roman (III. Band), Frankfurt (Suhrkamp Verlag) 1981 (268 Seiten, 38 DM)

Peter Weiss: Notizbücher 1971-1980 (2 Bde.), Frankfurt (edition suhrkamp 1067) 1981 (927 Seiten, 24 DM)

Fernsehvorschau

„Tagebuch der Provinz"

Ein brasilianischer Spielfilm von 1978, der sich mit den Verhältnissen im Brasilien der 30er Jahre auseinandersetzt, dabei aber heutige Entwicklungen ständig in Andeutung hält. – Dr. Figueira ist ein ehrgeiziger Lokalpolitiker, der an das Amt des Präfekten rankommen will. Mit Hilfe der Faschisten und unter Zuhilfenahme des obligaten Terrors gegen seine Gegner gelingt ihm dies auch.

Montag, 10.8., 23.00 Uhr, ARD

„Die Physiker"

In der Reihe „Erinnerung an Therese Giehse" wird das Stück von Friedrich Dürrenmatt (er schrieb es 1961) wiederholt. Diese „Komödie" ist Dürrenmatts Auseinandersetzung mit den Folgen der Physik oder, wie er sich in dem Anhang zu seinem Stück in „21 Punkten" äußert: „14. Ein Drama über die Physiker muß paradox sein. 15. Es kann nicht den Inhalt der Physik zum Ziele haben, sondern nur ihre Auswirkung. 16. Der Inhalt der Physik geht die Physiker an, die Auswirkung alle Menschen. 17. Was alle angeht, können nur alle lösen ..." Im Mittelpunkt des Stücks steht der Kernphysiker Möbius, der die Formel für Kernspaltung besitzt. Er flüchtet, seine Familie verlassend, ins Irrenhaus, um sein Geheimnis zu wahren. Das Stück ist Dürrenmatts Versuch, den Wissenschaftler in der Situation zu beschreiben, seine Kenntnisse der Welt vorzuenthalten oder den Mächtigen der Welt als Machtmittel zur Verfügung zu stellen. Durch das Paradoxe in der Handlung versucht er die Widersprüchlichkeit der Lage darzustellen, wo der Fortschritt, die Kernphysik, umschlägt in die Vernichtung der Welt. – Ein Kritiker schrieb über das Stück: „Dürrenmatt führt seine Geschichte mit unerbittlicher Konsequenz zu einem Ende, welches die Türen dieses Irrenhauses aufsprengt, tödlich gefährdenden Explosivstoff aus den eben noch schützenden Mauern entläßt in eine schutzlos preisgegebene Welt, und kein Zuschauer entzieht sich tiefster Betroffenheit." – In seiner Neufassung des Stückes von 1980 hat Dürrenmatt es Therese Giehse gewidmet, die in der vorliegenden Fernsehaufführung die Irrenhausärztin spielt.

Dienstag, 11.8., 20.15 Uhr, im Dritten Programm (Hessen, West u. Nord)